

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonial-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Endlich ein Erfolg
des Hansabundes.

Die letzten Wochen standen zu sehr unter dem Zeichen
der Erfolge des Preußenbundes. Darüber ist ein Erfolg, den
der Hansabund davongetragen hat, in der öffentlichen Be-

Es handelt sich um die Erklärung, die der preussische
Minister des Innern im Laufe der ersten Sitzung des
Staats über die Verhinderung von Streik-

Damit ist den Wünschen entsprochen, die der Hansabund
in dieser Beziehung geäußert hat. Am 8. November 1913
forderte sein Industrierrat unter anderem die gleichmäßige
und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen

Die nachgerade berühmt gewordene Stelle, auf die sich
Herr Köchling beruft, macht es zur Aufgabe der Polizei, die
notigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicher-

Immerhin aber war der Begriff des „Verkehrs“ doch noch
ein wenig eng und es bedurfte schon einer sehr extensiven
Auslegung, um mit seiner Hilfe alle diejenigen Handlungen
zu erfassen, die nach Ansicht der Scharfmacher die Sicherheit,

die Posten entfernt, weil sie nach ihrer Meinung eine
Gefährdung der Ordnung und eine Unbequemlichkeit für die
Arbeitswilligen bilden. Freilich steht dieser Auslegung jene

Die konservativen Scharfmacher fordern zwar heute noch
immer ein Gesetz gegen die Streikposten, aber sie werden
sich mit der Zeit von der Zwecklosigkeit dieser Bemühungen
überzeugen. Nicht nur im gegenwärtigen Reichstag ist keine

Diese Schwierigkeiten umgeht man, wenn man auf das
Gesetz verzichtet und die Polizei mobil macht. Das hat der
liberale Hansabund durchaus richtig erkannt — Ehre dem

Für die Streikfreiheit.

Noch stets haben uns gerade die schlimmsten Angriffe un-
serer Gegner die Gelegenheit zu einem um so wirksameren
Vorstoß gegen die herrschenden Mißstände gegeben. So ist

Die Beratung des Haushaltsplans für das Reichsamt
des Innern ermöglichte es unserer Fraktion, im Reichstage
auf das Gehäufte unserer Gegner nach neuen Strafgesetzen

Genosse Heine schilderte in besonders wirksamer Weise,
daß wir schon heute gegen die streikenden Arbeiter ein ganz
unberechtigtes, unhaltbares Ausnahmengesetz haben, und daß

Wer aber im Gegenteil den Arbeitern die jetzt geltenden,
ganz ungenügenden Rechte noch weiter einschränken wolle,
der verjünde sich nicht nur an der Arbeiterkassette, sondern

Vor dem Genossen Heine waren noch drei bürgerliche
Redner zu Worte gekommen. Der Pole Nowicki beklagte
sich aus seinen Erfahrungen als Vorsitzender einer polnischen

tischer und sozialpolitischer Fragen vorzutragen. Als passen-
des Gegenstück dazu produzierte sich der unvermeidliche Dr.
Werner-Giezen mit seiner gewohnheitsmäßigen Juden-

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste
Sitzung kam es zu einer längeren Aussprache. Der Führer
der Konservativen Graf v. Westarp erhob Einspruch da-
gegen, daß der Reichstag am Freitag — wie der Präsident

Reaktionäre Maßnahmen
gegen die Kirchaustrittsbewegung
in Sicht?

Zur Kirchaustrittsbewegung wird uns geschrieben:
Getreu den Sätzen unseres Parteiprogramms hat der „Vor-
wärts“ sich in die Einzelheiten der Kirchaustrittsbewegung bisher

Man erinnert sich, daß, als vor einigen Wochen (es war kurz vor
dem letzten Ruhstag) die Wogen der Kirchaustrittsbewegung besond-
hoch gingen, plötzlich das Gerücht aufstach, die Kirche wolle, um ihr

Nun aber taucht ein anderer Vorschlag ganz ähnlicher,
nur noch viel radikalere Art auf, der, wenn durchgeführt, die
Austrittsbewegung angeblich an einer sehr empfindlichen

In der soeben herauskommenden Nr. 4 der „Christlichen
Welt“ vom 22. Januar findet sich aus der Feder eines Herrn
Adolf Mayer-Heidelberg ein Artikel unter der Ueberschrift:
Steuerbegünstigung der Konfessionslosen. Der

Mit einer solchen Steuer würde auch zugleich die Steuerprämie
auf den Kirchaustritt wegfallen. Allerdings müßte man verstehen,
daß die Erträge dieser neuen Steuer den Kirchen nicht wieder

Es ist überaus auffällig, daß ein solcher Vorschlag in einem
kirchlich so liberalen Blatte erscheinen kann, wie es die
„Christliche Welt“ ist, deren Herausgeber sich schon des Desteren



absichtlich getriebenen Erhöhung der Austrittsgebühren, so liegt die Vermutung nahe, daß allerdings in kirchlichen Kreisen der Gedanke immer lebendiger zu werden beginnt, mittels einer kirchlichen Finanzpolitik die Austrittsbewegung zu unterdrücken oder doch zu unterbinden. Der Vorschlag stellt einen Versuch dar, durch ein Ausnahmefesetz (das wäre eine „Extrasteuer für Konfessionslose“ in Weltlichkeit) den verfassungsmäßig gewährleisteten Grundgedanken der Religionsfreiheit zu beseitigen und den Religionszwang, besser noch den Kirchenzwang indirekt an seine Stelle zu setzen. Der Vorschlag reiht sich damit als neues Glied würdig ein in die Reihe der reaktionären Vorfälle und Äußerungen, die wir in diesen Wochen mit so bewundernswürdiger Unberücksichtigung allenthalben aufstehen sehen. Es ist also unsere heilige Pflicht, auch darauf den Finger zu legen.

Dabei ist auch die Begründung des Vorschlags ebenso fadenscheinig wie unhaltbar. Sie baut sich auf der These von der Kirche als einer moralischen Anstalt auf. Nun wollen wir gewiß nicht die vielfach guten und heilsamen Wirkungen der Tätigkeit vieler Geistlicher weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart leugnen. Es ist aber ein starkes Stück von Annahme, die Kirche als Ganzes als eine „Weltlichkeitsanstalt“ zu deklarieren. Gerade in unserer kapitalistischen Zeit hat sich, wenigstens die offizielle Kirche, so wie sie durch die Kirchenregimente repräsentiert wird, als eine so einseitige Klassenorganisation vor aller Augen entpuppt, daß sie allerhöchstens auch nur als die Vertreterin einer Klassenmoral, und zwar der Moral der herrschenden Klassen anerkannt werden kann. Die Moral aller aufsteigenden, gegen den Kapitalismus ankämpfenden Schichten unseres Volkes steht in entscheidenden Punkten im scharfen Gegensatz auch gegen die von der Kirche heute verkündigte Moral.

Auch die Einzelheiten in der Begründung des ebenso listigen wie brutalen Vorschlags sind ganz unhaltbar. Das Pfarrhaus ist heute durchaus nicht mehr eine Zentrale der Moral: man denke an das katholische, in dem die Ehelosigkeit der Geistlichen herrscht. Ehe, nicht Ehelosigkeit ist die höhere sittliche Organisation. Und der Kirchgang? Die neuerlichen wiederholt veröffentlichten Zählungen der Besucherzahlen der Sonntagsgottesdienste beweisen auch dem Blinden, daß der Kirchgang je länger, desto allgemeiner geradezu aus der Reihe der Gelegenheiten, um den Menschen zum Erfassen von höheren Gesichtspunkten in bezug auf Tun und Lassen zu bringen.

Alles in allem also: auch auf kirchlichem Gebiete ist die durch die Kirchenaustrittsbewegung offenbar mild gewordene Reaktion im Begriff, nach neuen Handhaben gegen Grundrechte der modernen Menschen zu suchen. Es gilt auch hier, ihr durch immer stärkere demokratische und freiheitliche Organisationen das Handwerk für immer zu legen.

## Reinlichkeitschwund.

Es war einmal eine Zeit, da wurde Bestechung eines Beamten in Preußen als eine der schmutzigsten Handlungen betrachtet. Und es war einmal eine Zeit, da galt Bestechlichkeit als selbstverständliches, unbedingtes Hindernis gegen das Verbleiben im Staatsdienste. Das war eine löbliche Zeit; die Zeit eines, wenn auch naiven, so doch achtenswerten Stolz auf die Integrität des preussischen Beamtenstandes. Doch sie ist dahin, sie ist entschunden. Heute scheint Bestechlichkeit nur noch als ein kleiner Schönheitsfehler empfunden zu werden, sozusagen als eine Modelorheit, eine Verbeugung vor der Allmacht des Geldes, die auf secundäres Verständnis höht; selbst bei der Justiz. Einstens wurde ein Referent, der, um sich von Kontrollverammlung zu befreien, dem Bezirksfeldwebel mit einem Doppelpater unter die Arme griff, sechs Monate eingesperrt. Und wie ein Nachklang dieser verlungenen Tage scheint der jüngste Strafentwurf des hiesigen Staatsanwalts, der einen Schuhmann wegen 150 Mark, das heißt einhundertundfünfzig Reichspfennigen empfangenen Bestechungsgeldes auf sieben

Monate ins Gefängnis sperren wollte. Brand, das Kruppwerkzeug, der eine reine Bestechungsfabrik in Berlin eingerichtet hatte, mit dem Erfolge, der Firma Krupp Jahre hindurch vollkommenen Ueberblick über alle Geheimnisse des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts zu verschaffen, bezog dafür ein paar in der Untersuchungshaft bequem abgebußte Monate Gefängnis; und das gesamte hauptschuldige Krupp-Direktorium wurde in der einzigen Person des Herrn Eccius mit einer Geldstrafe belegt, die ihn etwa so traf, wie einen Arbeiter 50 Pfennige.

Und die schuldigen Militärpersonen sind nun auch, dank der erstaunlichen Weitherzigkeit des Oberkriegsgerichts, dem heiligen Dienste des deutschen Vaterlandes erhalten geblieben. Und das ist recht so. Wert's doch, ihr Loren! Wir leben halt nicht mehr in Preußen von Anno dazumal! Das moralische Reinlichkeitsbedürfnis unserer Bureaucratie und Armee, natürlich in Punkt Bestechung, ist rapide im Schwinden begriffen; das ist nun so der Lauf der Welt!

Uns kann eine solche Diskreditierung der Armee und der Bureaucratie nur eben recht sein. Das begreift insbesondere sogar die bürgerliche Presse, die über das Urteil des Oberkriegsgerichts in Sachen Tillian und Genossen bisher recht heilfroh berichtet. Möglicherweise selbst von dem Gefühl befeelt ist, hier sei des Guten zu viel getan, die Militärjustiz habe sich wieder einmal übernommen, und allzuviel ist ungesund. Immerhin ist dieses Urteil ein Triumph der Krupp-Fronte, so wie das Urteil gegen Reuter und Forstner ein Triumph der Kronprinzen- und Jagow-Fronte war. Warum aber sollte das Oberkriegsgericht in Berlin nicht die Tillian und Genossen mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe bedecken, wenn das Oberkriegsgericht in Straßburg die Reuter, Schab, Forstner und Genossen freisprach!

Ganz in der Ordnung ist auch, daß Herr Maximilian Brand nach dem Oberkriegsgerichtsurteil, nach dem erstaunlichen Erfolg der Tillian und Genossen nun nach größeren Erfolgen dürstet. Ganz in der Ordnung ist, daß er, wie die „Nationalzeitung“ meldet, Arm in Arm mit dem ausgezeichneten Herrn Löwenstein das Jahrhundert von neuem in die Schranken fordert und ein Wiedererfassungsbefehl beantragt. Es wird schon gelingen. „Nur immer feste druff!“ Und wir seien schon im Geiste die Schlussapothekose: die Herren Brand und Eccius lorbeergerührt, umjubelt von den begeisterten Tillian und Genossen und allen den anderen Festochenen, deren Ruhm vorläufig noch im Dunkeln blüht, und eine Deputation der alldeutschen Kruppianer unter den siegreichen Klängen des Dessauer Marsches den verkommenen Helden eine Ehrenadresse überreichend. „Deutschland, Deutschland über alles!“

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus schreitet die Staatsberatung nur langsam vorwärts. Die Zeit, die die Mehrheit dadurch gespart zu haben glaubt, daß sie in der Generaldebatte unserem Genossen Hofer das Wort abschnitt, wird jetzt doppelt und dreifach dadurch vergeudet, daß die wichtigsten Dinge mit einer Veredamtheit und einer Breite vorgetragen werden, als ob es sich um welterschütternde Fragen handelte. Bald wird darüber geklagt, daß die Reduzierte, die in der Schweiz den Doktorhut erworben haben, ihn in Preußen nicht führen dürfen, bald wird unter Anführung von tausend statistischen Daten für die Flegenhaltung agitiert, bald werden lokale landwirtschaftliche Schulfragen erörtert.

Nur wenige Redner brachten allgemeine Gesichtspunkte zur Sprache. Vor allem Genosse Leinert, der das System unserer landwirtschaftlichen Wanderhauhaltungsstellen einer Kritik unterzog und unter Hinweis auf die Wichtigkeit des hauswirtschaftlichen Unterrichts besonders für Arbeiterkinder eine größere Förderung dieser Schulen und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts verlangte.

Von verschiedenen Seiten wurde über die Schädigung der kleinen Landwirte durch die Abschächtung ihrer erkrankten Viehbestände geklagt und über die Bevorzugung der Großgrundbesitzer auch bei dieser Maßnahme Beschwerde geführt. Daß der Minister gegen solche „Unterstellungen“ energisch protestierte, versteht sich von selbst, aber

die Tatsachen werden dadurch nicht aus der Welt geschafft. Natürlich benutzen die Agrarier die Gelegenheit wieder, um unter dem Vorwand der Seuchengefahr die Einfuhr von Schweinen aus Rußland nach Oberbaleken zu berechtigen. Aber diesen Gefallen will ihnen die Regierung denn doch nicht tun.

Freitag: Fortsetzung.

### Sieg der Militärpartei auf der ganzen Linie.

Nach einer Meldung der „Aheim-Beif. Jtg.“ aus Straßburg fand im Statthalterpalast eine Ministerkonferenz statt. Wie mitgeteilt wird, soll mit dem Rücktritt der leitenden Personen der elsass-lothringischen Regierung nach Abwicklung der mit dem Fall Zabern zusammenhängenden Angelegenheiten, also etwa Ende des Frühjahrs, zu rechnen sein. Mit Ausnahme des Finanzministers Stöhrer werden sämtliche Posten neu besetzt werden, also auch der des Statthalters.

### Der Seniorenkouvent des Reichstags

Beschäftigte sich am Donnerstag mit der Behandlung der Interpellationen über Zabern und der daran anschließenden sachlichen Anträge. Es liegen Anträge von der Fraktion der Linken, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten vor. Das Zentrum und die Nationalliberalen werden ebenfalls Anträge stellen. Der Seniorenkouvent kam dahin überein, diese Anträge im Anschluß an die Interpellationen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Interpellation über Zabern soll am Freitag zur Verhandlung kommen. Man nimmt an, daß hierzu Freitag und Sonnabend notwendig sein werden. Die Anträge werden dann jedenfalls am Mittwoch nächster Woche auf die Tagesordnung kommen, da Montag und Dienstag sittingsfrei sind. Die Polen wünschen, daß ihr zum Vereinsgesetz gestellter Antrag auf dem nächsten Schwerinstage verhandelt werde. Ein geeigneter Tag soll noch festgesetzt werden. Ferner wurde in Aussicht genommen, den 24. März sittingsfrei zu lassen.

### Gegen das militärische Sonderrecht.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den — unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit — die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen in § 1 der Militärstrafgerichtsordnung für das Deutsche Reich genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

### Anträge zu den Zabern-Interpellationen.

Die Fortschrittler hatten im Reichstag den Versuch gemacht, sich mit den Nationalliberalen und dem Zentrum über einen gemeinsamen Antrag zu einigen, der die Befugnisse der Militärgerichtsbarkeit regeln sollte, um Zaberner Vorfälle in Zukunft unmöglich zu machen. Die Verhandlungen scheiterten, da Nationalliberale und Zentrum über — natürlich ganz unwirksame — Resolutionen nicht hinausgehen wollten. Jetzt liegen diese vor.

Das Zentrum beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verdündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die Voraussetzungen für das Einschreiten des Militärs in polizeilichen Angelegenheiten übereinstimmend in einer die Selbstständigkeit der Zivilverwaltung sichernden Weise geregelt werden.

Die Nationalliberalen (Wassermann und Genossen) stellen folgenden Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag nimmt davon Kenntnis, daß eine Nachprüfung der Dienstvorschriften über den Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1890 angeordnet worden ist, nachdem sich bei den jüngsten Ereignissen in Zabern Zweifel daran ergeben haben, ob diese Vorschrift die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörde richtig abgrenzt. Der Reichstag ersucht den Herrn Reichskanzler, das Ergebnis dieser Nachprüfung baldigt dem Reichstag bekannt zu geben.

Während der Antrag des Zentrums die Lösung des Problems der Regierung Behmann-Falkenhahn anheimstellt, ist für die

## Francis de Pressensé.

Paris, den 22. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute fand unter losloser Beteiligung des Leichenbegängnis Francis de Pressensé statt. Tausende geleiteten Pressensé zum Friedhof Montparnasse. Hierauf fand eine von der Liga der Menschenrechte organisierte Versammlung statt, in der auch Sembat und Jaurès sprachen. Unter den zahlreichen Beileidsbesuchern der verschiedenen sozialistischen Parteien befanden sich auch die des deutschen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Auch der bulgarische Ministerpräsident Radossilow hatte ein Kondolenztelegramm gesandt.

Mit tiefer Trauer hat der Verlust Francis de Pressensés das französische Proletariat erfüllt. Mit ihm geht einer unserer verehrtesten, geliebtesten Vorläufer dahin, ein Kopf, der zu den erlauchtesten des zeitgenössischen Frankreichs gehörte, ein Herz, das in gleicher, unerschütterlicher und tatkraftvoller Liebe für die Ausgeborenen und Niedergelassenen aller Länder, für das vom Kapitalismus geknechtete Proletariat der Kulturwelt wie für die unterdrückten Völker aller Rassen schlug. Dieser Tod reiht eine Reihe in hundert Verbände, die der Arbeit an der allgemeinen Kulturentwicklung dienen, er wird in Gelehrtenkreisen ebenso empfunden werden wie in den Schuervereinen für das verlebte Recht von Nationen und Einzelpersonlichkeiten, aber nirgends wird die Klage einem härteren, dauerhafteren Gefühl entspringen als in der sozialistischen Arbeiterklasse Frankreichs, zu der Pressensé als reifer Mann, in einer Sturmzeit sittlichen Aufschwungs, aber doch auf dem Weg einer in allen Gängen der Erkenntnis schürrenden Selbstaufklärung gekommen ist, um ihre Fortan als Agitator, Verleger und Schriftsteller sein Bestes zu geben.

Francis de Pressensé war am 30. September 1833 in Paris geboren. Er entstammte einer alten hugenottenfamilie, die ihm Begabung, hohe Interessen und Fähigkeit im Verfolgen des als richtig Erkannten als Erbe mitgab. Sein Vater, Edmond de Pressensé, war ein Pastor von liberalen Gesinnungen, der sich als Schriftsteller und Politiker betätigte. Er wurde als Abgeordneter des Seine-Departements in die Nationalversammlung und später als unabhängiges Mitglied in den Senat gewählt. Der junge Francis wuchs so in einem Kreis auf, der von den Ideen des gemäßigten Liberalismus beherrscht war. Diese Jugendumbrüche wirkten in ihm lange nach und es bedurfte eines durchdringenden Studiums der modernen Geschichte, um ihn — aber dann endgültig — den entscheidenden Schritt machen zu lassen, der ihn in die Welt des revolutionären Proletariats führte.

Francis de Pressensé war eine Art Wunderkind. Schon in der Mittelschule um einer Begabung willen angesehnt, die ihn die Aufgaben der humanistischen wie der exakten Wissenschaften gleichermaßen spielend bewältigen ließ, konnte er lange Zeit schwanken, in welchem Beruf sich die Kräfte seiner Persönlichkeit am härtesten auswirken würde. Ein Zwiespalt ist er eigentlich

nie geworden, aber dank dem leidenschaftlichen Ernst, womit er alle Gegenstände ergriß, auch sein Dilettant geblieben. Seine Sprachkenntnisse waren außerordentlich. Während des Krieges von 1870, den er in der Epoche der Nationalverteidigung als Freiwilliger mitmachte, wurde er dem Generalstab des Generals Chanzy zugeteilt, der den siebzehnjährigen Jüngling um seiner Beherrschung der deutschen Sprache willen wiederholt mit Unterhandlungen betraute! In Le Mans wurde er gefangen genommen, als er auf seinem Zimmer in einem alten, bei einem Ledler aufgestöberten Ausgabe des Herodot las. Aehnliche Anekdoten aus seinem Leben liegen sich in Menge erzählen. Die Liebe zur griechischen Sprache, Geschichte und Literatur blieb übrigens eine der stärksten Neigungen seines Geisteslebens. Er hat als einer der gelehrtesten Hellenisten unserer Zeit golden und täglich hunderten griechische Kulturen getrieben. Seinen Plan einer Geschichte der Verfassungen von Athen hat er allerdings nicht ausführen können.

Gleich nach dem Krieg debütierte er als Journalist. Das „Journal de Genève“ berief ihn als vorzüglichen Korrespondenten. Aber bald rief ihn der Verdingungsdrang, der ihm zeitweilig eigen war, in die aktive Politik. Der greise Guizot hatte den jungen Mann zum Liebling erkoren, und auch Thiers versuchte auf diese vielversprechende Begabung einzuwirken. Nach einer vorübergehenden Wirksamkeit in der inneren Politik — im Kabinett des Unterrichtsministers Barbeau — trat er 1879 in den diplomatischen Dienst ein. Er brachte es rasch bis zum Rang des ersten Vorkonstabsekretärs in Washington, verließ aber bald die Karriere und widmete sich in Frankreich journalistischer und schriftstellerischer Arbeit. 1888 wurde er Chef des Auslandsbüros des „Temps“. Wenn dieses Blatt eine unbestrittene Stellung im internationalen Informationsdienst errungen und bis heute, trotz seiner kapitalistischen Prägung bewahrt hat, so hat es dies der genialen organisatorischen Arbeit Pressensés zu danken. Was freilich seinen Nachfolger, den allerdings von ihm mit brennender Mißachtung gestraften Profitmacher Lachère nicht gebührt hat, in seinem heutigen Rang auf der Spitze des „Temps“ mit peripherer Verdrehung den Bruch Pressensés mit dem Blatt in der Weise darzustellen, daß die Entwicklung der Ideen Pressensés seine weitere Mitarbeit für den „Temps“ unmöglich gemacht, d. h. daß er den Abschied erhalten habe, während es allbekannt ist, daß Pressensé die hochangesehene und glänzende Stellung selbst aufgegeben hat, weil er seine weitere Mitarbeit an dem Hauptorgan der Großkapitalisten mit seiner Ueberzeugung nicht mehr vereinbaren konnte und weil er die Freiheit für die Verfestigung seiner Gesinnung gewinnen wollte.

Nun darf nicht etwa glauben, daß Pressensés Sozialismus erst in der heißen Temperatur der Dreißigerjahre emporgelblüht wäre. Vielmehr war sein Anschluß an die Partei das letzte Glied einer langen, von strenger Logik beherrschten Entwicklung. In die Entwicklungzeit fallen seine Studien über den modernen englischen Katholizismus, dessen soziale Richtung unter den Kardinalen Newman und Manning ihn besonders anzog. Sein berühmtes Buch über Kardinal Manning zeigte ihn unter dem Einfluß dieser Tendenzen.

Die entscheidende Wendung seiner Lebensbahn brachte allerdings erst die „Affäre“, in der er einer der leitenden Köpfe der

Revisionsbewegung wurde. Jetzt zeigte sich die Kampfnatur des Scheinbar ganz in der Wissenschaft aufgegangenen Denkers. Die Agitation für die Revision hat er im ganzen Land organisiert, seine Mitgliedschaft bei der Ehrenlegion nach der Suspendierung Jolas mit einem öffentlichen Protest hingeworfen. Er war einer der Gründer der Liga der Menschenrechte, die ihn nach dem Tode Trauzier vor 10 Jahren zum Präsidenten wählte. Er ist es bis zu seinem Tode geblieben.

Der Eintritt Pressensés in die sozialistische Partei erregte großes Aufsehen. Es waren damals die traurigen Tage des inneren Zwistes. Pressensé, durch persönliche Beziehungen und durch seine Stellung in der Revisionskampagne dem reformistischen Flügel angehörend, mußte sich indes das Vertrauen aller Sozialisten zu seiner Ueberzeugungstreue und zur Entschiedenheit seiner sozialistischen Auffassungen rasch zu gewinnen. Tatsächlich war Pressensé zu Anschauungen gekommen, die ihn dem revolutionären Flügel näherstellten als dem ministerialistischen Reformismus. Seine historischen Studien hatten ihn, trotz seiner ethischen Gläubigkeit, die er im Kampf für verlebte Rechte bewahrte, zur Erkenntnis der Rolle des Klassenkampfes gebracht. So konnte er einer der hingebendsten Werkmeister der Partei-einigung werden.

Aber auch im Parlament, dem er leider nur acht Jahre lang — von 1902 an — als Deputierter von Lyon angehörte, hat er in Werk von dauernder Bedeutung geschaffen. Er war der Verfasser des ersten Entwurfs über die Trennung von Kirche und Staat, der dann, von Briands beigegebenen Grünbaum-Ballin umgearbeitet, der Kern des Gesetzes wurde, das den Namen Briands verleiht und für dessen Träger den weiteren Aufstieg ermöglicht hat. — Somit trat Pressensé in der Kammer hauptsächlich bei der Diskussion der auswärtigen Politik hervor, für die er einmal auch als Berichterstatter wirkte. Sein mutiges Auftreten gegen den Revanche-patriotismus erregte Aufsehen und vermittelte ihn auch in eine Presbidiskussion mit dem Chauvinisten Clemenceau.

Der Partei hat Pressensé unschätzbare Dienste geleistet. Er war Mitarbeiter der „Humanité“ in ihrer ersten und wiederum in ihrer neuesten Epoche, seit ihrer Erweiterung auf 6 Seiten. Bis in die letzten Tage hat er seine Auslandskorrespondenzen, die mit einer unvergleichlichen Fülle der Details die Festigkeit des sozialistischen Gesichtspunktes verbanden. Er hat auch der Partei eine ausgezeichnete Revue „Die Sozialisten“ geschenkt, der leider sein langes Leben beschieden war und an den verschiedensten sozialistischen Publikationen mitgearbeitet.

Als Redner gehörte Pressensé zu den geschäftigsten Kräften der Partei. Beim erstenmal mochte sich der Zuhörer leicht durch die außerordentlich schnelle, etwas monotone Sprechweise, worin sich die klassisch vollendeten Perioden aneinanderreihen, ein wenig fremd fühlen. Aber rasch zwang die geschlossene Logik, der aufblühende Geist und der hinter dem so unparthischen Gehaben glühende Ernst der Ueberzeugung die Versammlungen in den Bann seiner Worte. Eine seiner produktivsten, den Hören unversehrten Reden war die gegen den Militarismus auf dem letzten Parteitag in Vreil.

Francis de Pressensés Andenken wird in der Partei lebendig bleiben und das lebende Geschlecht zu neuen Kämpfen in seinem Geist anfeuern. Otto Böhl-Paris.



Nationalliberalen das Problem bereits erledigt. Herr v. Bethmann hat gütigst eine Nachprüfung der Dienstvorschriften zugezogen und die Nationalliberalen sind voll und ganz zufrieden! Nur eine Mitteilung darüber, was die Regierung in ihrer Weisheit beschloffen hat, mögen sie noch zu erbitten. Es ist die bedingungslose Unterwerfung unter die Militärdiktatur, wie sie die Konserverativen gefordert haben.

### Uebergechnapp.

Die brave „Kreuz-Zeitung“ ist schon ganz größtensinnig geworden. Der glänzende Erfolg, den ihre Kampagne für die Reuter und Forster bei dem Kriegsgericht erzielt hat, läßt sie offenbar meinen, daß auch die Zivilgerichtsbarkeit unter ihr Kommando gestellt werden muß. Und so verlangt sie denn unter dem unpassenden Titel „Eine ernste Sache“, daß ein Hochverratsprozess — darunter tut sie's nicht — gemacht werde. Den Vorwand soll eine Stelle aus dem Artikel „Hohenzollerntradition“ bieten, in dem gesagt war, man müsse die Möglichkeit ausschalten, daß irgend ein Thronwechsel die Stetigkeit der deutschen Politik erschüttern könne. Darin steht das Wort das Unternehmen, die Verfassung eines deutschen Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltlos zu ändern! Da mildernde Umstände für uns natürlich ausgeschlossen seien, mühten wir dafür unbedingt ins Zuchthaus.

Wenn unser konservativer August nicht längst im Delirium tremens gestorben wäre, hätte er einen Eid darauf abgelegt, daß er es war, der das Junkerblatt mit dieser Einschuldung misshandelt hat. So aber müssen wir annehmen, daß unser August noch einen Zwillingssbruder hat, der trotz des Deliriums noch schreiben kann.

### Vereinigungsrecht der Beamten.

In seiner „ergänzenden“ Anfrage über das Verbot der Vereinigung Berliner Schutzleute hat der Abgeordnete Erzberger am Dienstag darauf hingewiesen, daß im Jahre 1908 bei Beratung des Vereinsgesetzes der Staatssekretär des Innern (damals Herr v. Bethmann) in der Kommission erklärt habe, auch den Beamten sies die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu, und man behalte sich nur das Recht vor, sie von Vereinen und Versammlungen fernzuhalten, die dem Wesen des Beamtenstandes widersprechen.

So hat sich der Staatssekretär in der Tat damals geäußert, aber um den Standpunkt der Regierung zu verstehen, muß man seine Erklärungen ausführlicher wiedergeben. Es wurde in der Kommission darüber debattiert, welchen Beschränkungen das durch den § 1 des Entwurfes gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht von dritter Seite unterliegen könne, und im Gegensatz zu einem sozialdemokratischen Redner vertat ein Konservativer die Ansicht, daß das Gesetz nicht die Beschränkungen betriebe, die gegenüber einzelnen oder ganzen Kategorien von Staatsbürgern auf Grund von außerhalb des Gebietes des Vereinsrechts liegenden Rechtsmitteln oder Rechtsvorschriften beständen. Er betonte ganz besonders die disziplinarischen Rechte der Anstellungsbehörden gegenüber den Beamten. Diese Ausführungen bezeichnete Herr v. Bethmann Hollweg als durchaus zutreffend. Er schloß sich ausdrücklich der Auffassung an, daß Gewaltverhältnisse disziplinarische und vertretungsmäßige Rechte zwischen bestimmten Personen oder Kategorien von Personen vom Vereinsgesetz unberührt gelassen würden, und wenn er dann weiter noch besonders von Vereinen sprach, deren Zweck dem Wesen des Beamtenstandes zuwiderläufe, so lag ihm nichts fern, als irgendeiner Instanz außerhalb der Disziplinargerichtsbarkeit eine Entscheidung über das, was dem Wesen des Beamtenstandes entspricht und widerspricht, zuzugestehen.

Trotzdem hat die Mehrheit des Reichstages, zu der allerdings das Zentrum ebenso wenig gehörte wie die Sozialdemokratie, das Gesetz angenommen, und man kann also nur dieser Mehrheit einen Vorwurf machen, daß sie die Rechte der Beamten damals nicht gemahrt und der Disziplinargewalt die weitestgehenden Befugnisse zur Befestigung des nach § 1 „allen Reichsangehörigen“ zustehenden Rechtes, Vereine zu bilden und sich zu versammeln, gelassen hat.

Uebrigens ist der Standpunkt der Regierung zu diesen Fragen ja auch in derselben Sitzung, in der Herr Erzberger seine Anfrage stellte, von dem gegenwärtigen Staatssekretär des Innern in anderem Zusammenhang noch einmal präzisiert worden. Herr Delbrück berief sich, als er auf das Koalitionsrecht zu sprechen kam, auf seine Rede vom 10. Dezember 1912 und erklärte, daß er von dem damals eingenommenen Rechtsstandpunkt abzugehen keine Veranlassung habe. Am 10. Dezember 1912 aber hat Herr Delbrück die geradezu berühmt gewordene Feststellung gemacht, daß es ein gesetzlich gewährleistetes und unbeschränktes Koalitions- und Vereinsrecht nicht gebe. Der § 1 des Reichsvereinsgesetzes beeinträchtigt nicht die Rechte der Vorgesetzten gegenüber den ihnen unterstellten Beamten. Wer Beamter werde, unterwerfe sich freiwillig den auf den Traditionen der Verwaltung beruhenden Beschränkungen.

Das ist deutlich genug und beweist, wie notwendig die Schaffung eines wirklichen Vereinigungsrechtes ist, das uns heute noch fehlt. Wenn das Zentrum, um dieses Ziel zu erreichen, sich mit Entschlossenheit an die Seite der Sozialdemokratie stellen wollte, so würden auch die Beamten das Recht erhalten, das man ihnen auf dem Wege der Erzberger'schen Interpretationsversuche nicht verschaffen kann.

### Aus dem sächsischen Landtage.

Ein Wettkennen der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Staatsbeamten! Damit ist am treffendsten die Erörterung bezeichnet, die in der Zweiten Kammer über drei Anträge — je einer von der Konservativen, nationalliberalen und freisinnigen Fraktion — betreffend die Reform des Beamtenrechts gepflogen wurde. Den Rang liefen dabei die Freisinnigen den anderen beiden Gruppen ab, indem sie sich die größte Mühe zur Führung des Beweises gaben, daß ihnen die Priorität in diesem Wettlauf zukomme. „Wir haben zuerst schon vor vier Jahren einen derartigen Antrag eingebracht“ — schrieb der erste freisinnige Redner in die Rasse der 35 000 festangestellten „Staatsdiener“ hinein. In anderthalb Jahren ist nämlich Landtagswahl!

Alle drei Anträge verlangen von der Regierung eine Gesetzesvorlage über ein neues Beamtenrecht. Eine Forderung, der schon aus formellen Gründen die Sozialdemokratie zustimmen kann, aber es kommt dabei alles auf das Wie und Weshalb an. Die Konservativen haben sich in der Frage bisher reservierter verhalten, weil eine politische Notwendigkeit eines aggressiven Vorgehens für sie nicht vorlag. Staatswesen, Recht, Sitte und Ordnung forderten sie eben unter allen Umständen, daß ein Staatsbeamter konservativ sein bezw. werden muß. Auf diesem Standpunkt stand und steht die Regierung im wesentlichen auch noch heute, denn der Minister des Innern erklärte vor nicht allzu langer Zeit, daß das Staatsamt ganz von selbst die konservativste Befinnung erzeuge, daß es also eines besonderen Druckes gar nicht bedürfe. Dieser Standpunkt hat die Liberalen ungeheuer verschmüpft, und nun machen sie mit einer gut ausgeklügelten Beamtenpolitik der Regierung und den Konservativen das Leben schwer. Und diese Politik scheint doch in den Kreisen der Beamten

eine gewisse Wirkung zu haben. Sie sind nicht mehr über jeden Zweifel konservativ. Nun müssen sich wohl oder übel auch die Konserverativen an der Konkurrenz um die Gunst der Beamten beteiligen, was ihnen von dem nationalliberalen Rednern vorgehalten wurde, da die Liberalen in diesem Verhalten der Konserverativen so eine Art unlauteren Wettbewerbes erblicken. Während aber sich die Konserverativen Magerweise im wesentlichen auf das rein Tatsächliche zurückzogen, gingen die Nationalliberalen etwas weiter heraus aus dem Van. Sie wollen keinen Drill der Beamten, keine preussische Schneidigkeit, wie ausdrücklich betont wurde, sie wollen auch politische Bewegungsfreiheit für die Beamten, — die „Freiheit“, wie die Nationalliberalen sie meinen! Denn auch sie fordern, daß der Staatsbeamte „Königstreue“ sein muß und nicht an den „Grundlagen der Verfassung“ gerüttelt werden darf. Sozialdemokratische Staatsbeamte sind infolgedessen von dieser liberalen staatsbürgerlichen Freiheit ausgeschlossen! Mit einem Wort: die Nationalliberalen wollen ihre Kostgänger auch an die Staatskrippe und zwar bis in die höchsten Ämter heranbringen, Parität mit den Konserverativen verlangen sie.

Der Minister goß reichlich Wasser in den Wein der bürgerlichen Hoffnungen und Wünsche. Er erklärte ohne viel Umschweife und unzuverlässig, daß die gewünschte Reform weder in materieller noch in formeller Hinsicht dringlich sei. Nur darin war die Regierung mit den bürgerlichen Parteien einer Meinung: Sozialdemokraten müssen von der staatsbürgerlichen Beamtenfreiheit ausgeschlossen sein. Der Minister erklärte klar und bestimmt, daß den Notwendigkeiten der Ausnahmestände ausreicht erhalten werden müsse.

Die Sozialdemokratie in Sachsen kann diese Mehrheit und Klarheit nur begrüßen, da sie ein Feind aller verschwommenen Verhältnisse ist. Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit für alle Beamten, politische Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit, einziger Maßstab für das Amt die berufliche Tüchtigkeit.

Die Anträge wurden an eine Kommission verwiesen.

Dresden, 22. Januar. Die Erste Kammer nahm heute den bereits von der Zweiten Kammer angenommenen nationalliberalen Antrag betreffend Fristverlängerung zur Erklärung für den Wahlbeitrag bis Ende Februar mit allen gegen vier Stimmen an. Finanzminister von Seidewitz erklärte abermals, im Bundesrat für eine allgemeine Fristverlängerung nicht eintreten zu können.

### Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Rosenberg

endete, wie zu erwarten war, mit dem Siege des freikonservativen Landrats v. Orsinek, auf den 11 334 Stimmen entfielen. Sein polnischer Gegenkandidat erhielt 8146 Stimmen.

### Ersatzwahl für den Grafen Mielczyński.

Die infolge der Mandatsniederlegung des Grafen Mielczyński im Wahlkreis Samter-Birnbaum notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl ist auf den 17. März angesetzt worden.

### Die Gegensätze in der nationalliberalen Partei.

Zur Geschichte der Gegensätze und Meinungen innerhalb der nationalliberalen Partei liefert folgende Meldung des „Berliner Börsen-Courier“ einen sehr niedlichen Beleg:

Zur Geschichte der viel besprochenen altnationalliberalen Etatsrede des Abg. Köhling im preussischen Abgeordnetenhaus ist es von politisch pilantem Reiz, daß diese Rede nicht etwa nur eine persönliche Sonderleistung des genannten Abgeordneten gewesen ist, sondern, daß sie einer Verabredung entsprossen hat, die unter einigen dreißig altnationalliberalen Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses vor der Staatsdebatte im Hotel Adlon stattgefunden hatte.

Politisch recht interessant — besonders da die Meldung wiederum zeigt, wie nach und nach die „Friedberger“ mehr und mehr in der nationalliberalen Partei an Einfluß gewinnen.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Wirklicher Geheimrat v. Conrad, ist heute vormittag im Alter von 61 Jahren an der Niviera gestorben.

### Neue Wechselordnung.

Der „Reichsanzeiger“ hat den Entwurf einer neuen Wechselordnung nebst Einführungsgezet und Begründung veröffentlicht. Der aus 92 Artikeln bestehende Entwurf sucht in der Hauptsache dem internationalen Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts vom 23. Juli 1912 zu entsprechen.

### Neue spanische Gefängnisgreuel.

Von Zeit zu Zeit erfährt die Welt, daß in Spanien ein liberales, demokratisches oder reformistisches-konservatives Kabinett regiert, daß der König die Verechtigung der fortschrittlichen Bestrebungen anerkannt habe, und ähnliches mehr. Bald danach aber erfährt man wieder, daß im inneren Wesen des Staates und seiner Verwaltung sich gar nichts geändert hat, daß Schandrian und Grausamkeit nach wie vor zu den vornehmsten Grundzügen der spanischen Staatskunst gehören. Besonders das Gefängniswesen, das schon so oft in den Greueln von Montjuich und anderen die Empörung der gestifteten Welt geweckt hat, scheint allen Versuchen zur Einführung menschlicher Zustände mit größter Hartnäckigkeit zu widerstehen. Jetzt hat sich in Madrid ein Komitee gebildet, das für die unglücklichen Gefangenen eintreten will. Marcelino Suarez, der selbst zu den unglücklichen Insassen des Gefängnisses von Obedo gehört hat, hat über ein Jahr lang erdrückende Beweise für die Grausamkeiten in den spanischen Gefängnissen gesammelt. Danach werden Gefangene brutal mißhandelt und nahezu dem Hungertod in ungesunden Kerkerlöchern preisgegeben. Die Verschleppung der Verhandlung dauert so lange, daß die Untersuchungsschaff immer ein, oft zwei bis drei Jahre dauert. So schaffen die Raziken (örtlichen Nachhaher) ihre politischen Gegner auf Jahre beiseite, indem sie ihre Verhaftung unter den wichtigsten Vorwänden veranlassen. Die Geschworenen sprechen diese Leute regelmäßig frei, aber inzwischen waren sie jahrelang der Freiheit beraubt und den Gefängnisgreueln preisgegeben.

Das Gefängnis-Komitee hat einen Aufruf erlassen, der eine Reihe der gegen Gefangene, die oft nur wegen ihrer fortgeschrittenen Ideen verhaftet sind, begangenen Schandthaten feststellt. Darin heißt es: „Der Direktor eines Gefängnisses in Figueras (Catalonien) namens Milena hat einen unterirdischen Kerker bauen lassen, um dort seinen Gefangenen zu töten. In dieser Zelle, die Sibirien genannt wird, werden Gefangene gefesselt und bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Dann bringt man den Gefangenen in eine andere Zelle, um die Wunden heilen zu lassen, läßt ihn dort sitzen, bis er so hungrig ist, eine Menge gefalzenen Stöckfisch zu essen. Dann läßt man ihn die Qualen des Durstes erdulden. Jüngst wurde ein Gefangener an ein Kreuz genagelt. Er starb. Einem anderen wurde ein Auge ausgezogen, einem dritten ein Arm gebrochen. Wieder einem anderen wurden Stücke Fleisch abgerissen. Die Schreie der Opfer wurden

außerhalb der Festung gehört. Unser Freund Marcelino Suarez, der einen energischen Feldzug gegen diese Schandthaten eingeleitet hat, wurde ins Gefängnis geworfen und ist noch dort.“

Es ist leider nicht zu erwarten, daß vor der gründlichen Ausmischung des Schandsystems von Korruption und Inquisition, das Spanien beherrscht, auch auf diesem Gebiete ernstliche Abhilfe geschaffen wird. Namentlich die gutgesinnte Presse hat zuviel von den weit betriebenen Mißständen zu berichten, unter denen die Opfer der monarchistischen Politik in portugiesischen Gefängnissen leiden, um Raum für die Spanien zu finden, die in teuflicher Entartung einem Gefängniswesen von mittelalterlicher Grausamkeit zum Opfer fallen. Auch die liberalen Westmächte, die heute die spanische Monarchie zu ihren Verbündeten zählen, hüten sich sorgsam, etwas zur Milderung der entsetzlichen Zustände im Innern des befreundeten Staates zu tun.

### Oesterreich.

#### Der Handelsvertrag mit Deutschland.

Wien, 22. Januar. Zu den Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück im Deutschen Reichstage schreibt das offiziöse „Fremdenblatt“: Die deutsche Reichsregierung scheint es vorzuziehen zu wollen, möglichst eine bloße Verlängerung des Handelsvertrages zu erzielen. Es ist selbstverständlich, daß die einfache Verlängerung undenkbar ist und daß gewisse Revisionen durch Zusatzanträge beschlossen werden müssen.

### England.

#### Die Flottenfrage.

London, 22. Januar. Die heutige Kabinettsitzung, die mit großer Spannung erwartet wird, dürfte für das Flottenbudget die Entscheidung bringen. Bedenklich ist es, daß „Daily Chronicle“ ein großes Defizit zugibt. Schuld hieran seien die Mehrausgaben des letzten Jahres, indem für die Flotte über die angenommenen 48 Millionen Mehraufwendungen noch weitere 5 Millionen erforderlich sind. Dazu kommt, daß für das Jahr 1914/15 weitere 8 Millionen Mehrausgaben nötig werden. Im ganzen wird das Defizit also 8 Millionen betragen. Außerdem wird ein Defizit durch das Versicherungsgezet verursacht. Da das Flottenbudget aller Voraussicht nach keine Kürzung erfahren dürfte, wird Lloyd George in eine schwierige Lage versetzt und sein Versprechen, Ueberschüsse zu erzielen, kaum erfüllen können.

### Rußland.

#### Rassenstreik und Verhaftungen in Petersburg.

Das heldenmütige russische Proletariat feiert auch dieses Jahr die neunte Wiederkehr des blutigen Sonntags durch Demonstrationsstreiks. In Petersburg wurden Donnerstag einige Arbeiter verhaftet, die mit der Verteilung des Aufrufes zum Streik für den 22. Januar beschäftigt waren. Auch eine Anzahl von Studenten und Studentinnen wurden verhaftet. Trotz der Verhaftungen und des massenhaften Aufgebots von Polizei und Kosaken ist die Beteiligung an dem Streik sehr stark.

### Albanien.

#### Der mißglückte Putschversuch.

Satona, 22. Januar. Unter Vorbehalt von Oberst de Beer begann heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen Velir Aga und 27 Mitschuldige, die den Versuch gemacht haben, sich der Regierung zu bemächtigen. Es sind sehr strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

### Aus der Partei.

#### Ein Schildbürgerstreich.

In Götting besteht seit sieben Jahren eine städtische Volksbücherei und Veschalle. Das Bildungsinstitut ist das Werk eines wohlthätigen Stifters. Zeitschriften und Tageszeitungen aller Partischattierungen lagen bisher aus; u. a. auch der „Vorwärts“ und die „Göttinger Volkszeitung“. Jetzt hat der Magistrat eine reinliche Scheidung vorgenommen: Das sozialdemokratische Zentralorgan und das Göttinger Parteiblatt sind nicht mehr unter den anderen Zeitungen zu finden. Ein Plakat besagt: „Vorwärts“ und „Göttinger Volkszeitung“ hängen neben dem Beamtentisch! Mit dieser Maßnahme gegen die sozialdemokratischen Blätter hat der Magistrat die bisherige Neutralität, die er auch bei der Eröffnung der Veschalle versprochen hat, gebrochen. Gegen die vermutete Absicht des Magistrats, durch seine Anordnung die Leser der sozialdemokratischen Presse zu kennzeichnen, muß aber aufs schärfste protestiert werden. Im übrigen ist die Maßnahme des Göttinger Magistrats nur geeignet, die Stadt Götting dem Gespött preiszugeben.

Ein sozialdemokratischer Kirchenrat. Bei der Wahl zur Kirchengemeinde in Altenburg, Amt Waldhüt in Baden, gaben von 84 Abstimmenden 50 sozialdemokratische Stimm ab. Die Verwaltung dieser katholischen Kirche liegt sonach in den Händen unserer Parteigenossen.

#### Die Bildungsarbeit der tschecho-slawischen Parteipresse.

Die aus den Tagesblättern in Prag (hier mit einem in 100 000 Exemplaren erscheinenden Abendblatt), Brünn und Wien und zahlreichen weniger oft erscheinenden Blättern in der Provinz besteht, ist in dem zentralen Arbeiterverlag zu Prag konzentriert. Außer den illustrierten Unterhaltungsbeiträgen des „Pravo lidu“ in Prag, die Genosse Krczej redigiert, wird die illustrierte Kinderzeitschrift „Jaro“ („Der Frühling“) und die Kinderbibliothek „Neue Welt“ herausgegeben, die u. a. auch ein sozialistisches Lesebuch „Unseren Kindern“ und ein Rächenbuch erscheinen ließ. Zweimal im Monat erscheint die illustrierte Unterhaltungszeitschrift „Rote Blüten“. Der Presseauschuß der Partei gibt endlich noch zwei Romanbibliotheken heraus, wobei die eine zur Bekämpfung der Schundliteratur in 14 tägigen Lieferungen erscheint. Der „Arbeiterkalender“ hat eine Auflage von 100 000 erreicht.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Kälte und die Schifffahrt.

Riga, 22. Januar. Die Schifffahrt auf dem Rigaischen Meerbusen leidet unter außerordentlichen Schwierigkeiten. Zwanzig Dampfer sind vom Eise umringt, einige von ihnen befinden sich in äußerster Not. Dem Eisbrecher „Jermak“, der den haborierten Eisbrecher „Peter der Große“ bugsiert, ist es unmbglich, den gefährdeten Dampfern zu helfen. Im Hafen horren zwanzig Dampfer der Abfahrt.

#### Beilegung der Inderunruhen in Südafrika.

Pretoria, 22. Januar. (S. L. A.) Nach dem Bericht der mit der Untersuchung der von den Indern angefügten Unruhen betrauten Kommission, haben sich die Inder bereit erklärt, von ihrer Politik der passiven Resistenz abzugehen. Die Behörden haben sich dagegen verpflichtet, die wegen passiver Resistenz verhafteten Inder freizulassen.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.**  
Bezirk 9.  
Am 21. d. M. verschied unser Mitglied, der Tischler **Gustav Neubert** im Alter von 26 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht!  
Der Vorstand.  
Treffpunkt für Mitglieder des Wahlvereins: Schöneberger Wälderstr. 27, 1/2 Uhr auf obigem Friedhof.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenleger **August Saager** am 19. d. M. im Alter von 71 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Gustav Neubert** am 21. d. M. im Alter von 26 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht!  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Charlottenburg.  
Unser ehemaliges langjähriges Mitglied **Fritz Kant** ist nach schwerem Krankenlager verstorben.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Franz Olschewski** am 20. d. M. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Wenzel Fisch** am 21. d. M. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Café Sorge, Schloßstraße 12, stattfindend.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Gustav Neubert** am 21. d. M. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht!  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Fritz Kant** nach schwerem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Köpenick, Kommandantenstr., aus statt.  
Treffpunkt 3 Uhr Kommandantenstr. 1 bei Streu.  
Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 22. Januar, verschied plötzlich unser lieber Vater, Schmiegebauer und Grobwater, der Schriftsetzer **Max Barkowski** im 57. Lebensjahre.  
Dieses selbige Mitglied an **Max Barkowski** wohnt Frau Anton Lingk, Eilfriede Lingk geb. Barkowski, Berlin W, Steinmetzstr. 46.  
Wittwe **Willy Barkowski**, Karl Barkowski und Enkelkinder, Neudöln, Pring-Gandjerystr. 57.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. Januar 1914, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Reinickdöln Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Denen früh erlag unser treuer Mitarbeiter und lieber Kollege **Max Barkowski** seinem langjährigen Weiden.  
In ihm verlierten wir einen geraden, aufrechten Charakter.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem neuen Gemeinde-Friedhofe in Neudöln, Mariendorfer Weg, statt.  
Berlin, 22. Januar 1914.  
Das Personal der Buchdruckerei **Otto Eisner** 6486

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser treues Mitglied **Julius Bargel** am 10. Januar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere bergensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Olga Kripskansky** geb. Eichstaedt im Alter von 40 Jahren am Mittwoch, den 21. Januar, sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gieseler-Kirchhofes, Nordend, aus statt.  
1294

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Wagenbauer (Gotha).**  
Berlin, Bezirk 9.  
**Frauen-Sterbekasse.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied der Frauen-Sterbekasse **Olga Kripskanski** am Mittwoch, den 21. Januar 1914 verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gieseler-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Ortsverwaltung** 257/4

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Paters spreche ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank aus.  
1154  
**Fran Grunwald** und **Söhne.**

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Malers **Emil Schuly** sage ich hiermit allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleitet haben, meinen aufrichtigsten, tiefempfindlichen Dank.  
6435  
Die Kistenrunder Witwe **J. Schuly**, Kottbuser Ufer Nr. 59.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.**  
Gemäß § 98 der Kassensatzung laden wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zu einer am **Donnerstag, den 29. Januar 1914, abends präzis 8 Uhr, im Café Sorge, Schloßstraße 12, stattfindenden** **Außerord. Ausschußsitzung** ein.  
Tagesordnung:  
1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.  
2. Beratung und Beschlußfassung über die zu erlassende Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.  
3. Bericht über den Stand der Kasse.  
4. Geschäftliches.  
Die Vertreter erhalten schriftliche Einladung, welche als Legitimation gilt.  
Köpenick, den 21. Januar 1914.  
Der Vorstand, **Otto Nicksel**, Vorsitzender.

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres Bruders **Karl Franke** sagen wir hiermit unseren besten Dank.  
**Witwe Franke**, Gieseler-Str. 12, 6446

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres Bruders **Karl Franke** sagen wir hiermit unseren besten Dank.  
**Witwe Franke**, Gieseler-Str. 12, 6446

**Öffentliche politische Versammlungen.**  
**Sechster Wahlkreis.**  
Sonntag, den 25. Januar, abends 6 Uhr, in Funkes Gesellschaftshaus, Triftstraße 63:  
**Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Georg Ucko**. 2. Diskussion.  
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. 224/6  
Zahlreicher Besuch erwartet. Der Einberufener: **Bruno Krause**, Willdenowstr. 18.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987, 1230, 9714, 185.

Sonntag, den 25. Januar 1914, vormittags 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
sämtl. Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen in den Maschinen-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).  
Tagesordnung:  
1. Die wirtschaftliche Krise und die Aufgaben unserer Branche hierzu.  
2. Verschiedenes.

Sonntag, den 25. Januar 1914, vormittags 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer, Einrichter sowie sämtlicher als Zigarettenmaschinenführer beschäftigten Kollegen in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl des Branchenleiters und der Agitationskommission. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 25. Januar 1914, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in der Emailier-Branche beschäft. Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1).  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Wahl der Branchenkommission. 3. Bekamer Brande sollen sich die im Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten **Laektierer** anschließen. 4. Diskussion und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Außerdem werden zu dieser Versammlung sämtliche im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten **Laektierer** eingeladen!  
Sobien erschienen:  
**Eines Arbeiters Weltreise.**  
Von **Fritz Kummer**.  
Das Buch kostet gebunden in sehr guter Ausstattung für Mitglieder **3 M.**  
Zu haben in unserem Bureau: **Linienstr. 83/85 II in der Bibliothek.**  
111/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:  
**Sektions-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.  
Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird ersucht.

**Sektion der Stukkateure.**  
Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei **Wille**, Sebastianstr. 39:  
**Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Neuwahl der Sektionsleitung. 3. Geschäftliches.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Sektionsleitung.**  
Hierdurch ersuchen wir alle Mitglieder, die vom 1. Dez. bis jetzt ununterbrochen arbeitslos waren und verheiratet sind, sich bis zum Sonntag, den 24. Januar, im Verbandsbureau oder auf den Kontrollstellen zu melden.  
140/10\* **Der Zweigvereinsvorstand.**

**Wo? ist der schönste Ausflugsort?**  
Immer noch **Pichelowerder**, an der neuen **Deertrake** beim **Alten Freund**.

**Bekanntmachung.**  
I. Der Rechtsanwalt **Hendemann** aus Hannover ist wegen Beleidigung des Amtsrichters **Thiele** in Reulshaus a. Abge. und des Amtsanwalts **Jacobi** in Hannover von der Strafkammer I des Königl. Landgerichts in Hannover vom 20. Dezember 1913 zu einer Geldstrafe von 500 M., bisweilen zu 50 Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.  
Die Beleidigung ist begangen durch Veröffentlichung eines Artikels in der Nr. 184 des „Volkswillen“ in Hannover vom 8. November 1913 mit der Ueberschrift: „Achtung vor dem Gelehrten“.  
II. Der Redakteur **Andree** aus Hannover-Misfeld ist wegen Beleidigung des Amtsrichters **Thiele** in Reulshaus a. Abge. und des Amtsanwalts **Jacobi** in Hannover von der Strafkammer I des Königl. Landgerichts in Hannover am 20. Dezember 1913 in einem Falle zu einer Geldstrafe von 100 M., bisweilen zu 10 Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.  
Die Beleidigung ist begangen durch Veröffentlichung eines Artikels in der Nr. 184 des „Volkswillen“ in Hannover vom 8. August 1913 und in der Nr. 185 des „Volkswillen“ in Hannover vom 9. August 1913 mit der Ueberschrift: „Achtung vor dem Gelehrten“.  
Hannover, den 15. Januar 1914.  
Der Erste Staatsanwalt.

**Ortskrankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.**  
**Bekanntmachung**  
betr. die Wahlen der Vertreter und der Erfahmänner zum Ausschuss der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember 1917  
Auf Grund des § 78 der neuen Satzung sind für die Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1917 in getrennter Wahlhandlung zu wählen:  
30 Vertreter und 60 Erfahmänner aus der Mitte der Arbeitgeber und  
60 Vertreter und 120 Erfahmänner aus der Mitte der Versicherten.  
Die Arbeitgeber wählen am **Montag, den 9. März 1914, von 4-7 Uhr nachmittags im Kassenlokal, Linienstr. 5.**  
Die Versicherten wählen am **Sonntag, den 8. März 1914, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im Kassenlokal, Linienstr. 5.**  
Die Versicherten sowohl als die Arbeitgeber haben das Wahlrecht in Person auszuüben, dürfen sich also nicht vertreten lassen.  
Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Die Arbeitgeber können auch als Vertreter und als Erfahmänner zum Ausschuss bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsräte der beteiligten Arbeitgeber wählen. Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundregeln der Verhältniswahl.  
Jeder Wähler, welcher an der Wahl teilnehmen will, erhält auf sein Verlangen in der Zeit vom 23. Februar bis 7. März d. J. im Kassenbureau während der Dienststunden von 8-1 Uhr eine Wahlkarte ausgehändigt, die am Wahltag als Ausweis über seine Wahl- und Stimmberechtigung dient, und welche er dem Wahlprüfer vorzulegen hat.  
Wähler, die nicht im Besitz einer Wahlkarte sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer förmlichen Mitteilung des Wahlprüfers übergebenen Weise durch Vorlegung des vom Arbeitgeber einzusammelnden Kassenmitgliedsbuches ihre Wahlberechtigung nachweisen können. Auf der Wahlkarte für die Arbeitgeber wird auch die Zahl ihrer Stimmen vermerkt.  
Der Wahlprüfer am Tage der Wahl ist beauftragt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.  
Die Wähler können die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse während der Kassenstunden von 8-1 Uhr im Kassenbureau einsehen.  
Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei der Vernehmung des Ausschusses spätestens bis zum 7. Februar 1914 unter Vorlegung des Mitgliedsbuches bei dem Kassenbureau einzulegen.  
Wir fordern mannigfaltig die Wähler (Arbeitgeber und Versicherten) auf, bis spätestens zum 8. Februar 1914 Wahlvorschlüsse bei dem Kassenbureau, getrennt für Arbeitgeber und für Versicherte einzureichen.  
Die Einmündgabe der Wähler ist an diese Wahlvorschlüsse gebunden.  
Die Wahlvorschlüsse müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 30 Stimmen unterzeichnet sein. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Nennung ausdrückt und nach Familien- und Vor- (Nach-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen, bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlüssen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlüssen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Kassenversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.  
In jedem Wahlvorschlusse ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlusses und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. In dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlusses und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlussevertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Befestigung etwaiger Anträge erforderlichen Erklärungen abzugeben.  
Die zugelassenen Wahlvorschlüsse können von den Wählern im Kassenbureau während der Kassenstunden von 8-1 Uhr eingesehen werden.  
Sind am gültigen Wahlvorschlüssen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt, wie Vertreter bzw. Erfahmänner zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger Bewerber vorgeschlagen, so gelten diese ebenfalls als gewählt.  
Der Wähler erhält einen der Umschlüsse, die mit dem Stempel der Kasse versehen und im Wahlraum bereitzubehalten sind, tritt sofort an einen absonderten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbedachtlich in den Umschlag legt, und übergibt den Umschlag unvergeschlossen unter Nennung seines Namens dem Vorsitzenden oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitglied des Wahlprüfungs Ausschusses. Dieser legt die Umschlüsse vermerkt und nicht dann den Umschlag in die Wahlurne. Arbeitgeber mit mehrfachen Stimmrecht haben so viel Stimmzettel je in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben wollen; in diesem Falle ist die Zahl der abgegebenen Umschlüsse vorzumerken.  
Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsitzenden des Wahlprüfungs Ausschusses zu übergeben, dürfen sich der Beistand einer Vertrauensperson bedienen.  
Berlin, den 23. Januar 1914.

**Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.**  
**Gustav Lubatich**, Vorsitzender.  
**Robert Krüger**, Schriftführer.

**Kapitän-Kantabak**  
(erstklassig)  
**Kapitän-Rauch- u. Schnupftabake** sind nur durch ganz hervorragend feine Qualität so schnell beliebt geworden.  
Zu haben in den einschlägigen Geschäften event. zu erfahren durch **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.** (Telef. 3861.)



Gewerkschaftliches.

Das unüberwindliche Unternehmertum.

Das die Scharfmacher mit ihrem Terrorismusgeheiß, mit ihrem Gejammer über Bedrohung der Unternehmer durch die Gewerkschaften furchtbar schwindeln, das — unfreiwillig — zu enthüllen, ist ein Verdienst der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“...

Auf das verfloßene Jahr hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften große Hoffnungen gesetzt. Es sollte ein Kampfsjahr erster Ordnung werden, um den Ausbau der Organisationen zu fördern...

Die Behauptung, die Gewerkschaften hätten die „Arbeitgeberorganisationen in Trümmern“ schlagen wollen, beruht wohl auf einer kleinen Verwechslung. Nicht die Gewerkschaften verpflichteten sich auf das Programm...

Es ist klar, daß die Wirtschaftslage sich im Verlaufe des vergangenen Jahres nicht derartig verwickelt hatte, daß hieraus die Erfolglosigkeit der sozialdemokratischen Lohnbewegungen erklärt werden könnte...

Weiter bemüht sich das Blatt um den Nachweis, daß selbst die vermeintlichen Halbfolge der Gewerkschaften bei...

näherem Zuschauen sich als Siege des Unternehmertums entpuppt. Und zwar als Siege aus selbstgeschaffener organisierter Macht.

Auf diesen Punkt geht der Verfasser eines anderen Artikels, dem vorerwähnten unmittelbar folgenden näher ein. Die Gewerkschaften hätten den Höhepunkt überschritten...

Die Unternehmer fühlen sich also ohne das sogenannte „Arbeitswilligengesetz“ so stark, so überlegen, so sehr als Herren der Situation...

Daraus ist für jeden vernünftigen Menschen, für jeden nicht auf das allergrößte Scharfmacherprogramm eingeschworenen klar ersichtlich, zwingend logisch, daß nicht das Unternehmertum, sondern die Arbeiterschaft gestärkt werden muß...

Diese Forderungen sehr wirksam unterstützt zu haben, ist ein Verdienst der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“.

Deutsches Reich.

Eine technische Zentralstelle im Verband der Lithographen und Steindrucker.

Auf seinem vorjährigen Stuttgarter Verbandstage hatte genannter Verband beschlossen, eine technische Zentrale einzusetzen, um die technische Entwicklung des graphischen Gewerbes genau beobachten zu lassen...

freis erstreckt sich über das ganze Verbandsgebiet. Die Hauptstände sind die verantwortlichen Stützpunkte der Zentrale. Sie haben die Tätigkeit in den Mitgliedschaften anzuregen und zu fördern...

Der Verband der Lithographen und Steindrucker wurde zur Schaffung dieser neuen Einrichtung hauptsächlich durch die schwere Krise veranlaßt, in die die manuellen graphischen Verfahren durch die ununterbrochene weitere Ausdehnung der Photomechanik gedrängt worden sind...

Zabern und die deutschnationalen Handlungsgehilfen.

Wenn Offiziere a. D. und Leutnants b. N. ihre braven Zaberner Kameraden nach dem Freispruch in Straßburg gratulieren haben, so ist das zu verstehen, obwohl es auch unter Offizieren Leute gibt, die die Schlacht von Zabern nicht zu den Ruhmesstaten ihres Heeres zählen...

„Von alters her im deutschen Volke war der größte Ruhm, getreu und wahr zu sein. So beglückwünschen wir den streitenden Offizier und grüßen Sie als einen Mann der Tat.“

Steinarbeiterausperrung in Wiesbaden. Die Unternehmer der Graphenbranche in Wiesbaden haben sämtliche in ihren Betrieben beschäftigten Steinarbeiter ausgesperrt.

Streik im Londoner Hafen. 7000 Kohlenträger sind im Londoner Hafen in den Streik getreten. Die Arbeiter hatten Lohnsteigerungen gefordert...

Ausland.

Neue Kämpfe in der italienischen Handelsmarine.

Den italienischen Reedern wird von dem Zentralverband der Mannschaften kein Pardon gegeben. Nachdem man allen von der Regierung subventionierten Gesellschaften die Annahme des von der Gewerkschaft ausgearbeiteten Tarifvertrages aufgezwungen hat...

Theater.

Theater am Rollendorfsplatz. Es genügt, an Försters allbekanntes Schauspiel „Halsbeile“ zu denken, um sich die Fabel von Prinzess Grell, der neuen Operette von Heinrich Reinhardt, vorzustellen...

Kleines Feuilleton.

Auf der Post. Wenn Du den deutschen Untertanen so recht studieren willst, so geh' auf ein Postamt. Nicht wahr, da ist der mittelgroße Raum mit den vielen Schaltern, von denen immer nur ein paar geöffnet sind...

Sie warten. Was sollen sie auch anders anfangen? Sie warten, bis sich der schwerfällige Betrieb abwickelt, bis das große Rad der Abfertigung sich um einen Zahn weitergedreht hat.

Sie warten. Die Beamten, vorn an den Schaltern, tun ihre Pflicht, sie unterschreiben Formulare, sie stempeln, das Briefmarkenräulein verkauft ihre Vorräte: Zwei zu zehn und drei zu fünf...

Die aber warten noch immer. Sie warten, daß ihnen die Hände schmerzen, sie warten, daß ihr Herz nervös kloppft, daß ihre Hände zittern...

Die Werkleute auf Haus Ryland. Diesen Namen hat sich eine Gruppe rheinisch-westfälischer Leute gegeben, die sich in eigener dichterischer Arbeit um soziale Kunst mühen.

niedemandem mühselos zufällt, sondern in ausdauerndem Ringen erarbeitet sein will. So ließen sie Jahre vergehen, um nun die Gedichte, die sie gelten lassen wollen, ohne ihre Namen an die Öffentlichkeit zu geben.

Dehmel trug aus den Gedichten des einen, den er als verkannten Dichter ernst nehmen möchte, mit hingebender Verknüpfung vor. Seinen Namen berührt er nicht; in der Quadriga zeichnet er als „Der Dichter der Eiern Sonette“.

Die ersten beiden Akte sind in trefflicher sowie musikalischer Beziehung das Beste an dieser Operette. Der dritte Akt, eine studentische Paukerei, die nicht zum Austrag kommt, wurde wohl lediglich für Max Ballenberg zurechtgemacht...

Die ersten beiden Akte sind in trefflicher sowie musikalischer Beziehung das Beste an dieser Operette. Der dritte Akt, eine studentische Paukerei, die nicht zum Austrag kommt, wurde wohl lediglich für Max Ballenberg zurechtgemacht...

— Ludwig Hoffmanns Opernhausbaupläne sind nunmehr abgeschlossen. Im Besonderen Palais wurden sie öffentlich ausgestellt.

— Theaterchronik. Im Deutschen Schauspielhaus liefen und trauts.



fiele. Aus dieser Drohung könnte man schließen, daß die italienischen Keder zu den größten Opfern bereit sind, nur um nicht nachzugeben. In Wirklichkeit würden sie aber gar kein Opfer bringen, denn hinter den deutschen Schiffahrtsgesellschaften, die im Streitfall einspringen sollen, steht dieselbe Gruppe von Finanzleuten, wie hinter den italienischen. Es ist kein Geheimnis, daß das Kapital der Banca Commerciale fast ausschließlich deutsches Kapital ist, und daß die italienischen Keder in gleicher Weise von der in ihm konzentrierten Finanzgruppe abhängen wie die größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften. Es kann also den italienischen Gesellschaften ganz gleich sein, wenn zeitweilig der Verkehr von deutschen Unternehmungen monopolisiert wird. Man muß nur abwarten, ob sich in der Praxis die Rechnung so glatt löst, wie in den Büchern einer Bank. Da hat das Personal der Dampfer auch noch ein Wortchen mitzureden.

## Fiskus und Kohlsyndikat.

Als das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat im Jahre 1912 Preiserhöhungen für 1913 beschloß, erklärte der preussische Bergfiskus, daß er Ende 1912 von dem für 1913 geschlossenen Abkommen mit dem Syndikat zurücktreten werde, weil er diese Preiserhöhungen nicht mitmachen und verantworten wolle. Aber wer die Verhandlungen über den Etat des Handelsministeriums in den Sessionen 1910 und 1911 im preussischen Landesparlament verfolgt hatte, konnte schon damals nicht im Zweifel sein, daß dieser Rücktritt nur vorübergehend sein würde. Im Abgeordnetenhaus haben im Jahre 1911 sämtliche bürgerliche Parteien den Beitritt des Fiskus zum Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat gefordert, und was dem Dreiklassenparlament Wunsch, ist der Regierung befehlend Befehl. Ja es scheint nicht einmal, daß der Fiskus das Jahr 1913, in dem er dem Syndikat fern blieb, benutzt hat, möglichst günstige Bedingungen für sich bei den erneuten Verhandlungen mit dem Syndikat herauszuschlagen. Denn was der Handelsminister Sydow am Dienstag vor 8 Tagen im Abgeordnetenhaus als Mindestbedingungen für den erneuten Anschluß des Fiskus an das Syndikat bezeichnete, ist herzlich unbedeutend. Dabei findet sich der Fiskus gegenüber dem Syndikat in einer außerordentlich günstigen Lage. Im März 1913 läuft der bestehende Vertrag des Kohlsyndikats ab und die Erneuerungsverhandlungen werden dadurch außerordentlich erleichtert, daß die Gegenseite zwischen den jetzigen Syndikatsmitgliedern recht große sind. Die Bevorzugung der Gültigen, die einen Teil ihrer Kohlenproduktion im eigenen Betriebe für die Eisenproduktion verwenden, gegenüber den reinen Kohlenhändlern, die ihre Förderung völlig weiterveräußern, hat zu einer weiteren Verschärfung der Gegenseite zwischen beiden Gruppen geführt. Wichtig ist auch, daß die Nichtmitglieder des Syndikats in den letzten Jahren erstarbt sind und ihr Anteil an der Gesamtkohlenproduktion des Westens gestiegen ist. Ferner ist der Fiskus der größte Außenfeind; er könnte am ehesten seinen Beitritt von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig machen. Seine Stimme wäre um so gewichtiger, als er nicht wie die Privatunternehmungen unter allen Umständen auf hohe Erträge angewiesen ist.

Bei dieser Situation muß es daher doppelt erstaunen, daß der Minister im Landtag erklärt hat, der Fiskus selbst habe das größte Interesse am Zustandekommen des Syndikats. Der Minister hat es geradezu als Bedingung gestellt, daß auch die staatlichen Zechen an der Saar, nicht nur an der Ruhr, ins Syndikat aufgenommen werden. Für das Syndikat ist diese „Forderung“ die angenehmste, die es sich wünschen kann. Denn mit der Saarfasz des Syndikats bei, so müssen auch die privaten Zechen an der Saar sich anschließen, da der Fiskus etwa die Hälfte der Saarproduktion stellt. Es ist daher recht verständlich, wenn die größte deutsche Handelszeitung, die „Frankfurter Zeitung“, höhnt:

„Der Fiskus selbst betreibt also die Vervollständigung des Monopols des Syndikats; er, dessen Aufgabe es ist, das Syndikat in seinem Monopol zu bekämpfen, fördert dieses Monopol, damit das Syndikat ihn nicht bekämpfe. Und dann betont er von der Tribüne des Landtages erneut seine vollkommene Bereitwilligkeit zum Beitritt, sobald die Anforderungen erfüllt sind, die im Interesse des Staatsohns und des Allgemeinohns, im Interesse der Konsumenten und im fiskalischen Interesse gestellt werden müssen.“ Zweifellos, dieser Fiskus wird den führenden Männern des Kohlsyndikats sabelhaft imponieren!

Ganz ähnlich steht es mit den weiteren — „Forderungen“ des Ministers an das Syndikat. Da hat der Fiskus verlangt, daß der Bedarf, den der Fiskus in seinen Unternehmungen (Baubetrieb, Marine usw.) hat, ohne Beschränkung aus den fiskalischen Betrieben gedeckt werden könne. Der Fiskus verlangt also nur das, was jeder Gültige als „Selbstverbrauch“ garantiert ist. Schon nach dem geltenden Syndikatsverträge erhalten die privaten Syndikatsmitglieder sogar für ihre Tochtergesellschaften eine Selbstverbrauchsmenge, die nicht den Syndikatsbeschränkungen unterliegt. Nach dem Vertragsentwurf für das neue Syndikat wird der Begriff des Selbstverbrauchs auch noch erweitert.

Weiter verlangt der Fiskus eine selbständige Verkaufsorganisation. Für die privaten Syndikatsmitglieder bestehen von Syndikat völlig abhängige Kohlenhandelsgesellschaften, die im Auftrag des Syndikats mit den Abnehmern verhandeln. Der Fiskus wünscht dagegen selbständig mit seinen Abnehmern zu verhandeln. Natürlich hätten es die Kohlenproduzenten lieber, wenn der Fiskus sich ihnen auch hierin völlig auslieferen. Dem Fiskus würde dann im Falle eines Rücktritts vom Syndikat der Weg zu seinen Abnehmern fehlen und verperrt sein; er müßte sich erst mühsam neue Abnehmer suchen. Der Beitritt des Fiskus ist dem Syndikat aber so wertvoll, daß es diese Forderung bewilligt, da sie dem Syndikat erst dann Schwierigkeiten bereiten kann, wenn der Fiskus vom Syndikat zurücktritt, was das Syndikat natürlich nie verhindern kann.

Als erste Forderung ist sodann nach den Worten des Ministers die gestellt worden, daß dem Fiskus auf die Preisbildung ein größerer Einfluß eingeräumt werde, als ihm bei dem Abkommen für das Jahr 1912 zustand. Dieser Punkt ist für die Konsumenten von größter Bedeutung. Als der Fiskus sich zum erstenmal in Verhandlungen mit dem Syndikat einließ, erklärte er, er wolle im Syndikat die Interessen der Konsumenten schützen. Nun ist es an sich ein Widerspruch, daß man sich einem Monopolverband, der doch zur größeren Ausbeutung der Konsumenten gegründet worden ist, anschließt, um dann dort die Interessen der Ausbeutenden zu wahren. Aber selbst wenn der Fiskus diese löbliche Absicht haben sollte, fehlt es ihm doch an jedem Mittel zu diesem Zwecke. Der Minister hat denn auch mit keinem Worte angedeutet, wie er sich seinen Einfluß auf die Preisbildung denkt. Entweder das Syndikat überläßt dem Fiskus die Preisbestimmung — ein ganz unmöglicher Gedanke — oder der Fiskus beugt sich der Majorität des Syndikats. Selbst wenn der Fiskus innerhalb des Syndikats stets für Preisoberoberungen stimmen sollte, wird sein Votum wenig nützen. Die „Preisüberoberung“ kann der Fiskus viel besser als Außenfeind und Konkurrent des Syndikats betreiben. Wenn der Fiskus seine Produktion billiger als das Syndikat anbietet, dann wird in diesen Fällen auch das Syndikat mit dem Preis heruntergehen müssen. In solchen Fällen erhält der Fiskus auch moralische Unterstützung durch die Öffentlichkeit, während er als Mitglied des

Syndikats alle Maßnahmen des Verbandes deckt, mag er auch ursprünglich dagegen gestimmt haben. Außerhalb des Syndikats wird der Fiskus unter allen Umständen die Interessen des Konsums viel besser wahren können.

Nun bezweifeln wir allerdings, daß es dem Fiskus überhaupt ernst damit ist, für die Konsumenten einzutreten. Der Fiskus steht unter dem Druck des Dreiklassenparlaments, das vom Staatsbergbau höhere Erträge fordert, damit die Staatsausgaben ohne Anzeichen der Steuerkränkung gedeckt werden können. Schon heute werfen die staatlichen Kohlenzechen recht erhebliche Beträge ab. Im letzten Etatsjahre (1912) erzielte der Fiskus aus dem Bergbau 46 Millionen, wovon mehr als 30 Millionen auf den Steinkohlenbergbau entfielen. Die Steinkohlenzechen in Westfalen erfordern in dessen noch Zuschüsse, die der Fiskus durch den Beitritt zum Syndikat zu verringern gedenkt. So begegnen sich die Wünsche der Regierung und des Syndikats: die Regierung und mit ihm das Dreiklassenparlament erhofft eine Steigerung der Erträge, das Syndikat eine wirtschaftliche und moralische Stärkung der eigenen Position.

Aus diesen Gründen heraus kann die Zusage des Ministers, daß die Interessen des Staatsohns, worunter er auch das Interesse der Konsumenten verleihe, geschützt werden sollen, nur als als leere Beschwichtigung angesehen werden. Einmal hat er, wie schon erwähnt, jede Andeutung über die Form seines Einflusses auf die Preisbildung unterlassen. Dagegen erklärte er grundsätzlich mit besonderem Nachdruck:

„Ich bin vollkommen bereit, den Fiskus, was die Quote seiner Förderung und die von ihm zu verlangenden Preise betrifft, zu binden.“

Darin liegt das Zugeständnis, daß der Fiskus wiederum seine Preispolitik der Kontrolle des Syndikats unterstellen will. Das Interesse der Konsumenten erfordert aber, daß der Fiskus das Privatmonopol des Kohlsyndikats bekämpft.

## Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der am Mittwoch begonnenen Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung machte ein Regierungsvertreter nähere Angaben über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte bei den Postämtern III. Beschwerden des Genossen Ebert über die standortliche Beschäftigung dieser Angestellten, Kategorie zwangen die Regierung zu dem Zugeständnis, daß die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse weiblicher Hilfskräfte einer sorgfältigen Nachprüfung dringend bedürfen. In der Donnerstags-Sitzung wurden von verschiedenen Seiten weitere Wünsche und Beschwerden von Beamten vorgebracht. Einmütigkeit herrschte darüber, daß sich die Verwendung weiblicher Kräfte im Postdienst durchaus bewährt hat.

Die Personal- und Beförderungsfragen waren Gegenstand einer unerbittlichen Aussprache zwischen Regierung und Vertretern der Parteien. Staatssekretär Kraetke erklärte, daß er eine neue Beförderungsvorlage in kürzester Zeit einbringen werde. Bezüglich der Tagelöhner für nicht etatsmäßig angestellte Post- und Telegraphenassistenten wurde ein Antrag Hubrich auf Erhöhung angenommen. Ebenso fand ein Antrag Wiesbert auf Erhöhung der Vergütungen für die bei Postämtern III beschäftigten Gehilfinnen Annahme.

Bei Erörterung des Beamten-Unterstützungswesens wurde gerügt, daß die Postbehörde die Bezüge von Beamten aus privaten Versicherungen in die gewährten Unterstützungen aufrechnet.

Zum Titel Krankentagen teilte die Regierung mit, daß 60 Proz. der Beamten (75 000 am 1. Oktober 1913) Asienmitglieder sind und circa 250 000 Personen durch die Kassen versichert werden. Die Wirksamkeit der neuen Einrichtung dürfte als im großen ganzen befriedigend gelten, wenn auch bis jetzt ein Defizit von 176 000 M. entstanden sei. Als Zuschuß sind jetzt 670 000 M. — im Vorjahre 700 000 M. — in den Etat eingestellt. Genosse Zubeil bezweifelt, ob die Kassen auf die Dauer ihren Ansprüchen werden genügen können, weshalb eine Erhöhung des Zuschusses unerlässlich sei. Genosse Ebert wandte sich gegen den von der Regierung gemachten, vom Abg. Strube (Z.) begünstigten Versuch, den Mitgliedern der Finanzwelt schlecht gehaltenen Kassen einen Teil der Kosten aufzuerlegen und trat für eine Erhöhung des Zuschusses ein. Die Kommission konnte sich dazu nicht verstehen, begnügte sich vielmehr mit der Annahme eines Antrages Roland-Lüde (natl.), der von der Regierung spezialisierten Bericht über die Leistungen und die wirtschaftliche Lage der Kassen nach Ablauf des ersten Betriebsjahres fordert, um sichere Unterlagen und Anhaltspunkte für spätere Maßnahmen zu haben. Fortsetzung Freitag: Osmarlenzula.

### Bureauangestelltenfragen in der Petitionskommission des Reichstages.

In der Sitzung der Petitionskommission vom 22. Januar stand die Petition des Verbandes der Bureauangestellten zur Debatte, die eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse aller Bureauangestelltengruppen fordert. Gefordert wird zunächst die rechtliche Gleichstellung aller dieser Angestellten mit den Handlungsgehilfen. Von den Regierungsvertretern wurde gegen ein solches einheitliches Bureauangestelltenrecht eingewendet, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu verschieden lägen und daß sich daraus sozial Schwierigkeiten aufsprächen, daß ein solches Gesetz geradezu undurchführbar sei. Weiter wurde eingewendet, daß zum Teil eine reichsgesetzliche Regelung, z. B. für die Angestellten der Berufsvereinigungen und Krankenkassen inzwischen durch die Reichsversicherungsordnung geschaffen sei und daß auch eine Gesetzesvorlage in Angriff genommen sei für die Rechtsanwaltsangehörigen; diese Vorlage sei zurückgestellt worden, weil inzwischen Tarifverhandlungen zwischen dem Deutschen Anwaltsverein und den Angestelltenverbänden eingeleitet worden wären. Im übrigen sei auch für andere Bureauangestellten im Dienstaufsichtsweg manche Regelung vorgenommen. Unsere Genossen traten diesen Auffassungen der Regierungsvertreter entgegen. Die vermeintlichen Schwierigkeiten aus den verschiedenartigen Verhältnissen trafen zumeist nicht mehr zu, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtige. Ramentlich sei es nicht angängig, die gesetzliche Regelung für die Rechtsanwaltsgehilfen deshalb zurückzustellen, weil Tarifverhandlungen angebahnt seien. Die Petitionskommission folgte auch diesen Darlegungen unserer Genossen und übertrug für diejenigen Gruppen des Bureauangestellten, für die eine gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse von der Regierung bereits in Aussicht genommen ist, die Petition des Bureauangestelltenverbandes zur Berücksichtigung und hinsichtlich aller übrigen Berufsgruppen zur Erwägung.

## Aus Industrie und Handel.

### Zinsermäßigungen.

Am gestrigen Tag sind in mehreren europäischen Staaten von den Zentralnotenbanken Zinsherabsetzungen vorgenommen worden. Die Deutsche Reichsbank ging von 5 auf 4 1/2 Proz. herunter, die Bank von England von 4 1/2 auf 4 Proz., die schwedische Reichsbank in Stockholm von 5 1/2 auf 5 Proz., die belgische Nationalbank in Brüssel von 5 auf 4 1/2 Proz. In diesen Maßnahmen drückt sich die allgemeine Erleichterung am Geldmarkt aus, die gewöhnlich am Jahresanfang eintritt. Zinsermäßigungen werden daher fast regelmäßig im Januar von den Zentralbanken vorgenommen.

### Schiffahrtskampf?

Der Nordatlantische Schiffahrtspool, der alle großen englischen und deutschen Schiffahrtslinien umfaßt, die den Verkehr von Europa nach Nordamerika versehen, war von der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) aufgekündigt worden. In diesen Tagen fand nun eine Konferenz der beteiligten Linien in Paris statt, die über die Verlängerung beraten sollte. Generaldirektor Vallin von der Hapag war indessen nicht erschienen; er hatte seine Forderungen über einen Vertreter übermitteln lassen. Die Konferenz lehnte aber die Forderungen Vallins ab. Am 31. Januar werden damit alle bestehenden Konventionen erlöschen. Zwischen den anderen Gesellschaften wurden Abmachungen getroffen, wonach die Bureau der Konferenz für statistische Zwecke ihre Tätigkeit fortsetzen und die Tarife dieser Gesellschaften in Zukunft von den Umständen bestimmt werden sollen. Die Vertragsparteien werden, soweit die Verhältnisse es zulassen, im Einvernehmen vorgehen, wie eine offizielle Mitteilung meldet.

Wahrscheinlich sollte das Fernbleiben Vallins nur einen besondern Druck auf die Konferenz ausüben. Denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Hapag geneigt ist, in einen Streitkampf mit den übrigen Mitgliedern des Pools einzutreten.

Gegen die amerikanische „Canada-Linie“, die noch vor der Hapag vom Pool zurücktrat, plant die Hapag eine besondere Kampfanzeige. Wie gemeldet wird, beschloß die Hamburg-Amerika-Linie die Errichtung einer eigenen Niederlassung in Montreal (Kanada). Sie verlegt also den Konkurrenzkampf in das bisher unbesrittene Feld der Canada-Linie.

**Der Tabaktraut in Finnland.** Der Generaldirektor der Firma Georg A. Jasmah-Dresden, Herr E. J. Gutschow, bittet uns mitzuteilen, daß er mit der finnländischen in unserem Artikel vom 20. d. M. behandelten Zigarettenfabrik nicht das geringste zu tun hat; der Name E. J. Gutschow tritt infolgedessen auch nirgends bei dieser finnländischen Firma, oder überhaupt einer finnländischen Firma, in Verbindung.

## Versammlungen.

**Modellfischer.** Der Branchenleiter Otto der Modell- und Fabrikfischer konnte in seinem Jahresbericht in einer am vergangenen Montag abgehaltenen Versammlung feststellen, daß im Gegensatz zu den anderen Branchen des Holzarbeitervorbundes die übrigen von der Krise noch nicht so hart gelitten hat. Die Löhne sind, dabei ist die ungünstige Zeit zu berücksichtigen, durchweg besser als im Vorjahre. Natürlich machte sich die Arbeitslosigkeit auch hier fühlbar. Amens doch im Jahre 1912 auf 100 offene Stellen erst 121 Modellfischer, 1913 waren es aber schon 151. Leider entfallen auf 246 in Privatbetrieben Beschäftigte 184 Lehrlinge = 74,79 Proz. In den Maschinenfabriken gehalten sich das Verhältnis günstiger. Hier kommen auf 468 Modellfischer 70 Lehrlinge = 14,99 Proz. Von Eltern ist es darum nicht gehandelt, wenn sie, verlockt durch kurze günstige Lohnbedingungen, ihre Kinder dieser komplizierte Gewerbe erlernen lassen. Vier Jahre lang sind bei vielen umsonst verkommen, da sie in eine andere Branche übergehen müßten. Da eine erhebliche Anzahl der Mitglieder von Berlin abgereist ist, hat sich der Mitgliederbestand etwas verringert. Redner meint, daß nach seinen Berechnungen Modellfischer aus dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein nicht abgereist sein können; also freie Gewerkschaftler den Arbeitsmarkt entlastet haben. Erwähnung möge noch finden, daß von den 1200 bis 1300 in der Branche Tätigen 39 gelb organisiert sind. Nach einigen arbeitslosen Worten des Redners erledigte die Versammlung noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten.

### Jugendveranstaltungen.

**Pankow-Schönheiten.** Sonntag, den 25. Januar, Beschäftigung des Jugendheims II, Reutbahn, Rogatzstr. 15. Treffpunkt 2 1/2 Uhr im Heim.

## Aus aller Welt.

### Durch Schneestürme in Hungernotgefahr.

Infolge der Schneestürme sind mehrere Dörfer bei Béziers in Südfrankreich seit fast einer Woche von der Außenwelt abgeschnitten. Die Bürgermeister teilten dem Präfekten telegraphisch mit, daß die Lebensmittelvorräte der Bewohner erschöpft seien, und daß die Dörfer um jeden Preis aus ihrer bedrohlichen Lage befreit werden müßten.

### Ein neues Opfer der Polizeiclique.

Mit Begreiflichem Haß verfolgt die der unglaublichsten Korruption überführte New Yorker Polizei die Zeugen, durch deren Aussagen die Aufdeckung des Polizeipanamas ermöglicht wurde. Verschiedene Zeugen hatten es vor und nach dem Vederprozeß für besser gehalten, aus New York zu verschwinden, um nicht der Rache der Polizei- und Verbreiterclique anheimzufallen. Ein unbehaglicher Verlassungszeuge, der unter dem Spitznamen „Der blutige Guy“ bekannt ist, wurde am Mittwoch in einer New Yorker Kneipe erschossen. Allgemein glaubt man in New York, daß die Polizei bei dem Morde ihre Hand im Spiele hatte und den „blutigen Guy“ beseitigen ließ, weil er zu gut über die Ermordung des Spielhöllenpächters Rosental unterrichtet war.

### Neue Vulkanausbrüche auf den Hebriden.

Nachdem erst vor einigen Wochen ein schwerer Vulkanausbruch auf der zu den Neuen Hebriden gehörigen Insel Ambrym zu verzeichnen war, werden jetzt wieder neue fürchterliche vulkanische Ausbrüche gemeldet. Durch die ausgeworfenen Lavastrome ist Hunderten von Eingeborenen der Rettungsweg abgeschnitten. Es wird befürchtet, daß die abgeschnittene Eingeborenen sämtlich ums Leben gekommen sind.

### Kleine Notizen.

**Ein Unmensch.** Der Invalide Zywig in Dortmund hat seine Frau in so bestialischer Weise geschlagen, daß sie an den Folgen gestorben ist. Der Unmensch wurde verhaftet.

**Folgenschwerer Einbruch.** Bei dem Abbruch der alten Eisenbahnhauptwerkstätte in Baderborn stürzte Donnerstagmorgen eine Wand ein, wobei ein Zimmerpolier getötet und ein Arbeiter schwer verletzt wurde.

**Ein russischer Gardeoffizier.** Wie die Petersburger Abendblätter melden, erschoss am Donnerstag ein Gardeoffizier in einem Restaurant den Dirigenten eines Sigeunerorchesters und verwundete dessen Tochter und zwei andere Sigeuner.

**Maffenerkrankungen an Trichinose.** In Algar in Spanien sind sechzig Fälle von Trichinose vorgekommen. Eine Frau ist gestorben, mehrere Personen sind hoffnungslos erkrankt.

**Eisenbahnunglück in Spanien.** Der Expresszug aus Andalusien ist infolge eines Erdrusses entgleist. Sieben Personen wurden verletzt.



# Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 22. — Freitag, den 23. Januar 1914.

## Ein Kulturkandal.

Die Frau existiert als Staatsbürgerin für den Industriellen und den Agrarier durchaus nicht. Als Mensch und Weib soll sie nur Objekt der Männerherrschaft sein und bleiben. Uebergang zur Tagesordnung! — Das ist die Antwort auf alle Forderungen der Frauen, die ihre politische Gleichberechtigung anstreben. Hier handelt die herrschende Klasse nach dem Grundgesetz: Die Frau gehört ins Haus! Aber als Ausbeuter der menschlichen Arbeitskraft gilt für sie dieser Grundsatz keineswegs. Ohne Skrupel reißt man die weibliche Arbeitskraft in die Fabriken, in die gesundheitschädlichsten Betriebe hinein. Keine nationale oder ethnische Erwägung stört die Unternehmer dabei. Der Profit ruft die Kinder, junge Mädchen und Frauen, Ledige und Mütter, als bequeme Ausbeutungsobjekte zum Opfer. Und in der Ausbeutung dieser Arbeitskräfte will sich das Unternehmertum nicht behindern lassen. Ob es dadurch den Gesundheitszustand des Volkes untergräbt, den Nachwuchs gefährdet, das ist ihm gleichgültig. Profit und Gewinn, das ist die Lösung der Unternehmer. Darum wehrt man sich mit Eifer gegen jeden Versuch, dem Raubbau an der Arbeitskraft und der Gesundheit der Mütter und der werdenden Mütter Schranken zu setzen. Jede Beschränkung der Arbeitszeit, jede Form von Arbeiterinnenchutz wurde als eine Gefährdung der Industrie und als eine Vernichtung gewerblicher Existenzmöglichkeit verurteilt. Schon oft hörte man sagen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen müsse wegen des Uebermaßes von Schutzvorschriften eingeschränkt werden. Angeblich dachten die Unternehmer dabei an die armen Arbeiterfamilien, denen sie den Verdienst nicht rauben wollten. Aber trotz der Schutzvorschriften wurde immer mehr weibliche Arbeitskraft in rauchige, stickige, mit giftigen Gasen geschwängerte Betriebe hineingezerrt.

Darüber liegen im neuesten der amtlichen „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“ interessante Angaben vor. Sie beziehen sich auf die Betriebe, die der Fabrikinspektion unterliegen. Die dort mitgeteilten Zahlen werfen ein großes Schlaglicht auf die soziale Entwicklung unter der Herrschaft des Lebensmittelschwunders und des Kapitalismus. Wir lassen die Zahlen für sich sprechen.

Es wurden ermittelt weibliche Arbeitskräfte:

	1904	1910	1912
bis zu 14 Jahren . . . . .	4 100	5 856	6 183
von 14 bis 16 . . . . .	127 484	167 235	179 904
16 „ 21 . . . . .	879 179	189 190	533 399
über 21 Jahre . . . . .	608 950	770 128	846 147
Insgesamt . . . . .	1 119 713	1 332 639	1 565 613

Ueber anderthalb Millionen weiblicher Arbeitskräfte allein in den Fabrikbetrieben! Seit 1910 ist der Kreis der in Betracht kommenden Betriebe etwas geändert worden. Das hat auf die Vergleichbarkeit der Ziffern mit früheren Jahren aber nur sehr geringen Einfluß. Die Veränderung seit 1910 läßt die große Zunahme der weiblichen Lohnslaven deutlich erkennen. In zwei Jahren hat die Zahl der weiblichen Fabrikarbeiterinnen um 23 004 oder 17,5 Proz., seit 1904 gar um 40 Proz. zugenommen.

Vermutenswerth ist die starke Zunahme der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen. Sie widerlegt einmal die Behauptung, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen nur vorübergehender Natur sei und daß deshalb ein gründlicher Schutz gegen die übermäßige Ausbeutung nicht dringlich notwendig wäre. Weiter bezeugt die Entwicklung, daß die Erschwerung der Lebenshaltung durch die volks- und kulturfeindliche agrarische Wirtschaftspolitik immer mehr verheiratete Frauen und Mütter zwingt, das Haus und die Kinder zu verlassen, um durch gewerbliche Tätigkeit zu den Kosten des Haushalts beizutragen.

Deutschland ist ein Land stets wachsenden Reichtums. Aber in zunehmendem Maße müssen sich Kinder und Mütter in den kapitalistischen Frondeuten begeben. Deutschland spaziert angeblich an der Spitze der Sozialpolitik, aber immer noch erstand es Kinderarbeit in den Fabriken. Und trotzdem hat der Staatssekretär des Innern vor wenigen Tagen im Reichstag den Stillstand in der Sozialpolitik auf die Fahne seines Programms geschrieben!

## Zur Geschichte des Frauenwahlrechts.

II.

Der Kampf der französischen Frauen um ihre Rechte war verlorener; das Ringen um die wirtschaftliche Existenz begann in verstärkter Weise. In Deutschlands hatte der Bedarf Hippels keinen Widerhall gefunden, und wie sollte das auch möglich gewesen sein in einer Zeit, wo die Frauen in dumpfem Daud ihre umfangreichen Obliegenheiten im Hause verrichteten, in einem Lande, wo Not und Elend nicht helle Empörung auslöste, sondern wo Armut und Entbehrungen die Menschen niederdrückte, sie entmenschte und unfähige Opfer an Leib und Seele bringen ließ. Erst um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts raffte sich das deutsche Volk auf; einzelne Frauen nahmen an der Erhebung des Jahres 1848 teil, sie erlitten das gleiche Schicksal wie die Männer.

Mit dem Entlassen der Fabrikarbeit, mit der Einführung der Maschine begann ein neuer Abschnitt für die Frauen. Das Haus konnte nicht alle weiblichen Kräfte beschäftigen, es herrschte große Not, und es gab nur wenig Verdienstmöglichkeiten. War es da ein Wunder, daß die Frauen in die Fabriken strömten, daß sie bereitwillig einsprangen, als ungeübte Hände und geringere Körperkraft Verwendung fanden? Sie verdrängten die Arbeiter, indem sie die verlangte Arbeit zum halben Preis leisteten, ohne darüber nachzudenken, wie viele Männer drohten zu werden. Die Folge war der Kampf der Arbeiter gegen die Maschine und gegen die Frauen, die sie als die alleinige Ursache ihrer Arbeitslosigkeit ansahen. Erst später, als die weitere Verbesserung der Maschinen die Entlassung zahlloser Arbeiterinnen nach sich zog, erwarb ihnen die Erkenntnis, daß beide, Arbeiter und Arbeiterin sich zusammenschließen mußten gegen den gemeinsamen Feind: den Kapitalismus.

Die ungeheure Kindersterblichkeit, die Verwahrlosung des Hauses, die zunehmende Degeneration wies sie mit unerbittlicher Deutlichkeit auf den Kampf hin. Die Erwerbsarbeit, von der die bürgerlichen Frauen für sich und ihre Töchter die Freiheit und das Glück erhofften, war für die Proletarierin zum Fluch geworden. In diesen ersten Zeiten der Fabrikarbeit war an ein politisches Interesse der Frauen nicht zu denken. Aber es erwachte bald. Anfang der siebziger Jahre entzünden die ersten Arbeiterinnenvereine und schon im Jahre 1874 sehen wir sie in lebhafter Mahlgatung für die Sozialdemokratie. Sie hatten erkannt, daß der wirtschaftliche Kampf mit dem politischen Hand in Hand gehen muß, und daß sie ihn an der Seite der Partei der Arbeiter führen müssen. Die günstige Entwicklung ihrer Tätigkeit auf die Stimmung der Arbeiter blieb nicht aus. Hatte sich der Eisenacher Kon-

gress im Jahre 1869 den Frauen noch recht ablehnend gegenübergestellt, so nahm schon der Gothaer Kongress von 1875 noch eindringlicher Neben Weibels das Frauenwahlrecht in das Programm auf. Das geschah in einer Zeit, wo die bürgerliche Frauenbewegung sich in hohem Maße ablehnend gegen die Frau verhielt, die als einzige aus ihren Kreisen damals unumwunden die volle Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht verlangte — Hedwig Dohm.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeiterinnen zuerst in Deutschland die Notwendigkeit politischer Organisation zur Erreichung politischer Macht eingesehen hatten, zu Beginn der siebziger Jahre, ist die Forderung des Frauenwahlrechts nicht mehr verumumt. Trotz aller Schikanen, trotz wiederholter Auflösung ihrer Organisationen, selbst in den Zeiten der Sozialistenerfolgung, immer haben die Arbeiterinnen die Verbindung untereinander und die engen Beziehungen mit der sozialdemokratischen Partei anstrebend erhalten, bis sie nach der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes in aller Öffentlichkeit die parteipolitische Betätigung ausüben konnten.

Naturgemäß standen aber in der ersten Zeit die Fragen der Sozialpolitik im Vordergrund. Außerordentlich langsam vollzog sich in Deutschland das Erwachen der Frauen, und das ist nur zu begreiflich, wenn man bedenkt, mit welchen widerwärtigen politischen Verhältnissen hier gerechnet werden mußte. Die Reaktion, die auf dem Lande lastete, ersetzte jedes freiheitliche Streben, setzte jedem Versuch, auch nur auf dem Gebiete der Schule einen Schritt vorwärts zu tun, unbegreiflichen Widerstand entgegen. Sogar die Fröhen Kinderkrippen wurden als staatsgefährlich aufgelöst! Der einzige bürgerliche Frauenberuf, der der Lehrerin, war überfüllt. Die im Jahre 1868 entstandenen bürgerlichen Vereine, die eine Hebung der Frauenbildung bezweckten und die Eröffnung anderer Berufe für die Frauen herbeiführen wollten — der Vortreffliche in Berlin und der Allgemeine Deutsche Frauenverein in Leipzig — wagten nur äußerst vorsichtig zu arbeiten. „Wir verlangen nur, daß die Arena der Arbeit den Frauen geöffnet werde“, hieß es, aber selbst die gemäßigste Sprache dieser Organisationen erschien den führenden Männern in Preußen vermessend. Die Bitte um Schaffung von Mädchengymnasien wurde entrüstet abgelehnt, und noch im Jahre 1898 verweigerte der preussische Kultusminister Boffe der Stadt Breslau die Erlaubnis, ein Mädchengymnasium zu errichten. Man bekommt erst einen richtigen Begriff von der Rückständigkeit unserer Regierung, wenn man dagegen hält, daß Rußland, dieser Ort jeder Reaktion, damals bereits seit 30 Jahren Mädchengymnasien besaß!

Wie auf dem Gebiete der Mädchenbildung, so sah es auf allen anderen aus. Die Petitionen um Eröffnung des Post- und Telegraphendienstes, um Zulassung zum Apothekerberuf, zum medizinischen Studium erregten „kallende Heiterkeit“ im Reichstag. Unter unfähigen Mägen mußte Schritt für Schritt um all das gekämpft werden, was die anderen Länder bereits besaßen; und keine Partei hat in allen diesen Kämpfen den Frauen so zur Seite gestanden, wie die Sozialdemokratie.

In den neunziger Jahren entstanden die ersten Frauenstimmrechtsvereine in Deutschland. Sie hatten nicht unter den politischen Schikanen zu leiden, denen die Arbeiterinnenorganisationen ausgesetzt waren; aber sie fanden besonders in der ersten Zeit nur sehr wenig Verständnis bei den Frauen des Bürgertums. Man war vorsichtig geworden — und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Vielleicht hat der Widerstand, den Regierung, Kommunalbehörden, Philistertum den Frauen entgegensetzten, ihren Mut gebrochen und ihre Kampfesfreudigkeit gedämpft. Genug, es ist bei den bürgerlichen Frauen in Deutschland nichts von dem jähren Vorbringen der Skandinavierinnen, nichts von dem Temperament der Amerikanerinnen zu spüren, für die keine Schranke zu hoch und kein Gegner unüberwindlich ist. Den etwa 10 000 bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen stehen 150 000 organisierte Sozialdemokratinnen, sieht die gesamte sozialdemokratische Partei gegenüber, die seit dem Jahre 1875 für das Frauenwahlrecht eintritt.

Die wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Beteiligung der Frauen an Gesetzgebung und Verwaltung sind heute vorhanden. Eine ungeheure Zahl von Frauen gewinnt den eigenen Lebensunterhalt oder trägt zu den Kosten des Familienhaushalts erheblich bei. Handel und Industrie, Post- und Telegraphenwesen, Schule und Hauswirtschaft, Krankenpflege und manches andere ist heute ohne die Mitarbeit der Frauen nicht zu denken. Sie sind zu einem wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben der Nation geworden. Aber es wird ihnen nicht erlaubt, politisch verantwortliche Arbeit zu leisten, so wie ja auch im Grunde die deutschen Männer noch weit entfernt von wirklicher politischer Macht sind. Diese Rechtlosigkeit verdanken sie in erster Linie dem liberalen Bürgertum, das sich dagegen sträubt, den Parlamentarismus durchzuführen. Der Liberalismus schilt zwar hin und wieder auf die Regierung, aber er hat nicht den Mut, sich von ihrer Bevormundung frei zu machen, weil er sich davor fürchtet, daß die parlamentarische Gewalt schon nach kurzer Zeit an die Partei der arbeitenden Massen übergehen könnte. Von einem Liberalismus wie er heute ist, können wir eine Stärkung des Parlamentarismus gegenüber der Regierung, ein bewußtes Einarbeiten auf das parlamentarische Regierungssystem nicht erwarten.

Die Arbeiter stehen im Kampf allein, die Rechtlosen müssen zusammengehen, um Macht zu erobern. Deshalb gehört die Frau, die das Wahlrecht nicht als ein Spielzeug betrachtet, sondern die es verlangt, um ihren Forderungen durch den Wahlgewinn Kraft und Nachdruck zu verleihen, in die Reihen der Sozialdemokratie. Nirgends hat das Frauenwahlrecht ohne die Mitwirkung der Arbeiter durchgesetzt werden können; auch in Deutschland wird die Dauer des Kampfes von der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Vertretung in den Parlamenten abhängen. T. B.

Wir erhalten im Anschluß an die Artikel der Genossin T. B. folgende Anregung: In Nr. 14 des „Vorwärts“ hat der Ausdruck einer Artikelserie begonnen, die sich mit der Geschichte des Frauenwahlrechts beschäftigt. Da es unseren Genossinnen natürlich sehr daran liegen muß, recht gründlich über diese wichtige Frage informiert zu werden, auch wenn sie nicht Zeit haben, die Bücher zu lesen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Vorkämpfer des Frauenwahlrechts, ihr Leben und ihre Werke, in der „Frauenwahlrechtszeitung“ des Jahres 1913 eingehend besprochen sind. Auch finden unsere Genossinnen dort weitere Literaturangaben. Vom Verlag sind noch einige Tausend Exemplare (a 5 Pf.) zu beziehen. Verteilungen nehmen wir auch im Vorstandsureau, Lindenstr. 3, entgegen. Luise Hey.

## Eine charakteristische Neugründung.

Die Agitation gegen die Forderung des Reichstagswahlrechts innerhalb des Verbandes für Frauenstimmrecht hat den Berliner Boden so vorgearbeitet, daß die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht (die mit jedem Frauenwahlrecht, auch einem Dreiklassenwahlrecht zufrieden ist) jetzt auch hier Wurzel fassen kann. Bisher war die Vereinigung auf die nationalliberalen Frauen- und Nordwestdeutschen beschränkt. Seit Montag, den 19. Januar, besitzt sie auch in Berlin eine Ortsgruppe. In der Gründungsversammlung führte Frau Frieda Lehmel, die Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg, über: „Die Aufgaben der Frau im Staate“ aus, daß es eine beschämende Wahrheit sei, daß in den höheren Kreisen das Streben der Frau über den Tag hinaus viel seltener zu finden wäre, als in Proletarierkreisen. Während die Sozialdemokratie 140 000 Frauen in ihren Reihen zählt, gebären der fortschrittlichen, nationalliberalen und konservativen Partei zu-

sammen nur 5000 Frauen und dem Frauenstimmrechtsverband 15 000 an; im ganzen gibt es also nur 20 000 bürgerliche Frauen, die politisches Interesse betätigen. Was die Organisation der aufgeklärten Frauen anbetrifft, so schwebt dem Verein als Ideal eine große Frauenpartei vor, die auf ihre Flagge „Dummität“ schreiben und so die Frauen aller Stände vereinen will. Leider aber läßt dieser schöne Plan zu spät, denn die 140 000 Sozialdemokratinnen würden schwerlich noch zu gewinnen sein.

Den Schrei „noch ein Verein in Berlin“ werde die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“ hoffentlich bald zum Schweigen bringen, da sie durch ihre praktische Arbeit ihre Notwendigkeit zu beweisen gedenke. So seien z. B. in Berlin bei den Krankenfassenswahlen keine Frauenlisten aufgestellt gewesen, und dadurch ist hier keine Frau in den Vorstand der Krankenliste gekommen.

Kath Maria Wischniowa, die auch hier wieder ihre Begeisterung für Kriegsveteranen zum Ausdruck brachte und dem Zentrum ein Lob wegen Bewilligung der letzten Wehrvorlage aussprach, nahm Frau Schreiber-Krieger als Vertreterin des Verbandes für Frauenstimmrecht“ das Wort. Sie erklärte ein Nebeneinanderarbeiten der beiden Stimmrechtsvereine für gut möglich, wenn sich nämlich die neue Vereinigung darauf beschränkt, durch politische Erziehung ihre Mitglieder für den Stimmrechtsverband reif zu machen. Auch der Demokrat Herr v. Gerlach vertrat diese merkwürdige Ansicht, daß die Vereinigung als Kadettenschule Gutes leisten könne, wenn auch politisch gebildete Frauen in den „Verband“ gehörten (der vorläufig noch in seinen Sitzungen das Reichstagswahlrecht fordert). Was soll man zu Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes sagen, die bei der Begründung einer reaktionären Konkurrenzorganisation noch Baste stehen! Es ist nur ein neuer Beweis, wie reaktionär auch der „Verband“ bereits geworden ist.

## Frauenberufe.

Die Frauenbank G. m. b. H. Die bürgerliche Frauenemancipation hat merkwürdige Gruppierungen zur Folge. Der Gedanke einer „Frauenbank“ führt die Absonderung auch auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung durch. Im Jahre 1908 fahnten die Gründerinnen den Plan, auf genossenschaftlicher Grundlage ein Bankinstitut zu schaffen, das den im Leben stehenden Frauen eine Stütze sein sollte: „ein Institut, das die Frauen wirtschaftlich zusammenführt, ihnen im Bedarfsfälle Kredit gegen Sicherheit gibt, sie veranlaßt, ihr Geld durch ihr eigenes Institut zu verwalten und sie lehrt, selbständig zu disponieren und ihre Geld- und Vermögensverhältnisse nicht lediglich durch die Hände der Männer gehen zu lassen.“ Soweit sich die Entwicklung der Frauenbank aus den veröffentlichten Geschäftsergebnissen beurteilen läßt, scheint die Bank einem Bedürfnis zu entsprechen: sie wird von Frauen aufgeführt, die die Verwaltung ihres Vermögens lieber einer von Frauen geleiteten Bank anvertrauen, weil sie dort eine besondere Wahrnehmung ihrer Interessen erwarten. Die Bank umfaßt heute bereits annähernd 1500 Mitglieder. Mitglieder der Frauenbank können alle Frauen Deutschlands und seiner Kolonien werden. Die Mitgliedschaft wird durch Zeichnung eines Anteils in Höhe von 100 M. erworben, der auch ratenweise zu zahlen ist.

Als neueste Abteilung hat die Frauenbank die Gründung eines Verlages vorgenommen, der eine Zeitschrift herausgibt. Die Zeitschrift führt den Titel „Frauenkapital — eine werdende Macht. Wochenchrift für Volkswirtschaft, Frauenbewegung und Kultur.“ Die Zeitschrift, die in erster Linie der Propaganda für die Frauenbank dienen soll, könnte von Nutzen werden, wenn sie in einer für Frauen verständlichen Sprache über privat- und volkswirtschaftliche Fragen unterrichtet würde. Um so mehr wird sie sich aber von Uebertreibungen fernhalten müssen, wie sie sich in der ersten Nummer finden. Gerade von bürgerlicher Seite wird man sich dagegen wehren, daß die Frauenbank der Frauenbewegung Waffen und Geld für den Kampf schaffen könne. Die Frauenbank ist ein privates Erwerbseinstitut, das durch gewissenhafte Geschäftsführung — und nur so — einem Kreis von besitzenden Frauen Dienste leisten kann.

Königl. bayerisches Beamtenwesen. Vor dem oberbayerischen Schwurgericht in München stand am Donnerstag eine 22 Jahre alte Postagenturbeihilfin, angeklagt eines fortgesetzten Diebstahls im Amte. Schon als Mädchen mit siebzehn Jahren wurde die Angeklagte der Postagentur Winkling als Beihilfe zugeteilt. Sie hatte dort den gesamten Postdienst zu versehen. Bezahlt wurde sie von dem Postagenten, und zwar außer freier Wohnung und Verpflegung mit dem herrlichen Gehalt von monatlich — 10 M. — zehn deutsche Reichsmark im Monat! Verpflichtet und beidseitig wurde sie von der Oberpostdirektion, sie war also im Sinne des Gesetzes Königl. bayer. Staatsbeamtin. Die in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung sichtbar zurückgebliebene Königl. bayer. Staatsbeamtin soll in den Jahren 1911 bis 1913 nach und nach Gelder, die auf Postanweisungen und Zahlkarten einbezahlt waren, in der Höhe von 1592,35 M. unterschlagen und für sich verbraucht und Verschwendungen, in denen sie Reklamationen befürchtete, beseitigt zu haben. Um ihre Verurteilungen zu verdecken, fälschte sie Bücher und Heberegister. Die Angeklagte wurde geschändet und führte ihre Handlungsweise darauf zurück, daß sie fortgesetzt Manko in der Kasse hatte. Durch Zeugen wurde bewiesen, daß das Mädchen total unfähig war für den Postdienst und daß sie oft bis zu 100 M. mehr ausbezahlt, als sie hätte ausbezahlen sollen. Der Verteidiger kritisierte scharf das System, unter dem in Bayern eine solch mindertätige Person als Königl. bayer. Staatsbeamtin verpflichtet werden konnte. Die Geschworenen verneinten denn auch die Schuldfrage, worauf das Mädchen unter Ueberbürdung der familiären Kosten auf die Staatskasse freigesprochen wurde.

Der eigentliche Angeklagte, der Königl. bayer. Postfiskus, hätte hier in erster Linie zur Verantwortung gezogen werden müssen.

## Die Frauen in der Partei.

Frauenkonferenz für den Bezirk Leipzig. Am Sonntag, den 18. d. Mts., tagte im Leipziger Volkshaus eine vom Bezirksvorstand einberufene Frauenkonferenz. Erschienen waren circa 200 weibliche Funktionäre aus den vier in Frage kommenden Wahlkreisen. Außerdem waren der Bezirksvorstand, drei Sekretäre und mehrere Kreisvorsitzende anwesend. Vom Parteivorstand war die Genossin Luise Hey erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie gewinnen und führen wir die Arbeiterinnen und Hausfrauen für die politische Tätigkeit?“ hatte Genossin Hey das Referat übernommen, das für die Agitation, die Organisation, die Schulung und die Mitarbeit der Genossinnen eine Fülle praktischer Winke und Anleitungen gab. Die lebhafteste Diskussion, die sich an das Referat knüpfte, legte Zeugnis ab von dem regen Interesse der Genossinnen und von dem hohen geistigen Niveau unserer dortigen Frauenbewegung. Eine spezialisierte Agitation unter den Arbeiterinnen vorzunehmen, ist in Aussicht gestellt, ebenso, in noch erdörterer Weise als bisher die allgemeinen Agitations- und Schulungsarbeiten unter den Frauen weiter zu fördern.

Genossin Wipinski referierte über den zweiten Punkt: „Frauentag und rote Woche.“ Er teilte detailliert alle Maßnahmen mit, die vom Bezirksvorstand in Aussicht genommen sind, um den Frauentag zu einer imposanten Demonstration für das volle Bürgerrecht der Frau und die rote Woche zu einer glänzenden Verberatung für die Agitation und Presse zu gestalten, wobei in besonders hervorhebender Weise die Mitarbeit der Frauen nutzbar gemacht werden soll.



# Soziales.

## Kerzte und Krankenkassen.

Der Kerzestreit in Königsberg ist beendet. Das Oberberichterstattung hat nach mehrtägigen einseitigen Verhandlungen mit der medizinischen Fakultät und mit den Führern der Kerze deren hohe Forderungen fast unverändert gelassen und sie für angemessen erklärt. Die Einwendungen der Kasserverwaltungen wurden nicht beachtet und deren Vertreter wurden überhaupt nur zu einer kurzen Besprechung zugezogen. Die Krankenkassenverwaltung wird wahrscheinlich gegen den Beschluß des Oberberichterstattungsamtes beim Ministerium Protest einlegen.

In Braunschweig haben die Kerzte den Streit erklärt und stellen diesen Freitag ihre Tätigkeit in der Behandlung der Krankenkassenmitglieder ein. Die Kerzeshonorare sind in Braunschweig höher als in jeder anderen Stadt in Deutschland. Die jetzt in der neugeschaffenen Allgemeinen Ortskrankenkasse, die etwa jetzt in der neugeschaffenen Allgemeinen Ortskrankenkasse vereinigt sind Krankenkassen zahlten an Arzt Honorar im letzten Rechnungsjahr 8,08 M. pro Mitglied. Die Allgemeine Ortskrankenkasse, die etwa 45 000 Mitglieder zählt, wollte dieses schon hohe Honorar sogar noch um 15 Proz. erhöhen; die Kerzte forderten eine Erhöhung des Honorars um 25 Proz. Sie fordern weiter unter allen Umständen die freie Arztwahl. Die Kasse beabsichtigt auf je 1250 Mitglieder einen Arzt zuzulassen und bei etwaiger Einführung der Familienversicherung auf je 1000 Mitglieder einen Arzt. Die Kerzte waren bereit, unter den von der Kasse vorgeschlagenen Honorarfällen bis 1. Januar 1916 weiterzuarbeiten, dann sollte ein Schiedsgericht entscheiden, ob freie Arztwahl eingeführt werden sollte und weiter sollte dann über eine nochmalige Erhöhung des Honorars verhandelt werden. Darauf konnte die Kasse nicht eingehen, worauf die Kerzte den Streit erklärten. — Die Hauptkrankenkassen sind vollständig mit auswärtigen Kerzten versorgt.

## Gerichtszeitung.

### „Schlossermage“ vor dem Oberverwaltungsgericht.

Der Berliner Polizeipräsident hatte dem Direktor Ritter vom Luisentheater in Berlin die öffentliche Aufführung der vieraktigen Posse „Schlossermage“ von Hans Hyan aus sitzen- und ordnungspolizeilichen Gründen verboten. Der Oberpräsident bestätigte das Verbot. Beide Behörden nahmen Anstoß am zweiten Akt, der eine Kaschemmenszene bringt, und dann noch besonders am vierten Akt, der auf der Polizeiwache spielt. Namentlich durch diesen vierten Akt soll die öffentliche Ordnung gefährdet sein, weil nun zwei Polizeibeamte als ungebildet und taktlos hingestellt und in ihrer Königstreue lächerlich gemacht worden seien.

Direktor Ritter vom Luisentheater klagte nun beim Oberverwaltungsgericht. Dies beschäftigte sich gestern mit der Sache.

Rechtsanwalt Hercher betonte u. a., daß auch bei dieser Posse, wie in allen Possen, der Schlußeffekt sei, „ob sie sich kriegen“. (Nämlich das Töchterchen eines Geldfabrikanten und ihr Auserkorener.) Die Kaschemmenszene und die Schuttmannszenen seien nur in den Dienst der der Entwicklung der Handlung des Stückes zugrunde liegenden künstlerischen Idee gestellt worden. Von einer Gefährdung der Sittlichkeit könne keine Rede sein; aber auch nicht von einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Die Szenen mit den Schuttmannszenen und dem Wachtmeister lösten beim Zuhörer nur humoristisches Empfinden aus, nicht aber das Gefühl, daß die Schuttmannschaft herabgesetzt werden solle.

Hans Hyan, der auch das Wort erhielt, hob hervor, daß es ihm vollständig fern gelegen habe, die Schuttmannschaft lächerlich machen zu wollen. Er habe sie lediglich, hier mit humoristischem Einschlag, schildern wollen, wie er sie kenne: als einfache Volkswesen, die wie andere auch sind und die auch mal „ist, dett und watt“ sagen und sich auch mal über sich selber lustig machen. Diese einfachen Menschen fühlten sich gar nicht beleidigt, wenn mal auf ihre Kosten ein Wig gemacht werde, der nicht ehrenkränkend sei.

Das Oberverwaltungsgericht (3. Senat) wies die Klage des Theaterdirektors ab.

Gründe: Für die Beurteilung scheidet völlig aus, was der Verfasser mit dem Stück beabsichtigt habe und ob er irgend eine Tendenz damit verfolgt habe. Auch würde es grundsätzlich falsch sein, wenn man sagen wollte, irgendwelche komische Szenen dürften bei der Schuttmannschaft oder anderen Behörden nicht vorkommen und nicht dargestellt werden. Es komme vielmehr nur darauf an, wie das Dargestellte objektiv erscheine und wie es wirken müsse. Das Gericht habe nun keinen Zweifel, daß es sich hier nicht um eine Komik handle, die von außen herangetreten sei an die geschilderten Beamten und in die sie hineingezogen worden wären, so daß dadurch die posenhafte Darstellung sich rechtfertigen würde. Der Senat nehme hier vielmehr als objektiv feststehend an, daß sie hier als Mittel durch schnittstypen der Schuttmannschaft dargestellt sind. Somit erscheinen die Schuttmann nach dem Stück als solche Personen, die durchschnittlich nicht das Pflichtbewußtsein und die Ausbildung

haben, daß sie ihre Pflicht in richtiger und würdiger Weise erfüllen. Das sei in dem Stück der Grund, daß ihre posenhafte Darstellung gelinge. Diese Darstellung widerspreche der öffentlichen Ordnung. Es werde die Achtung und das Vertrauen gegenüber der doch eine erhebliche Wichtigkeit darstellenden Einrichtung der Schuttmannschaft verletzt und es werde dadurch ferner im allgemeinen das ganze Institut, weil Durchschnittstypen dargestellt seien, herabgewürdigt. Das sei unzulässig. — Fernerhin werde, ganz unabhängig von dem etwaigen Willen des Dichters, jeder, der das Stück sehe, den Eindruck gewinnen, es sei beabsichtigt, das ganze Institut der Schuttmannschaft zu verulken durch eine die Schuttmannschaft als Typen verlebende Darstellung. Somit rechtfertige sich das Aufführungsverbot aus Gründen der öffentlichen Ordnung. Eine Beurteilung der Kaschemmenszenen sei deshalb nicht mehr nötig.

Der Schuttmann ist der Mann der Ordnung. Die Ordnung ist nach Schillers Lied von der Glocke die segensreiche Himmelstochter. Also ist der Schuttmann der Schwiegerohn des Himmels. Wer hätte geglaubt, daß dieser Schwiegervater für das Unheil verantwortlich werden kann, das das Oberverwaltungsgerichtserkenntnis angestiftet hat oder verhüten will? Schiller singt: „Heilige Ordnung, segensreiche Himmelstochter, die das Gleiche frei und leicht und freudig bindet.“ Die Ordnung wird nach Ansicht des Zensurgerichts verletzt, wenn „freudig“ über die Schwiegeröhne des Himmels gelacht wird. Wird sie nicht viel mehr verletzt, wenn man über diese Schwiegeröhne unfreudig lachen muß? Na Hyan, mal ran an einen „Bachschisch-Schuttmann“. Der wird nicht verboten werden.

### Die Folgen eines dummen Silvesterurks.

Das alte Wort von dem Fluch der bösen Tat — — — bestätigte sich wieder einmal in einer Verhandlung, welche gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulz beschäftigte.

Am Silvester 1912 kam der in Schöneberg wohnhafte Friseur D. auf die Idee, dem Portier Weyer, mit dem er nicht sehr gut stand, einen Streich zu spielen. Am nächsten Tage erhielt D. von der Post ein Paket zugestellt, welches schon dem Postbeamten in seinem engen Paketpostwagen verschiedene qualvolle Minuten bereitet hatte, da dem Paket ein geradzug meißischer Gestank entströmte. Dieser übelriechende Geruch verdrängte sich, als D. das Paket öffnete, welches, wie sich bald ergab, Rot und andere eckelhafteste Dinge enthielt. Der Empfänger des Pakets erlitt eine Strafanzeige wegen Verleumdung gegen „Unbekannt“. Als D. hiervon hörte, bekam er es mit der Angst zu tun, da er glaubte, als Abfänger ermittelt zu werden. Um sich aus der Schlinge zu ziehen, veranlaßte er den ihm bekannten Arbeiter Alexander Teichmann gegen Geld und gute Worte, zu Weher hinzugehen, sich selbst als Abfänger des Pakets auszugeben, und ihn zu bewegen, den Strafantrag zurückzunehmen. Teichmann führte diesen Auftrag auch aus. Nachdem er sich bei Weher entschuldigt und mehrere „Lagen“ zur Strafe gegeben hatte, erklärte sich D. bereit, den Strafantrag zurückzunehmen. Als nun alles in schönster Weise in Ordnung gebracht war, kam Teichmann auf den Gedanken, aus der Sache Kapital zu schlagen. Er erzählte seinem Auftragsgeber, daß Weher nur gegen Zahlung von 15 M. bereit sei, den Strafantrag zurückzunehmen und ließ sich von D. das Geld geben. Er schickte dann mit dem Namen des D. eine Quittung, die er dem D. gab. — Erst als Weher und D. nach langer Zeit einmal zusammentrafen und zufällig das Gespräch auf jenen „Silvesterurk“ kam, kam der Schwindel des Teichmann zur Entdeckung. Die Folge war eine Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges gegen D. Die Strafkammer erkannte unter Jubilation mildernder Umstände auf zwei Wochen Gefängnis.

### Wer darf sich in Deutschland Arzt nennen?

Nach § 147 Ziffer 3 der Gewerbeordnung wird bestraft, wer, ohne hierzu approbiert zu sein, sich als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt, Tierarzt) bezeichnet oder sich einen ähnlichen Titel beilegt, durch den der Glaube erweckt wird, der Inhaber sei eine geprüfte Medizinperson.

Wegen Übertretung dieser Bestimmung war Herr Fischer von der Strafkammer in Bochum verurteilt worden, weil er sich genannt hatte: ehemaliger amerikanischer Doktor med.; früherer städtischer Arzt in Jamaica.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, er sei zur Führung des Arzttitels berechtigt, weil er nach vorausgegangenem Studium von der Universität in Philadelphia zum Doktor promoviert worden sei.

Das Kammergericht verwarf aber am 15. d. M. seine Revision. Zwar, so wurde ausgeführt, erkenne das Reichsgericht die Möglichkeit an, daß sich in Deutschland eine im Ausland approbierte Medizinperson Arzt nennen könne, wenn durch eine Dinzufügung deutlich gemacht werde, daß die Approbation nicht im Inlande erfolgt sei. Dieser Auffassung könne sich aber das Kammergericht nicht anschließen. Im Gegenjah zum Reichsgericht nehme es an, daß, wer nicht in Deutschland approbiert sei, sich in Deutschland die Bezeichnung Arzt überhaupt nicht beilegen dürfe. Mit Recht sei Angeklagter verurteilt worden. Aus demselben Grunde hält das Kammergericht es für unzulässig, daß sich ein in Rußland approbierter Zahnheilkundiger in Deutschland „russischer Zahnarzt“ nenne.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Heute Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

### Sargtischler.

Sonntag, den 25. Januar 1914, vorm. 10 Uhr, bei Michalski, Petersburger Str. 84:

## Branchen - Versammlung.

Tagesordnung: Verhandl. und Branchenanliegenheiten.

Montag, den 26. Januar:

## Mitglieder - Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung.

82/4

## Hilsebein Bier



Das Lob ich mir

stößig, gehaltvoll, beachtlich

## Hautleiden

entstehen durch unreines Blut, können jedoch auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.

### Hauptpillen das beste hierfür.

Annehmen! Dank für gründliche Heilung meines 40 Jahre alten Hautleidens. 1. Eiswürmer, Krätze, 16 Jahre sind jetzt verflissen, seit ich durch Sie vorzügliche Heilmittel von meinem schweren Hautleidens befreit wurde. Ich danke Ihnen aufrichtig für die munterbare und dauernde Heilung.

Doktor Dr. Fr. Schneider, Heilp.

Hauptpillen in Berlin u. allen Vororten in all. Apotheken zu haben.

Verlang nach ausdrückl. durch Bismarck-Apothek, Wrangelstr. 47, Berlin.

## Reuters Werke

# Stoffe

für Maßanzüge, Paletots Motor M. 5, 7, 9  
Kostüm- und Winterstoffe Mtr. M. 3, 4, 5  
Persianer imit. 130 cm br. M. 7<sup>50</sup> 9<sup>50</sup>  
Plüsch prima Qual. M. 15  
Seiden-Seal Motor M. 8, 4, 5  
Damentuche Motor M. 8, 4, 5  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. vis-a-vis der Gertraudenstr. 20/21 Patrikircho.

### Abhandlungen und Vorträge

zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben 248/197 von Max Grünwald. Seit 6:

Schiller und die Arbeiter von Conrad Haensch. Preis 40 Pf.

# Schnupfer!

achtet auf dieses Etikett



J. Goldfarb Preuss. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

# A. Wertheim heute billige Lebensmittel

## Frisches Fleisch

Schmorfleisch . . . . . Pfund 95 Pf.  
Roastbeef Pf. 95 Pf., o. Knoch. 1.40  
Rinderbrust . . . . . Pfund 80 Pf.  
Fehrlippe . . . . . Pfund 80 Pf.  
Rinderkamm . . . . . Pfund 75 Pf.  
Querrippe . . . . . Pfund 75 Pf.  
Schweinekamm . . . . . Pfund 85 Pf.  
Schweinekotelett . . . . . Pfund 1 M.  
Rückenjeff . . . . . Pfund 55 Pf.  
Lieser . . . . . Pfund 65 Pf.  
Capler Rippespeer im ganzen Stück . . . . . Pfund 85 Pf.  
Eckstück, bis 3 Pfd., 75 Pf. Mittelstück Pfund . . . . . 95 Pf.

## Geflügel

Hühner . . . . . 1.60 bis 2.70  
Puten . . . . . 2.95  
Poulets 2.20, 2.50, gefroren 1.20  
Birkhennen 1.50, Hähne 2 M.  
Haselhühner . . . . . 80 Pf.  
Starke Hasen gestreifl. von 3.40 an  
Tischbutter . . . . . Pfund 1.28  
Tafelbutter . . . . . Pfund 1.32

## Wurstwaren

Rollschinken ca. 6 bis 9 Pfund . Pf. 1.40  
Landschinken ca. 8 bis 12 Pfund Pf. 1.30  
Zervelat- u. Salamiwurst . . . . . Pf. 1.20  
Schinkenspeck 1 St. v. 1 1/2 - 4 Pf. Pf. 1.10  
Speck fett . . . . . Pf. 75 Pf.  
Aus eigener Wurstfabrik  
Rotwurst . . . . . Pf. 55, 75 Pf.  
Jagdwurst . . . . . Pf. 1.05  
Landleberwurst . . . . . Pf. 90 Pf.  
Pastetenleberwurst . . . . . Pf. 1.10

## Fische

Seelachs . . . . . Pfund 18 Pf.  
Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen . . . . . Pfund 20 Pf.  
Schellfisch . . . . . } 22 Pf.  
Rotzungen . . . . . }  
Schollen . . . . . Pfund 20 Pf.  
Lachs in ganzen Fischen . . . . . Pfund 35 Pf.  
Zander . . . . . Pfund 55 Pf.  
Leb. Karpfen Pf. 75, 95 Pf. 1.10  
Lebende Schleie . . . . . Pfund 1.10

## Obst, Gemüse

Apfelsinen Dutzend 20, 28 35 Pf.  
Mandarinen Pfund 18, 22, 24 Pf.  
Mandarinen Kiste 35 Stück 80 Pf.  
Graue Reinetten } Pf. 35 Pf.  
Maschanska-Aepfel }  
Meraner Calvillen Pfund 35 Pf.  
Kohäpfel . . . . . 5 Pfund 65 Pf.  
Datteln . . . . . Pfund oder Karton 33 Pf.  
Blumenkohl . Kopf 15, 20, 25 Pf.  
Weißkohl . . . . . Pfund 3 Pf.  
Wirsing- u. Rotkohl Pfund 6 Pf.  
Rhabarber . . . . . Bund 5, 10 Pf.  
Märk. Rübchen . . . . . Pfund 25 Pf.

Gänse Pfund 47, 56 Pf. Bananen 3 große Früchte 10 Pf.



An die weibliche Jugend und deren Eltern.

Die weibliche Jugend beteiligt sich leider noch viel zu wenig an den Veranstaltungen der freien Jugendbewegung...

In der letzten Zeit versucht namentlich auch die bürgerliche Jugendbewegung, die Töchter der Arbeiterschaft für ihre Bestrebungen einzufangen.

Darum ist es Pflicht der Eltern, ihre Töchter den Veranstaltungen der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Es finden am nächsten Sonntag, den 25. Januar, abends 6 Uhr, vier unpolitische

Mädchen-Veranstaltungen

statt, und zwar in folgenden Lokalen:

- Industrie-Festhalle, Deutschstraße 19/20,
Körnerberg's Festhalle, Frankfurter Allee 106,
Brachthalle des Nordens, Gerichtstraße 81,
Wätters Festhalle, Schwedterstraße 23/24.

Tagesordnung: Vortrag über das Thema: Mädchenwünsche.

Referentinnen sind Frau Klara Vohm-Schuch, Frau Regina Friedländer, Frau Gertrud Hanna und Frau Mathilde Wurm.

Nach den Veranstaltungen findet geselliges Beisammensein statt, bestehend aus Musik und Gesangsvorträgen sowie Rezitationen.

Die gesamte weibliche Jugend, ob Arbeiterin, Verkäuferin oder Kontoristin, ist mit ihren Eltern, besonders den Müttern, zu diesen

Veranstaltungen herzlich eingeladen.

Parteiangelegenheiten.

Führungen durch die Sammlungen der Geologischen Landesanstalt und Bergakademie, Invalidenstr. 44, veranstaltet der Bezirksbildungsausschuß an folgenden Sonntagen: den 8., 15. und 22. Februar.

Im März lassen sich einige weitere Führungen einrichten. Einzelorganisationen, die solche für ihre Mitglieder belegen wollen, wollen sich unter Angabe des gewünschten Tages beim Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses melden.

Erster Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Andriß, An der Stralauer Straße 3, der zweite Vortrag über Deutsche Geschichte vom westfälischen Frieden bis Viena statt.

Neußölln. Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr im Neußöllner Theater, Bergstraße 147, Theatervorstellung. Zur Auf-führung gelangt: Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Bernard Shaw.

Tempelhof. Heute, Freitag, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Waldmannslust. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhäuschen“ zu Waldmannslust die Mitglieder-versammlung statt.

Schantendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonntag, 25. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Otto Pätzsch: Öffentliche Frauenversammlung. Vortrag von Frau Elfriede Rhoad: Die Frauen und die Politik!

Petershagen. Am Sonntag, den 25. d. Mts., Flugblatt-verbreitung.

Berlin-Buchholz. Heute, Freitag, abends 8 Uhr, Handzettel-verteilung für die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 25. Januar, von Rahne aus.

Röntgenal, Repernal, Buch. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange (Röntgenal), Siemens-str. 10: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellung-nahme zu den Gemeindevorwahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mählendeb. Am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus von Adolf Wärich: Mitgliederversammlung.

Berliner Nachrichten.

Der Gölitzer Tunnel.

Man könnte ihn auch den Proletentunnel nennen. Tausende und abermals tausende Arbeiter durchziehen ihn täglich. Am frühen Morgen, wenn es noch finster ist, wälzen sich die Arbeitermassen durch diese lange Röhre.

Der Tunnel verbindet zwei Straßen, die sich in nichts von vielen andern unterscheiden. Sie sind lang, grau und reizlos. Die Wiener ist immerhin lebhaft, aber die Gölitzer liegt träge und teilnahmslos hingestreckt.

Das ist der Tunnel, der niemals leer wird. Ein langes Gewölbe, in welchem immer Leben und Licht ist. Die Glühlampen brennen immer — wie das ewige Licht. Sie verlöschen niemals. Sie sind wie ein Symbol der Hoffnung.

Hand hält. Und viele Hunderte gehen an den beiden vorbei, als wären sie selber blind.

Sie stehen so still und regungslos an die Wand gedrückt, so scheu und bescheiden. Und in ihrem Gesicht liegt eine Spannung, als hörten sie auf einen fernen, geheimnisvollen Ton.

In ganz jungen Menschen, die von der Arbeit kommen, erwacht mit elementarer Kraft die Lust an der Soldateska. Sie schreien Kommandoworte und beginnen die Hölze zu heben, als wollten sie die Hölzen klopertief in die Erde stampfen.

Und doch dient er nicht nur einem praktischen Zweck. Ich habe schon gesehen, wie zwischen seinen Händen eine furchtbare Schlacht ausgefochten wurde. Die Gölitzer machten einen verzweifeltsten Ausfall gegen die Wiener. Bewaffnet waren die Knirpse mit Holzäbeln und Bohnenstangen.

An manchen Abenden sitzt auch ein Invalide auf den Hölzen. Er hat einen kleinen Leierkasten vor sich zu stehen und „nudele“ fürs Vaterland.

Einem Schuttmann habe ich noch niemals in dem Tunnel gesehen. Vielleicht übt die Polizei, weil er unter der Erde liegt, keine Nacht über ihn aus. Sie verirrt sich nicht in den langen Darum, aber er füllt sich und entleert sich trotzdem ohne jede Störung. Unaufhörlich, Tag und Nacht.

Verhöhnung von Arbeitslosen.

Wilde, mit halbleerem Magen, geht der Arbeitslose durch die Straßen der Stadt. So lange der Winter nur überzieht, war er als Bauhandwerker doch noch morgens mit der Hoffnung von Hause fortgegangen, endlich auf einem der wenigen Neubauten Arbeit zu finden.

Ruh hat der Winter Ernst gemacht, zur größten Freude aller derer, die nach harter Arbeit in stürzender Kälte oder Kontorlust dem gelunden Sport auf glatter Eisfläche nachgehen können. Für den Bauarbeiter bedeutet der Frost weiteres Hin-aus-schieben der Arbeits-möglichkeit und in Verbindung damit Entbehrungen schlimmster Art.

Gewiß, Freund, Du hast recht mit Deinem „Wul!“; aber verlangst Du bei den meisten unserer bürgerlichen Kleinträmer auch nur das geringste Verständnis dafür, daß im Aushängen einer solchen geschmacklosen Ansichtskarte eine Verleumdung für jeden vorübergehenden ehrlichen Arbeitslosen liegt?

Rein, nein; trotzdem der Inhaber des Geschäfts vielleicht ein Mitglied der Armenkommission ist, er hat sich gewiß nichts dabei gedacht, als er diese Karte neben anderen guten und schlechten ausstellte. Auch der jetzt noch Arbeitslose wird sich nichts dabei denken können, wenn er sich in besseren Zeiten an solche bürgerlichen Geschäftsleute erinnert, die selbst in der augenblicklichen Zeit der Krise noch Spott für sein Elend haben.

Die Entwicklung des städtischen Osthafens.

Der Osthafen der Stadt Berlin hat mit Ende des vorigen Jahres das erste Vierteljahr seines Betriebes hinter sich. Die aus der Betriebsübersicht sich ergebenden Zahlen zeigen, daß der Verkehr auf dem Hafen sich in recht erfreulicher Weise entwickelt hat; so sind beispielsweise an Lagergütern in dem genannten Zeitraum eingegangen 16 600 Tonnen, ausgegangen sind 8287 Tonnen, so daß sich mit Ende des Vierteljahres noch ein Lagerbestand von rund 8300 Tonnen ergab.

Verwendung von Beitragsmarken zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für weibliche Personen.

Vom 1. Januar 1914 ab tritt für eine Reihe von weiblichen Personen eine Änderung in der Höhe der Beitragsmarken ein. Im wesentlichen kommen folgende Änderungen in Betracht: 1. Für Dienstboten, welche der III. Stufe der Allgemeinen Orts-kassenkasse der Stadt Berlin angehören, sind Marken IV. Lohnklasse zu 40 Pf. zu verwenden, ohne Rücksicht auf das Alter der Dienstboten.

Stadt und Arbeitslose.

Der Ausschuß zur Beratung des sozialdemokratischen Antrages, zur Unterstützung der Arbeitslosen 500 000 M. her-zugeben, hat sich vertagt. Man will prüfen, ob die Hergabe städtischer Gelder eine Armenunterstützung darstellt oder nicht.

Links- und rechts- und beidhändig.

In den Berliner Volksschulen finden zurzeit im Auftrage der städtischen Schuldeputation Erhebungen darüber statt, welche Kinder und wieviel von Natur die linke Hand vor der rechten dauernd bevorzugen (links- und rechts- und beidhändig sind), und wieviel Kinder die rechte und die linke Hand gleich gern und gleich geschickt gebrauchen (beidhändig veranlagt sind).

Den Tod auf den Eisenbahnschienen fand gestern nachmittag ein noch unbekannter Mann von etwa 30 bis 35 Jahren. Auf dem Bahnhof Treptow warf er sich um 5 Uhr vor einen Vorortzug, wurde unter den Rädern zermalmt und auf der Stelle getötet.

Eine Tragödie der Großstadt.

Ein bedauernswerter Unfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich gestern nachmittag in dem Hause Grunewaldstraße 81 zu Schöneberg abgespielt. Der dort wohnende Fischhändler Franz Neumann hatte vor sechs Wochen geheiratet und in dem oben erwähnten Hause ein Ladengeschäft eingerichtet, das sehr gut ging.

Eine Tragödie, wie sie sich nur in der Großstadt ereignen kann. Einen Mann braucht der Fischhändler, und hundert drängen sich danach, die vielleicht nicht einmal gut bezahlte Stellung zu erhalten. Der Fischhändler gehörte vielleicht auch zu denen, die nicht glauben, daß es so viele Arbeitslose gebe.

Diphtherie und Scharlach. Die Gemeindepflichtschule Nr. 167 (für Knaben) und Nr. 178 (für Mädchen) in der Purbuser Str. 23 wird von Freitag an wegen mehrfachen Erkrankungen von Schül-tern an Diphtherie und Scharlach auf 14 Tage geschlossen.

Für 10 000 M. Juwelen geangelt haben Einbrecher in der gestrigen Nacht in der Rheinstraße 17 zu Friedenau. Der Laden des Juweliers Ostwald hat ein vorzügliches Schaufenster mit zwei schmalen Seitenscheiben. Eine von diesen zertrümmerten die Einbrecher und dann langten sie mit einem Angelhaken die ganzen Auslagen heraus.

Schadenfeuer bei Vorfirg.

In der zweiten Morgenstunde kam am Donnerstag im Vorfirg-werk zu Regel ein größeres Schadenfeuer zum Ausbruch. Der Brand entstand auf bisher nicht ermittelte Weise in einer großen Halle, in der die mechanische Werkstatt untergebracht ist. Die Flammen er-faßten einen Teil des Gebäudes und zahlreiche kleinere Bearbeitungs-maschinen.

15 Millionen Quadratmeter Eisfläche bietet jetzt der Müggelsee dem Sport jeder Art. Das Eis hat unter dem andauernden und zeitweilig starken Frost eine solche Stärke erlangt, daß nunmehr eine Gefahr nicht mehr besteht.

Der Rummelsburger See ist gleichfalls polizeilich frei-gegeben worden. Er weist eine Eisfläche von circa 35 Hektar auf. Der Zutritt zur Eisbahn kann von allen anliegenden Lokalen aus erfolgen.

Beschäftigung geistig schwach veranlagter Kinder.

Eltern, die um die Zukunft ihres nicht oder schwer erwerbs-fähig werdenden geistig schwachen Kindes in Sorge sind, werden darauf hingewiesen, daß man gegenwärtig beabsichtigt, ein Be-schäftigungs- und Ausbildungsheim für solche Kinder zu gründen. In der Regel ist es diesen Eltern nicht gelungen, ihr Kind in einer Arbeitsstelle unterzubringen, und früher oder später tritt an sie die Frage heran, wo das Kind, das niemand zu einfacher Beschäftigung anleiten oder in Arbeit behalten will, ein Unterkommen besonders nach dem Tode seiner nächsten Angehörigen finden könnte.



Anmeldungen werden bis Ende Januar täglich von 12—1 Uhr Stargarder Straße 9, Montag und Donnerstag von 6—7 Uhr Bergstraße 58 und Dienstag und Freitag von 6—7 Uhr Auguststraße 67/68 durch Herrn Rektor Buchs angenommen.

**Warnung vor einem raffinierten Schwindler!** Dieser Tage erschien in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr abends an einer Wohnungstür eines Hauses im Osten ein junger Mann mit der Bitte, für den Hauswirt ein Paket, enthaltend einen Läufer und ein Kissen, entgegenzunehmen und die quittierte Rechnung von 27,90 M. zu begleichen. Da die Person einen Betrüger nicht erkennen ließ, wurden die Sachen entgegengenommen und die Rechnung beglichen. Später stellte sich heraus, daß man einem Schwindler zum Opfer gefallen war und der Inhalt des Pakets nur aus schmutzigen, zerrissenen Sachen bestand. Der Ueberbringer war circa 21 Jahre alt und 1,75 Meter groß, hatte breites Gesicht, schwarzes Haar, Augenbrauen und englischen Schnurrbart. Bekleidet war er mit schwarzem steifen Hut, braunem Hlster, braungestreiften, weiten Beinkleidern und schwarzen Stiefeln.

Das Berliner Aquarium ist in diesen Tagen in den Besitz einer Anzahl riesenhafter Landkrebse gelangt, die in einem Behälter des Infestariums aufgestellt sind. Es ist die afrikanische *Achatina*, wohl die größte Landkrebse, die es gibt. Besonders bemerkenswert ist das schöne, glatte, anpreisend gefärbte Gehäuse. Ihrer Größe entsprechend vertilgen sie recht ansehnliche Mengen von Salat. Ist das Futter zu Ende, so gehen sie auf die Suche und kriechen an den Glaswänden umher, wobei man die Art der Fortbewegung besonders gut beobachten kann.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Der Unterricht im Gewerkschaftswesen beginnt heute abend 8 1/2 Uhr im Schullokal, Grenadierstr. 37.

## Vorortnachrichten.

**In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung** hatte am Mittwoch die Haltung des Oberbürgermeisters Dr. Scholz im Herrenhause bei der Abstimmung über den Antrag Jord v. Wartenburg ein Rückschlag. Zur Beratung stand der sozialdemokratische Antrag auf Abänderung einer Petition betr. Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen und Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs.

Genosse Dr. Borchardt führte zur Begründung des Antrages aus, daß sich über die Ueberlebtheit des Hausbesitzerprivilegs wohl kaum etwas Neues sagen lasse. Seine Freunde hätten es für nötig gehalten, den Antrag, mit dem sich die Versammlung schon vor 10 Jahren einmal beschäftigt habe, jetzt zu wiederholen. Es gebe Zeiten stürmischer Vorwärtswendungen, wo an einem Tage ganze Häuser überkommenen Stufes beiseite geschafft werden, es gebe aber auch Zeiten stiller, andauernder, stetiger Fortentwicklung. Er wolle kein Urteil fällen, welche Zeit wertvoller ist und frühere Lebenskräfte weckt. Auf das Hausbesitzerprivileg treffe das Goethe'sche Wort zu: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage.“ Wenn trotzdem gewisse Kreise seiner Beseitigung Widerstand leisten, so sei dies ein Zeichen der kleinlichen Art des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Sollte doch die Regierung, die 1875 das Privileg selbst als überlebt bezeichnet habe, nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie noch daran festhalten? Aber die Erkenntnis, wie töricht ein solcher Kampf ist, dringe in immer weitere Kreise nicht nur der Arbeiterklasse sondern auch des liberalen Bürgertums. Die Sozialdemokratie verlange nicht, daß das Bürgertum seine Gegnerschaft gegen sie aufgibt, wohl aber müsse es auf eine so kleinliche Art des Kampfes verzichten. Aus diesem Grunde hoffe er auf Annahme des Antrages.

Stadtv. Otto erklärte, seine Freunde seien einstimmig für die geheime Wahl. Hierin liege für sie der wichtigste und grundsätzliche Teil des Antrages. Diese Grundsätzlichkeit könne der zweite Teil nicht beanspruchen, seine Freunde würden deshalb nicht einstimmig, aber doch zum größten Teil dafür stimmen. Früher habe er (Redner) sich gegen die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in der ganzen Monarchie ausgesprochen, weil dies Recht für kleine und mittlere Städte eine ganz andere Bedeutung habe als für große. Infolge der Entwicklung der Verhältnisse sei er heute zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. In Charlottenburg habe sich die Zahl der Häuser, die im Besitz von nichtpächterlichen Personen sind, prozentual am stärksten vermehrt, die Aufrechterhaltung des Privilegs lasse sich deshalb sachlich und logisch nicht mehr begründen. Hier lasse ein Gegensatz zwischen den Verhältnissen in großen und in kleinen Städten, hier sei ein Widerstreit der Interessen vorhanden, und in diesem Widerstreit schlage er sich auf die Seite der Großstädte. Ob bei der Zusammenlegung des Landtags auf eine Reform zu rechnen sei, das sei freilich eine andere Frage. Im Abgeordnetenhaus werde er als Vertreter der Stadt Charlottenburg die Petition befürworten. Welche Stellung der Vertreter Charlottenburgs im Herrenhause einnehme, wisse er nicht.

**Das Oberbürgermeister Dr. Scholz kürzlich erst für den Antrag des Grafen Dr. Jord v. Wartenburg gestimmt!**

Das sei sein Recht gewesen, man müsse seine Auffassung respektieren, aber seine Freunde hätten es lieber gesehen, wenn er mit Nein gestimmt oder sich der Abstimmung enthalten hätte. Er könne nur sagen: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe.“ Der Oberbürgermeister sei stolz darauf, auch ein Bürger zu sein. Hoffentlich werde sich, wenn die Eingabe an das Herrenhaus kommt, sein Bürgerinn so betätigen, daß er dafür eintreten wird.

Oberbürgermeister Scholz erwiderte in sichtlich Erregung, er wolle die erste sich ihm bietende Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß er eine strikt über die Abstimmungen, die er in einem anderen Parlament mache, als durchaus unzulässig betrachte. Es könne dem guten Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung nur förderlich sein, wenn wir uns in Zukunft, soweit unsere außeramtliche Tätigkeit in Betracht kommt, die größte Zurückhaltung in der Beurteilung hiezu überlegen.

Nach dieser, von der Versammlung mit völligem Schweigen aufgenommenen Erklärung wandte sich die Debatte wieder zu dem eigentlichen Thema. Der Reihe nach lobten die Vertreter hausagrarischer Interessen die Unlegenbarkeit der Hausbesitzer, die freudig jede Belastung auf sich nehmen und trotz der Notlage, in der sie sich befinden, alles aus ihrer Tasche zahlen, nur in dem Bestreben, die Bevölkerung vor höheren Steuerzuschlägen zu bewahren.

Mit diesen reaktionären Elementen rechnete Genosse Girich ab, der die Schädlichkeit des Hausbesitzerprivilegs nachwies und, um jedes Mißverständnis zu beseitigen, die Erklärung abgab, daß die Sozialdemokraten grundsätzlich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Kommunalwahlrecht sind, sich aber aus taktischen Erwägungen auf die Forderung der geheimen Stimmabgabe und der Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs beschränkt hätten. Dem Oberbürgermeister irgendwelche Direktiven für sein Verhalten im Herrenhause zu geben, liege ihm fern, aber nach seiner Ueberzeugung müßte doch auch er Wert darauf legen, sich nicht in Widerspruch zu setzen mit der Mehrheit der Charlottenburger Einwohner. Die übergroße Mehrzahl der Bürger Charlottenburgs sei mit der Stimmabgabe und der Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs einverstanden.

Nach weiterer kurzer Debatte gelangte ein Schlußantrag zur Annahme. Da aber der Vorsteher einen Herrn hinderte, in Form einer persönlichen Bemerkung sachliche Ausführungen zu machen, beantragte dieser eine zweite Lesung. Nach der Geschäftsordnung muß einem solchen Verlangen Folge gegeben werden und so

wird sich die Versammlung nochmals mit dem Antrage zu beschäftigen haben.

Einstimmige Annahme fand ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der den Magistrat ersucht, noch vor den nächsten Erziehungswahlen die Wahlbezirke anders abzugrenzen. Genosse Gebert wies zur Begründung des Antrages, dem der Magistrat Folge zu geben verpflichtet, zahlenmäßig die in den letzten vier Jahren eingetretene Verschiebung der Wählerzahlen in den einzelnen Bezirken nach. Am größten ist der Unterschied zwischen dem dritten, von Arbeitern bewohnten, und dem achten, von Wohlhabenden bewohnten Bezirk. Ersterer zählt heute 9931, letzterer noch nicht halb so viel, nämlich nur 4304 Wähler. Das bedeutet für die durch das Dreiklassenwahlrecht ohnehin schon in ihren Rechten geschnürte Arbeiterklasse eine weitere Kürzung ihres Wahlrechts.

Zwei von bürgerlicher Seite gestellte Anträge auf Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach Westend und vom Spandauer Berg über den Rixdamm nach dem Siemensweg, für die sich u. a. auch Genosse Will aussprach, wurden gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen.

In der geheimen Sitzung wählte die Versammlung die Beisitzer für die am 8. Februar im dritten Bezirk stattfindenden Ersatzwahlen.

### Neukölln.

Am Sonntag, den 25. d. Mts., findet eine Besichtigung des Verkehrsmuseums für Kinder über 10 Jahre statt. Es ist damit den Eltern, die die Theatervorstellung des Bildungsausschusses besuchen, Gelegenheit gegeben, ihre Kinder unterzubringen. Treffpunkt um 12 Uhr am Hermannsplatz; Fahrgeld 20 Pf.

Mittwoch, den 28. d. Mts., Märchenvorstellung bei Bartisch, Hermannstr. 49. Anfang 5 Uhr, Ende 6 1/2 Uhr. Eintritt frei. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt.

### Wilmerödorf.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte durch Affirmation die Wahlen zu den Ausschüssen. Die Petition eines früheren Regiments aus Biederstein in den städtischen Dienst wurde abgelehnt, da seine Entlassung wegen Unfähigkeit erfolgt sei (nach achtjährigem Dienst). Eine Petition der Wilmerödorfer Lehrerinnen, gegen die Mißstände bei den Vorstellungen in den Kinobüroen für Jugendliche einzuschreiten, wurde alseitig unterstützt und dem Magistrat überwiesen. Man wünscht die Einsetzung eines Ausschusses, da die Polizeiaufsicht verlagert habe. Für die Verteilung von Krankenbetten in der Stadt Schöneberg auch vor dem 1. April 1914 ist Sorge getragen, die entstehenden Kosten werden genehmigt. Die Versicherung der Beamten, Lehrer usw. wird die Stadt selber übernehmen, eine diesbezügliche Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung erledigt. Die Vorlage betr. Vermietung des Restaurationsgrundstückes Kaiserallee 51/52 wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

### Schöneberg.

Ein gemeinsames Wintervergnügen veranstalten am Sonnabend, den 24. Januar, der Arbeiter-Turnverein und der Schöneberger Männerchor in den Neuen Rathhausgärten, Martin-Luther-Strasse 60. Anfang 8 1/2 Uhr, Eintritt inkl. Tanz 50 Pf. Es wird um zahlreichem Besuch dieser Veranstaltung gebeten.

Der Stand der Bewegung für Errichtung eines Jugendheims der Proletarierjugend, sowie der Zweck und Nutzen des Vereins zur Förderung dieser Bestrebungen wird heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in einer Mitgliederversammlung in den Neuen Rathhausgärten erörtert. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht.

### Mariensfelde.

Die Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts werden wiederum illustriert durch die jetzt ausliegenden Wählerlisten für die im März stattfindenden Gemeindevahlen. Danach haben drei Wähler der ersten Klasse genau so viel Rechte wie 627 Wähler der dritten Klasse. Die zweite Klasse besteht aus 41 Wählern.

Der Gemeindevorsteher hat es abgelehnt, eine Abschrift der im Einwohnermeldeamt, Kaiser-Allee 20, an den Werktagen von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 9 bis 10 Uhr bis zum 31. Januar zur Einsicht ausliegenden Wählerliste herzustellen. Die Gemeindevorsteher werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich auch im Lokal von A. Schuster, Kirchstr. 68, zur Einsichtnahme einzeln lassen können.

### Kummerödorf bei Storkow.

Wer sind die Feinde der kleinen Landwirtschaft und wo bleiben die Steuergrößen? Ueber dieses Thema referierte in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Hellsing'schen Lokal Genosse Jubel. In vorzüglichster Weise verstand es der Redner, seine Zuhörer zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie einzig und allein die Interessen der kleinen Landwirte vertritt und daher die großen Betriebe sowie die Fideikommisswirtschaft bekämpfen müsse. Das ganze Steuer- und Pachtssystem schädige die kleinen Betriebe unendlich, während die großen den Vorteil daraus ziehen. An einigen Auszügen aus Kreisblättern zeigte der Redner, mit welchen wertsinnigen, verlogenen Argumenten die Gegner uns auf dem flachen Lande belämpfen. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Auf eine Anfrage aus der Mitte der Versammlung ging Genosse Jubel noch auf die Vorgänge in Javern ein und geißelte unter dem Beifall der Versammlung die zutage getretenen Zustände. Genosse Frankel aus Koblitz wies jedoch auf die „Volkswirtschaft“ und deren Vorzüge hin. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden zum Eintritt in die Partei und zum festen Zusammenhalten gegen unsere gemeinsamen Feinde aufgefordert hatte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

### Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorsteherung. Zunächst ließ der Bürgermeister Abraham die kommunale Betätigung im vergangenen Jahr Revue passieren, zugleich gab Redner einen kurzen Ueberblick über die bevorstehenden Aufgaben. Hierauf wurde beschlossen, für die Ueberlieferung der Turnabende des Vereins an Vereine zur Abhaltung turnerischer Übungen 15 M. pro Abend zu erheben. Von unseren Genossen wurde scharf kritisiert, daß man gegenüber den Arbeitervereinen nicht gleiches Recht walten lasse, indem ihnen die Räume von Gemeindevorstellungen stets verweigert werden. Prompt erfolgte darauf die Antwort, daß darüber das Provinzialschulkollegium zu entscheiden habe. Den Bericht der Kommission betreffend die Arbeitslosenversicherung erstattete der Bürgermeister. Die Kommission habe sich an sämtliche Gemeinden Groß-Berlins gewandt, um zu erfahren, inwieweit die Versicherung eingeführt ist. Aus den Antworten von 31 Gemeinden sei zu ersehen gewesen, daß in dieser Frage eine große Zersplitterung herrsche. Die Kommission habe zwar den Willen gehabt zu helfen, aber die finanziellen Kräfte der Gemeinde reichten nicht dazu aus. Die Kommission habe auf Vorschlag der beiden sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, in dieser Frage gemeinsam mit den Groß-Berliner Gemeinden vorzugehen. Die Vertretung stimmte dem Vorschlag der Kommission zu. Um aber etwas für die Arbeitslosen zu tun, hatte die Armenkommission schon vor Weihnachten den Antrag gestellt, 1000 M. zur Verteilung zu bringen. Dieser Antrag ist nun zurückgezogen worden und zwar sollen Kostendarbeiter ausgeführt werden. In Betracht kommen die Verlegung von Wasserleitungsrohren im Kaiserweg sowie in der Charlottenstraße. Die Kosten betragen für diese Arbeit 2200 M. Hierbei wurde von unseren Vertretern verlangt, daß zunächst nur verheiratete Arbeiter am Orte hierzu Verwendung finden, ferner soll von dem Lohn für etwaige rückständige Steuern nichts abgezogen werden, dem wurde zugestimmt. Einer weiteren Anregung, außer diesen Arbeiten 1000 M. zur Verfügung zu stellen für diejenigen, die nicht für diese Arbeit in Frage kommen, bekämpfte Herr Dr. Pratsch mit dem Einwand, daß es nicht angängig sei, Geldunterstützungen ohne Gegenleistung zu geben, da das nur Erbitterung

unter den Arbeitslosen, die sich an den Erdarbeiten beteiligten, hervorrufen würde. Die Anregung unserer Genossen fand keine Gegenliebe bei den bürgerlichen Vertretern. Dem Verein Kinderhort wurden zur Unterhaltung der Suppentische 500 M. bewilligt. Herr Gebhardt meinte, für eine warme Suppe sei er zu haben, sie sei besser für die Arbeitslosen, als wenn dieselben von Haus zu Haus betteln gingen und das erbetelte Geld in Bier und Schnaps umlegten. Diese Diskreditierung der Arbeitslosen wurde von unseren Vertretern niedriger gehalten, insbesondere machten sie den Herrn darauf aufmerksam, daß gerade die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, die gegen den Schnapsgenuß vorgehe. In nächstfolgender Sitzung wurde der Antrag des Gemeindekirchenrats betreffs Einziehung der Kirchensteuer durch die Gemeinde gegen eine Stimme abgelehnt. Dieser Beschluß wurde deshalb gefaßt, weil unsere Vertreter darauf aufmerksam machten, daß durch das rigorose Vorgehen der Vollziehungsbeamten die Gemeinde erfreulicherweise die Kirchenaustrittsbewegung fördere. Eine Anregung, Volkskonzerte zu veranstalten, soll in Erwägung gezogen werden.

### Notwendig.

Die Arbeiterjugend, die bisher ihre Zusammenkünfte im kleinen Saale des Volksgartens abhielt, siedelt demnächst nach den Deutschen Festhallen, Wilhelmstr. 41—43, Eingang Friedrichstraße, über, wo sie einen ihren Zwecken entsprechenden Raum für einen mäßigen Preis gemietet hat. Dieser Wechsel ist besonders deshalb zu begrüßen, weil das neue Zusammenkunftsort einen direkten Eingang von der Straße aus hat, so daß die Jugendlichen mit dem Schonraum nicht in Verführung zu kommen brauchen. Um die zu Eltern die Schule verlassenden Jugendlichen für die freie Jugendbewegung zu gewinnen, ist für Ende März eine Propagandaversammlung in Aussicht genommen, zu der vor allem auf das Erscheinen der Eltern gerechnet wird.

### Bernau.

Von den mißlichen Zuständen in der Kreisfrankenkasse wurden auch die hiesigen Mitglieder betroffen. Die Krankengeldempfänger waren nicht wenig überrascht, als ihnen am ersten Freitag auf der Meldestelle erklärt wurde, es sei kein Geld gekommen. Einige besaßen ihr Geld mit der Post überfandt, andere mußten warten. Darunter befanden sich Mitglieder, die nicht in der Lage waren, ihre Einkäufe zu besorgen, ohne borgen zu müssen. Aber auch in der letzten Woche bekam ein großer Teil der Hauskranken kein Krankengeld, obwohl dieselben vorher pflichtgemäß ihren Krankenschein abgegeben hatten. Aber die findigen Wacker in dieser Klasse landeten einfach in den folgenden Tagen denjenigen, die weder Krankenschein noch Geld in der Meldestelle erhalten hatten, erst den Krankenschein und dann auch das Krankengeld per Post unter Kürzung des Portos zu. Dadurch werden die Kranken Mitglieder erheblich geschädigt. In einzelnen Fällen sind den Kranken bis 55 Pfennig an Porto dem Krankengeld abgezogen worden. Mit welchem Recht macht die Kreisfrankenkasse die Kranken für einen Zustand haftbar, an dem dieselben schuldlos sind? Es wäre ratam, wenn alle diejenigen, welchen Abzüge oben benannter Art von ihrem Krankengeld gemacht wurden, sich bei der Aufsichtsbehörde beschwerten und in Zukunft die Annahme des Krankengeldes, wenn es nicht in voller Höhe überfandt wird, verweigerten.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Bohndorf.** Am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Lokal vom R. Schulz.

**Schön-Schönhausen.** Heute Freitag, abends 6 Uhr, im Verwaltungsgebäude, Hauptstr. 50.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Spiel und Sport.

### Radfahrer.

**Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“.**

Ortsgruppe Berlin.

**Achtung, Rotorfahrer!**

Zwecks Gründung einer Abteilung für Rotorfahrer berufen wir zum Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Siegel, Gr. Frankfurter Str. 30, eine Versammlung ein, wozu wir alle Rotorfahrer der Ortsgruppe einladen.

Freitag, den 30. Januar, Generalversammlung bei Dsiglo (früher Keller), Köpenicker Str. 29. Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“.** Touren zum Sonntag, den 25. Januar. Ortsgruppe Berlin. Sämtliche Abteilungen, 2 Uhr: Bittenau, Gesellschaftshaus, Hauptstraße, bei Schulz. Heute abend 8 1/2 Uhr Zentraljahrmartung, Stralauer Brücke 3.

Ortsgruppe Schöneberg. Besuch des Krankenhauses Schöneberg, nachdem der Fintel zum Regen. Start: 1 1/2 Uhr bei Döhl.

**Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“.** Gau 9. 2. Bezirk, Kreis Teltow, II. (2) Unterbezirk: Sonntag, den 25. Januar, nachm. 1 1/2 Uhr, findet in Dabendorf bei Josten im Wald- und Seehof, Joh. A. Büttner, die Vorgesprechung zum Bezirkstag statt. Verpflichtet zum pünktlichen Erscheinen sind die Mitglieder aus Dabendorf, Dahlewig, Alente, Rittenwalde, Köpen, Stallingen, Schöneiche, Schönow, Lössin, Jochen.

IV. (4) Unterbezirk: Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, findet in Groß-Beßen bei Hermann Meinke die Vorgesprechung zum Bezirkstag statt. Verpflichtet sind die Mitglieder aus Groß-Beßen, Groß-Görsch, Groß-Nied, Dabow, Hermsdorf bei Rühnshof, Krausnick, Neuenhof bei Wendisch-Buchholz, Bach, Schmerin, Tornow.

**Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“.** Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 1 Uhr, Besichtigung des Reichstagsgebäudes. Treffpunkt 1 Uhr, Portal 5, am Reichstagsufer. — Abdann nach Lustgarten, Wilhelmshof.

### Wanderer.

**Deutscher Arbeiter-Wanderband „Die Naturfreunde“.** Am Sonntag, den 25. Januar, werden folgende Touren unternommen:

Ortsgruppe Berlin: 1. Straußberg, Regenwäldchen, Straußberg. Abfahrt 8 1/2 Uhr, Friedrichstr. (Zernitz) 6.42 Uhr vorm.

— 2. Nehmin, Berlin. Abfahrt Potsdamer Fernbhf. vorm. 5.55 Uhr, nicht 6.31 Uhr (umsteigen in Groß-Arcus). — 3. Wandsdorf, Siedlerhöfen, Trebbin. Abfahrt Anhalter Fernbhf. 6 Uhr vorm.

— 4. Grünau, Raggelberg, Köpenick. Abfahrt Ostliche Bf. 1.30 Uhr nachm. — 5. Rindertour. Stolpe, Longruben, Navel, Tegel. Treffpunkt Steiner Borsbhf. 8 Uhr vorm. Abf. 8.07 Uhr. — 6. Ludwigsfelde, Rangsdorf, See, Dahlewig. Abfahrt Anhalter Bf. 6.15 Uhr vorm.

Ortsgruppe Stieglitz: 25. Januar. Besichtigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Braunhoferstr. 11/12. Treffpunkt an der Untergrundbahnstation „Am“ 1 1/2 Uhr, nicht 12 Uhr.

Ortsgruppe Neukölln: 25. Januar. Grünberg, Grundmühle, Schönow, Doringsbrunn, Schwante. Abfahrt Bf. Neudän 7.08 Uhr, Stettiner Bf. 7.42 Uhr.

Ortsgruppe Köpenick-Friedrichshagen: 25. Januar. Straußberg, Blumenthal, Liefensee. Abf. 6.05 Uhr vorm.

**Arbeiter-Wanderverein Berlin.** Sonntag, den 25. Januar: 1. Röhndorf, erlangt bis Grünheide und zurück nach Erkner. Weglänge circa 17 Kilometer. Schlußstunde mittags. Gäste willkommen.

2. Schilffeldtour. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof in Grünau. Wanderung nach Schmetterlingsport—Niesgraben—Mägdeheim. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 25. Januar. 1. Groß-Beßen, Teltow, Krumme Lanke, Solan, Garten. Abf. nach Gr. Beßen, Potsd. Ringbhf. 7.05. — 2. Beßel, Beßel, Neue Wäde, Dabow, Tegel. Abf. nach Beßel, Schlf. Bf. 7 Uhr. — 3. Für Eisportler Treffpunkt am Räder Vordersee. Abf. nach Gr. Beßen, Grf. Bf. 6.55 und 9.30 Uhr vorm. Gäste stets willkommen.

### Fußball.

**Märtische Spielvereinigung.** Bezirk Groß-Berlin. Am Sonntag finden folgende Spiele der ersten Klasse statt: Kummelsburg gegen Richte XVII in Lichterfelde, Tristweg; Borussia gegen Spandau in Bittenau, Höder-Allee; Borussia gegen Keubell in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz; Charlottenburg gegen Richte XII in Weizenfelde, Rembrandtstr. 40;



**Überlass gegen Schöneberg in Reinickendorf, Pankower Allee 55: A. B. C. gegen Seite XI in Reinickendorf, Schillerstr. 49. Spielbeginn 9 1/2 Uhr.**  
**Neutönlener Sportklub „Sperber“ 1912.** Auf dem neuen Sperber-Sportplatz Reuditzstr. 123, treffen sich am Sonntag, den 25. Januar, A. B. C. „Sperber“ und S. C. Nollendorf im jülgigen Bundes-spiel. Anfang 9 1/2 Uhr.

**Turner.**

**Turnverein „Fichte“.** 10. M. Abt.: Sonntag, den 25. Januar: Schillichuhpartie. Treff: 8.04 Uhr. Schillichuhpartie. Treff: 8.07 Uhr. Strala u. Nollendorf 8.11 Uhr. Schillichuhläufer fahren bis Spindlersfeld, alle anderen bis Grünau u. Gemein-samer Treffpunkt abends beim Turngenossen Aid in Köpenick, Grünauer Straße 7.

**2. Männerabteilung.** Sonntag, den 25. Januar: Schillichuhpartie. Treff: Friedrichshagen, Müggelsee, Dameritzsee, Erfner. Treffpunkt 7 1/2 Uhr. Schillichuhpartie.

**3. Abteilung.** Sonntag, den 25. Januar: Schillichuhpartie. Treff: 8 Uhr früh Müller-Edel-Treffstraße.

**Schwimmer.**

**Der Arbeiter-Schwimmerbund Kreis I** veranstaltet am kommenden Sonntag, nachm. 3 Uhr, sein Winterwettbewerb in der südlichen Bades-anstalt Gerichstraße 67. Zur Vorführung gelangen: Damen- und Kampion-vereine, Jugendvereine, Jugend- und Gruppenvereine, Wasserballspiel, ver-schiedene Schwimmwettbewerbe u. a. m. Da der Kreis I in der Umgegend von Berlin neun Ortsgruppen hat und in Berlin selbst der Arbeiter-Schwimmerverein Berlin fünf starke Abteilungen unterhält, steht uns ein guter Sport in Aussicht.

**Arbeiter-Schwimmerbund, Kreis Brandenburg.**

Berlin, Sonntag, den 25. Januar, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, ardenliche Generalversammlung der Kolonne Groß-Berlin bei Nollendorf, Neue Friedrichstr. 35.  
 Lehrend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):  
 Berlin, 1. Abt. Montag, den 26. Jan., Kommandantenstr. 62 bei Feder.

Berlin, 2. Abt. Montag, 26. Jan., im Sönnemünder Gesellschafts-haus, Sönnemünder Straße 42.  
 Berlin, 3. Abt. Donnerstag, 29. Jan., Schöneberg, Vorderstr. 9, bei Nollendorf.

Berlin, 4. Abt. Donnerstag, 29. Jan., Lichtenberg, Scharnweber-str. 60, bei Nollendorf.  
 Berlin, 5. Abt. Freitag, 23. Januar, Reuditz, Weichselstraße 8, Idealcasino.

Berlin, 6. Abt. Dienstag, 27. Januar, Extralehrabend bei Nollendorf, Neue Friedrichstr. 35.  
 Berlin, 7. Abt. Freitag, 23. Januar, Charlottenburg, Bismarck-Edel-Treffheim Straße, bei Nollendorf.

Friedrichshagen, Donnerstag, 29. Jan., Friedrichstr. 60, 2. Hof, parterre.  
 Spenid, Dienstag, 27. Jan., Schönefelder Str. 5, bei Stippelhof.  
 Rommes, Dienstag, 27. Januar, Fortbildungsschule.  
 Ober-Schöneweide, Montag, 26. Jan., Siemensstraße 12, bei Schulz.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist loeben das 17. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sachlich. Von Wolfgang Heine. — Zu S. G. Nollendorf's hundertem Geburtstag. Von Max Adler (Wien). — Andreas Schen. Von Karl Rautsch. — Die An-fänge des preussischen Staats. Von Dr. Rehring. II. — Sozialdemokratie und Landeskirche. Von Walter Dehne (Berlin). — Schwierigkeiten und Fortschritt in der Behandlung der Agrarstatistik. Von Alfred Noeglich (Stettin). — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von Georg Kiepl (Magdeburg).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-handlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die neueste Nummer des „Wahren Jacob“, die 3. des 31. Jahrgangs, ist loeben 12 Seiten stark erschienen und in hervorragendem Maße der 3 aberner Affäre gewidmet.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag A. S. D. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist uns loeben Nr. 9 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unter Tag. Von Luise Fietz. — Der Triumph des Säbels. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XII. Von Anna Bloß. — Zwei amerikanische „Bergarbeiter“. II. Annie Gienens. — Ein Jahr der Reaktion und des Imperialismus. I. Von H. B. — Frauenarbeit im Mittelalter. Von August Erdmann. — Berufsfragen der Bäuerin- und Fälscherin. Von K.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnements 2,60 M. Krankenkassen. Freischule. Speisekarte für alle Jahreszeiten. Diätetische Präparate. Von E. Beck. 90 Pf. E. Abt. Wiesbaden.

**Marktpreise von Berlin am 21. Januar 1914.** nach Ermittlungen des Igl. Volksgeldprüfungsamtes. Reis (unver), gute Sorte 16,80—17,00, Donau 00,00—00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,80—15,20. Rührlisch 0,00, Neu 6,80—8,40.  
 Kartoffelländerei. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—80,00.

Kartoffeln (Kleinbidl) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kalc 1,60—3,40. Gander 1,40—3,20. Geste 1,60—3,00. Barische 1,20—2,20. Schote 1,60—3,20. Steie 0,90—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—24,00.

**Witterungsübersicht vom 22. Januar 1914.**

Stationen	Barometer hdb mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in d. Luft	Stationen	Barometer hdb mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in d. Luft
Eutinende	766,3		2bedekt	-1	Dabrande	757,3		4	Schnee	-9	
Hamburg	765,0	ND	2bedekt	-1	Petersburg	752,9	WS	2	Schnee	-3	
Berlin	767,3		1wolkt	-10	Silly	763,3	SD	4	bedekt	6	
Frankf. a. M.	767,0	ND	2Dunst	-10	Berdeen	768,3	WS	2	bedekt	5	
München	765,0		2bedekt	-7	Paris	764,0	ND	1	wolkt	-8	
Wien	765,9		2bedekt	-7							

**Wetterprognose für Freitag, den 23. Januar 1914.**

Wolkt, neblig, sonst ziemlich heiteres Frostwetter mit mäßigen östlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Stationen	am 21. 1.	seit 20. 1.	Stationen	am 21. 1.	seit 20. 1.
Wasserstand	21. 1.	20. 1.	Wasserstand	am 21. 1.	seit 20. 1.
Remel, Tüft	337 <sup>1)</sup>	-8	Saale, Großh.	210 <sup>1)</sup>	+2
Bregel, Jüterburg	167 <sup>1)</sup>	-7	Havel, Spandau <sup>2)</sup>	111 <sup>1)</sup>	+1
Weichsel, Thorn	84 <sup>1)</sup>	-8	Rathenow <sup>2)</sup>	136 <sup>1)</sup>	0
Oder, Raibitz	253 <sup>1)</sup>	-2	Spree, Spremberg <sup>2)</sup>	108	-2
Strossen	173 <sup>1)</sup>	-3	Beelitz	162 <sup>1)</sup>	+2
Frankfurt	300 <sup>1)</sup>	-25	Meiser, Rindon	178 <sup>1)</sup>	-10
Wartze, Schrimm	148 <sup>1)</sup>	-8	Rindon	320 <sup>1)</sup>	+6
Zandberg	238 <sup>1)</sup>	+32	Rhein, Maximiliansau	434	-8
Rege, Gordanm	118 <sup>1)</sup>	-5	Raub	259	-15
Eibe, Zeitmerig	-21	+13	Rain	306 <sup>1)</sup>	-25
Dresden	-128 <sup>1)</sup>	+8	Redar, Hellbronn	115	-12
Barb	102 <sup>1)</sup>	-3	Rain, Hanau	170 <sup>1)</sup>	-3
Magdeburg	92 <sup>1)</sup>	-2	Rojet, Trier	133	-43

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, - Fall. <sup>2)</sup> Unterpegel. <sup>3)</sup> Eisstand. <sup>4)</sup> Oberhalb der Stadt Eisstand. <sup>5)</sup> Treibeis.

**Erkältung erwärmt Santa Lucia** Stärkungs-Rotwein Nachahmungen bitte zurückzuweisen  
 Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Delikatesgeschäften.

**Theater und Vergnügungen**

Freitag, 23. Januar 1914.  
 Anfang 6 Uhr.

**Cines Palast am Zoo.** Varietés.  
 Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

**Cines Nollendorf-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

**Opernhaus.** Parfül.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** Die Jour-nalisten.

Deutsches. Viel Lärm um Nichts.  
 Kammerstücke. Freiheit.  
 Königgräber Straße. König  
 Richard III.

**Zirkus Busch.** Galavorstellung.  
**Zirkus Schumann.** Galavorstellung.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Mit dem Imperator nach New York.

Leitung. Bogmalion.  
 Deutsches Künstler-Theater.  
 Schilich und Gertraude.

Deutsches Opernhaus. Wandra-gola.  
 Deutsches Schauspielhaus. Der  
 zehnte Tag.

**Theater am Nollendorfpark.**  
 Fünfte Welt.

**Zirkus Busch.** Die spanische Hölle.  
 Mentis Operetten. Die verbotene  
 Stadt.

**Schiller O.** Was ihr wollt.  
 Schiller Charlottenburg. Bef'  
 dem, der lügt!

**Theater des Westens.** Polenblut.  
 Berliner. Wie einst im Mai.  
 Komödienhaus. Geschlossen.

Trianon. Anatoles Hochzeit.  
 Das. Die Langopinscheln.  
 Residenz. Hohheit — der Franz!  
 Metropol. Die Reise um die Welt  
 in 40 Tagen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
 Die Kinokönigin.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
 Königsgraben. Spezialitäten.  
 Apollo. Der Stolz der 3 Kom-pagnie.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Der Graf  
 von Charolais.

Anfang 9 Uhr.

**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Giepalast. Giepalast.  
 Cines Nollendorf-Theater. Varietés.  
 Lichtspiele.

**Eternwarte.** Invalidenstr. 57—62

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: **Polenblut.**  
 Sonnt. nachm. 3 1/2 U.: Der liebe Augustin

**Deutsches Künstlertheater**  
 Sozietät.  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 Kasse: Nollendorf 1383.

Freitag, 8 Uhr:  
 Schirin und Gertraude.

Sonntabend, 8 Uhr:  
 Der Bogen des Odysseus.

**Schiller-Theater O.** Berliner.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Was ihr wollt.  
 Sonntabend, abends 8 Uhr:  
 Web' dem, der lügt.  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
 Geschäft ist Geschäft.  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
 Web' dem, der lügt.

**Schiller-Theater** Charlotten-burg.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Web' dem, der lügt.  
 Sonntabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 Götz von Berlichingen.  
 Sonntabend, abends 8 Uhr:  
 Meyers.  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
 Andreas Hofer.  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
 Meyers.

**Theater in der Königgräzter Straße**  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**König Richard III.**

**Komödienhaus.**  
 Heute geschlossen.

**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
 Wie einst im Mai.

**Residenz-Theater** 8  
 Uhr:  
**Hohheit — der Franz!**  
 Russische Operette in 3 Akten von  
 Arthur Landberger und Bill Wolf.  
 Russ. von Robert Winterberg.  
 Morgen u. f. Tage: Hohheit — der Franz!  
 Sonntagmorn.: Schlafwagenkontrol.

**Theater am Nollendorfpark 5.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Prinzess Grell.**  
 Sonnt., 4 Uhr: Die Schiffbrüchigen.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 Uhr:  
 Berlin wie es weint u. lacht  
 Sonntabend, 4 Uhr: Robinson Crusoe.  
 8 Uhr: Berlin wie es weint u. lacht.  
 Sonntag, 3 Uhr: Der Schürzenjäger.

**Metropol-Theater.**  
 Abends prägte 7 Uhr 55:  
**Die Reise um die Erde  
 in 40 Tagen.**

**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger  
 No. 13!  
 Urkomische Burleske.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.  
 3 Uhr u. ermäß.  
 Preisen:  
 Eine Hochzeit in  
 der Müllerstraße.

**Passage-Panoptikum.**  
 Der unersättliche  
**Froschenschlucken.**  
 Halbständlich eine Mahlzeit  
 lobender Fische und Frösche.  
 Cols Experimente:  
 Aus dem Jenseits  
 Lebend!  
 Ohne Extra-Entree.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Deines Bruders Weib.**  
 Schauspiel in 6 Bild. u. 1 Vorsp.

**Walhalla-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr: Tangosieder.  
 Gr. Hofe m. Ges. u. Tanz in 3 Akten  
 von E. Urban. Russl. v. Hugo Hirsch.

**Brauerei Friedrichshain**  
 Täglich außer Sonnabends:  
**Das stimmungsvollste  
 Bayr. Bockbier-Fest.**

Mittwochs u. Donnerstags:  
**Elite-Tag.**

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**

Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Saarz  
 und Tegernsee und Zillerthaler Musikanten,  
 Dirig. Hans Starp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
 An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem  
 Eintritte.

**Neue Welt.**  
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.  
 Täglich:  
**Bockbierfest**  
 in den bayerischen Alpen.

Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree Sonntags 50 Pf.,  
 wochentags 7 Uhr. wochentags 30 Pf.  
**30 bayr. Madl. Tanzrad.**

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
 und Sonntag im Neuen Saal:  
**Großer BALL.**

**Unions-Brauerei, Hasenheide 22-31**  
 Heute beim Original-Münchener Bockbierfest  
**Großer Elite-Tag**  
 zum Besten der Ueberschwemmten an der  
 Ostseeküste  
 Matchiche usw. Außerdem  
 der weltberühmte  
**Preis-Tango-Tanz, Orig.-Münchener Schätler-Tanz**

**Voigt-Theater**  
 Badstraße 58.  
 Heute Freitag, den 23. Januar:  
**Der Bajazzo und seine Familie.**  
 Volksschausp. in 5 Akt. von D'Enners  
 und Journer.  
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
 Voranz.: Freitag, 30. Jan.: Benefiz für  
 Hrl. Kramer: Coss. d. Tocht. d. Pflanz.

**Folies Caprice.**  
 Anfang Der Kuckuck.  
 präzise Manöverschwindel.  
 8 1/2 Uhr Die Samuels.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 8 Uhr:  
 Mit dem „Imperator“  
 nach New York.

**Zirkus Alb. Schumann.**  
 Heute Freitag, den 23. Januar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Elite-Vorstellung.**  
 Das vollständig neue Januar-Programm.  
 U. a.:  
**Dir. Alb. Schumann**  
 mit seinen neuesten Schul- u.  
 Freiheitsdresuren.  
**Geschw. Blumenfelds**  
 Reitskünstlerinnen.  
**Crescendo und Forrest**  
 Musikal. Akt.  
**Original Little Freds**  
 kunstreitende Hunde.  
**Therese Reus**  
 dress. Elefant u. Ponys.  
 Zum Schluss:  
**„Tipp“**  
 der Derby-Favorit 1914.

**Zirkus Busch.**  
 Heute Freitag, den 23. Januar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Die frei an den  
 Jöpfen hängenden**  
 christlichen Quäler u. Jongleure  
 führen in dieser Lage die unglaub-  
 lichsten Belastungsproben vor.  
 Hierzu das große Gala-Programm.  
 Zum Schluss:  
**„Pompeji“**  
 Orig. Ausstattung-Vantomime  
 des Zirkus Busch in 5 glanz. Akten.

**Casino-Theater**  
 Leibnizstraße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Ein neues Berliner Volksstück:  
**Die olle Webern.**  
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!  
 Einziges Theater in diesem Genre!  
 Im Stil der alten Wallner-Bühne!  
 Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

**Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.**  
 Zum 300. Male u. letzte Vorst.:  
**Die Kino-Königin**  
 Operette in 3 Akten.  
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
 Morgen Sonntabend: **Premiere:**  
**Fraulein Trallala.**  
 Sonntag, 3 Uhr: Einmal Nachm.  
 Vorstellung: Die Kino-Königin.

**UT** Weinbergweg 16-17  
 Reickendorfer Str.  
 LICHTSPIELE

Heute!  
**Elite-Tag!**  
 Premiere  
 des Lustspiels  
**„Die Firma  
 heiratet“**  
 Werdegang eines  
 Berliner Mannequins.

**TRIANON-THEATER.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Anatoles Hochzeit.**

**Admiralpalast.**  
 Eis-Arena.  
 Täglich:  
**Die lustige Puppe.**  
 Großes Ballett auf dem Eis.  
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
 ab halbe Kassenpreise.  
**Wein- u. Bier-Abteilung.**  
 Zur den Inhalt der Zuzerate  
 übernimmt die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.

**APOLLO THEATER**  
 8 Uhr. Tel.: Lützow 2737 8 Uhr.  
 Zum 27. Male!  
**Der Stolz  
 der 3. Kompagnie**  
 mit  
**Hartstein**  
 als:  
**Musketier Distelbeck.**  
 Lachen ohne Pause!  
 Vorher:  
 das große Januar-Programm!  
 u. a. Bernhard Mörbitz,  
 — Rauchen gestattet! —







Reichstag.

107. Sitzung. Donnerstag, den 22. Januar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Nowicki (Poln.)

(auf der Tribüne unverständlich) bespricht sich über unzulässige Schließung der polnischen Arbeitervereine.

Abg. Dr. Haegh (Elfasser):

In den Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik muß festgehalten werden. — Mit der Steuerwirtschaft, wie sie jetzt im Reich betrieben wird, kann es aber nicht so weiter gehen, die neuen Reichsteuern haben große Zustimmung hervorgerufen. Das Reich sollte endlich die alte Forderung erfüllen, uns die bei der Steuererhebung für das Reich gemachten Ausgaben in vollem Umfange zu vergüten. — Elshag-Lothringen hat Handelsbeziehungen in der ganzen Welt; aber Konsulate haben wir nicht. — Die Ablehnung der Mosel- und Saaranalisation hat die Eisenindustrie Lothringens überaus geschädigt; man hat hier die Interessen Lothringens der preussischen Eisenbahnpolitik geopfert und den Interessen der Eisenindustrie des Ruhrgebietes. An der Mosel- und Saaranalisation hat auch die Eisenindustrie Luxemburgs ein großes Interesse. Man sollte den ablehnenden Entscheid wieder rückgängig machen. — Das Kaligeseh vom 9. Juli 1910 schädigt unsere lothringische Kalindustrie aus schwerster und hindert uns an der rationalen Bewertung der Milliarden von Schagen, die in unserem Boden liegen. Bei der Ausarbeitung einer Kalinovelles sollte man Ausnahmeregelungen zugunsten Elshag-Lothringens schaffen. — Für den Bau Elshag-Lothringens war das Jahr 1913 ein Jahr schlimmster Magerkeit. Das Reich sollte dazu beitragen, unsern Weinbau vor dem Ruin zu bewahren. Vor allem müßte die rigorose Handhabung des Reblausgesetzes aufgehoben, das unsere Weinbauern zwingt, Hunderttausende von Mark ganz nutzlos auszugeben. Dem Mittelstand sollte die Gesetzgebung zu Hilfe kommen. Unsere Sozialpolitik darf nicht pauperisieren. Es muß jetzt an den Ausbau der Reichsversicherungsvorschriften gegangen werden. Redner bringt schließlich besondere eifässige Wünsche für die Wirtschaftspolitik vor.

Reichsbankpräsident Havenstein:

Die Angriffe des Abg. Trendl gegen die frühere Diskontpolitik der Reichsbank kann ich nicht als gerechtfertigt anerkennen. Die Entwicklung der Verhältnisse hat der Diskontpolitik der Reichsbank recht gegeben. Erst im Laufe des Oktober, als sich die politischen Verhältnisse entspannten, war an eine Diskontermäßigung zu denken. Gewiß hat der frühere hohe Diskont die Unternehmungslust nicht gefördert, aber das war unter den damaligen Umständen kein Fehler. Das Dantiederliegen des Baumarktes ist nicht eine Folge unserer Diskontpolitik, sondern der ungenügenden Finanzierung der Unternehmungen. (Sehr richtig! links.) Eine Folge unserer Diskontpolitik ist ebenfalls, daß wir jetzt stark und unabhängig vom Ausland auf eigenen Füßen stehen. (Bravo!) Wir haben keinen Anlaß zu wünschen, daß die wirtschaftliche Lage sich sofort wieder im überhöhten Tempo hebt. Redner verteidigt das weitere ausführlich die Politik der Reichsbank, seine Darlegungen bleiben aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Werner-Giehn (Ant.)

erörtert Mittelstandsfragen. Gegen Schmutzkonkurrenz und Falschertum muß der Mittelstand geschützt werden. Einen ganz besonderen Abschaden stellen die Warenhäuser dar, durch welche der selbständige gewerbliche Mittelstand vernichtet wird. Mit allen Mitteln müßten die Warenhäuser unterdrückt werden. Das gleiche gilt von den Konsumvereinen.

Abg. Heine (Soz.):

Das Gesetz nach Verschärfung der Strafgesetze bei sogenannten Streikvergehen, nach dem Verbot des Streikpostens ist schon in Rede geworden. Seine Wurzel hat es in dem erwachenden Uebermut der reaktionären Richtung. Das Koalitionsrecht ist vor allem dadurch verhängt, weil es der

Ausfluß des selbständigen Geistes der Arbeiterklasse

ist. Die Herrenmenschen vom Schlage derer, die in Preußen jetzt groß tun, ertragen es nicht, daß das Volk selbständig mit Forderungen seine Interessen vertritt und sie mit Gewalt, Kraft und Zwangsmitteln durch seine Koalitionen vertreten will; die Herren, die es für gottgewollte Abhängigkeit erklären, daß der Unternehmer vorkreibe, wie der Angestellte zu wählen hat, wollen allenfalls zugestehen, daß ein Angestellter selbständig um Besserung seiner Lage bittet, aber nicht, daß er mit Zwangsmitteln der Organisation sie durchsetzen will. In dem Vorhof gegen das Koalitionsrecht ist ein bewußter volksfeindlicher Zirkel zum Ausdruck gekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die übrigen Leute laufen dann mit, und so wird es Mode, gegen das Koalitionsrecht zu setzen. Solche Zustände haben wir schon erlebt, die Mediziner nennen sie zirkuläre Zustände. Es tritt dabei schließlich Besserung ein, bis dann allmählich die Verärztlichkeit von neuem anfängt. (Heiterkeit.) Wir haben das erlebt, als ganz aus heller Haut ein hoher Herr eine Rede hielt, daß mit Zuchthaus bestraft werden müsse, wer andere an freiwiliger Arbeit hindere. Man schüttelte den Kopf und fragte sich: Was ist denn passiert? bis man dann erfuhr, daß der alte Bodelschwingh dem Redner erzählt hätte, einer seiner Reubanten sei nicht fertig geworden, weil die Maurer gestreikt hätten. Es fand sich dann auch ein Staatssekretär, der zwar zunächst ebenso verwundert über die Rede den Kopf geschüttelt hatte, dann aber doch dem Reichstage das Zuchthausgesetz vorlegte. Als der Reichstag diese Vorlage in den Papierkorb warf, ging es 14 Jahre auch ohne Zuchthausgesetz ruhig weiter, bis jetzt die Fische von neuem wieder beginnt. Wenn der Reichstag ruhiges Blut und klaren Blick behält und die Herren mit ihren Anträgen wieder dahin stopft, wohin sie gehören, in den Papierkorb, so werden wir wieder 14 Jahre ruhiger Verunft haben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich beitrete nicht, daß Gewalttaten vorkommen, und meine Parteigenossen haben verschiedentlich erklärt, daß sie bei Lohnkämpfen nichts unlieber sehen als Exzesse. Trotzdem kommen solche vor. (Zuruf rechts: Na also.) Exzesse kommen auch bei jeder Kirchweih vor. Wollen Sie deswegen Kirchweihen verbieten? Schlägereien kommen täglich in Gasthäusern vor. Wollen die Herren rechts deshalb den Schmapsauskan verbieten? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von den Dingen, die wirklich vorkommen, sind neun Zehntel nichts anderes als heftige Worte. So Gunderie und Lauende feiern, werden auch immer einige Leute von geringer Selbstachtung und gewalttätiger Natur darunter sein. Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß solche, die bei einem Streik sich zu Gewalttaten hinhängen lassen, schon vorherbestimmt sind; also nicht, die gewerkschaftliche Betätigung hat die Neigung zu Gewalttaten hervorgerufen. Die Gewerkschaften tun alles, was sie können, um solche Leute von verantwortungsvollen Stellen fernzubehalten. Aber natürlich kommen auch Mißgriffe vor. Der größte Teil aller Vorkommnisse ist jedoch

nichts Schlimmeres als einige derbe Worte. Wenn Unteroffiziere in der Kaserne und Gutsinspektoren auf dem Hofe loschimpfen, dann finden Sie das selbstverständlich, dann nennen Sie es erfrischende Jugendschick und übersäumende Volkskraft. Allerdings möchte ich auch vom Standpunkt der Arbeiter, daß solche Dinge unerblicklich, die ich aber bei dem Bildungsstande der Arbeiter entschuldbar finde. Das ganze ist eine Sache der Volksbildung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heben Sie die Volksbildung, so werden die derben und manöchal auch rohen Redensarten verschwinden. Die Arbeiterorganisationen sind seit Jahren an Werke, die Bildung ihrer Mitglieder, vor allem die der Jugendlichen zu heben. Stören Sie unsere Leute nicht bei ihren Jugendbildungsbestrebungen, so werden auch die Rohheiten bei Streiks aufgehoben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Außer der Bildung ist es auch eine Frage der Organisation und der Disziplin in der Organisation. Daß die wohlgeordnete Organisation allein instand ist, die Ausbrüche zu verhindern, und daß sie auch das größte Interesse daran hat, zeigt jeder Blick uns bei jedem Streik. So einmal ein Streikleiter sich hinreichend lassen, solche Ausschreitungen zu fördern, haben die zentralisierten Organisationen sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß der Mann nicht an seinem Platz gewesen ist. Uebrigens kommen derartige Dinge bei Streikleitern auch praktisch fast nie vor, vielmehr beginnt jeder Streik mit ernstern Mahnungen und Warnungen der zentralisierten Spitzen der Organisation, es nicht zu Ausschreitungen kommen zu lassen. Die Organisationen wissen sehr wohl den Wert eines friedlichen Verlaufes eines Streiks zu schätzen, sie wissen auch den moralischen Wert der öffentlichen Meinung für den Verlauf eines Streiks einzuschätzen.

Redner beweist die Geschichte all dieser Vorkommnisse, daß an den Ausschreitungen die organisierten Arbeiter nur in ganz verschwindend geringer Zahl beteiligt zu sein pflegen. Es sind meist außerhalb stehende, solche, die von der Disziplin der Organisation noch nicht erfaßt sind, die sich der Verantwortung der Organisation gegenüber noch nicht bewußt sind, raddalustige Elemente, die eine Freude daran haben, sich bei solchen Gelegenheiten einmal gehen zu lassen. Im Verhältnis zu der Zahl der Leute, die an Lohnkämpfen beteiligt sind, ist die Zahl der Exzesse bei Lohnkämpfen und die Schwere der Exzesse

in fortwährender Abnahme begriffen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere mich, daß als 1889 ein Bauarbeiterstreik in Berlin stattfand, von nur minimalem Umfange im Verhältnis zu den späteren Bauarbeiterstreiks und Ausperrungen, sich eine große Zahl zum Teil recht häßlicher Gewalttate dabei abspielte. Aber als 12 Jahre später hier in Berlin die große Bauarbeiterausperrung war, an der 20 bis 30 000 Leute beteiligt waren, ist nicht ein einziger derartiger Exzesse vorgekommen, obgleich die Ausperrung wochenlang dauerte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Folge der inzwischen eingetretenen Erstarbung der Organisation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als Volksbildung und Organisation sind die einzigen Mittel, um Exzesse bei Streiks zu verhindern. Mit Strafgesetzen erreicht man da gar nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Alles, was die Organisation erschwert, den Einfluß der Leitenden sabiniert, fördert die Exzesse bei solchen Gelegenheiten. Die Ausschreitungen treten immer erst dann ein, wenn die Arbeiter von einer Art Verzweiflung daran erfaßt sind, daß sie auf geordnetem Wege den Sieg nicht erreichen, und diese Verzweiflung faßt sie hauptsächlich dann, wenn sie die

parteiliche Stellungnahme der Behörden

gegen sie sehen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Das ist es in erster Reihe, was ihre Empörung erregt. Sie sagen sich, Recht wird uns doch nicht, also brauchen wir Gewalt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und daß ihnen bei derartigen Lohnkämpfen Recht von seiten der Behörden nicht wird, daß die Behörden sich vom ersten Tage an fast ausnahmslos auf seiten der Arbeitgeber, der Streikbrecher stellen, diese unterstützen oft in einer ganz ungleichmäßigen Weise, das beweist die ganze Geschichte der Lohnkämpfe im letzten Jahrzehnt für jeden, der sich nicht blind stellt dagegen. Ich erinnere an den Kohlenarbeiterstreik in Lothringen auf den Kupferminenwerken, aus welchen nachher die bedauerlichen Aufstände und Zusammenstöße mit der Polizei entstanden sind. Es wäre zu den Gewalttaten damals nie gekommen, ohne das bis zur Lächerlichkeit einerseits und bis zur Provokation andererseits ungeschickte Auftreten der Polizei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Stellt es doch die Polizei für notwendig, jeden Wagen der bestreiten Firma, auf dem sich Streikbrecher befanden, in der auffälligsten Weise durch zehn Schulkente gerabe um die Zeit durch die Straßen begleiten zu lassen, wo Tausende von Arbeitern während der Mittagszeit sich auf den Straßen befanden. Aber es ist ja bei jedem Streik so, daß die Behörden sich nicht etwa unparteilich verhalten, sondern unter dem Vorwand, es handle sich um Schutz von Ordnung und Ruhe, sich auf die Seite der Arbeitgeber stellen, denen sie Streikbrecher zuführen und deren peluiniäre Interessen sie vertreten, daß sie zum Teil mit den raffiniertesten ausgedachten Mitteln und auf den unehrlichsten Umwegen die Arbeiter zu schädigen suchen.

Vizepräsident Dove:

Ich möchte doch bitten, nicht eine so generelle Kritik an dem Verhalten der Behörden zu üben.

Abg. Heine (fortfahrend):

Ich bin gern bereit, diesen Vorwurf einzuschränken auf die Fälle, wo es wirklich vorkommt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es war ein früherer Staatssekretär, jetziges Mitglied des Hauses, der die Streikbrecher als

besonders nützliche und für den Staat wertvolle Elemente

bezeichnete. Das sagt ein Vertreter desselben Staates, der in dem Offizierskorps und der Beamtenhaft den stärksten Korpsgeist und das entschiedenste Solidaritätsgefühl förmlich züchtet und die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Stande fordert. Ich habe gar nichts dagegen, daß dies Solidaritätsgefühl auch von Beamten und Offizieren gefordert wird, ich finde das sogar schön. Dann mag man aber daselbe auch den Arbeitern gestatten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Streikbrecher dagegen sind ganz anders zu beurteilen, wie der Herr es seinerzeit getan hat. Ich gebe zu, auch unter den Streikbrechern sind Leute, die aus Rot, zum Teil aus großer Not handeln. Ich will nicht einmal fragen, ob diese Rot immer unerschuldeter ist. Es sind oft Trinker, Degenerierte, und die Grenze zwischen verschuldeter und unverschuldeter Rot ist in unserer Gesellschaft sehr schwer zu ziehen, die unverschuldete Rot soll ebenso unterstützt werden. Aber hat unverschuldete Rot jemals als Rechtfertigungsgrund gegolten, wenn ein einzelner gegen die Moral, gegen die Pflichten seines Standes verstoßen hat? Denken Sie an die armen kleinen Beamten, die wenn sie eine geringfügige Unterschlagung begehen, sich fast immer in größter Not befinden, und die doch die fürchterlichste Strafe trifft, wenn sie sich einer kleinen Pflicht, Dienstwidrigkeit schuldig gemacht haben, nicht nur schwere Gefängnis- oder Zuchthausstrafe, sondern die rückwärtslose Austreibung aus ihrem Stande. Ein Streikbrecher ist in der größten Mehrzahl der Fälle weit schlimmer, als solch ein kleiner Beamter. In der Zeit, wo die Arbeiter, die Kollegen, sich auf den Kampf vorbereiten, täglich von ihrem Lohn etwas beisteuern, steht er zur Seite und hält seine Hand auf die Taschen, steuert nichts bei. Bringt dann

aber der Kampf aus, legen sich die andern große Entbehrungen auf, die die gemeinliche Sache zu fördern, dann fällt sich der Streikbrecher zum zweitenmal die Tasche, denn die Arbeitgeber zahlen ihm dann mit Freuden den doppelten Lohn, während sie ihren alten Arbeitern auch die geringste Aufbesserung verweigern. Der Streikbrecher liegt auf der Lauer in solchen Zeiten. Sucht man an sein Gewissen, an seine Ehre zu appellieren, macht man ihm klar, daß das Sprichwort: „Weiß Brot ich esse, weiß Lied ich singe“

die größte Lumperei

ist, die in der Welt gefagt worden ist, dann demunziert der Streikbrecher seine Berufskollegen und bringt sie ins Gefängnis. Fällt aber der Kampf trotz seines Verrats siegreich aus, so zieht auch der Streikbrecher die Früchte davon, und das Gesetz schüßt ihn davor, daß diejenigen, denen er in den Rücken gefallen ist, nachher seine Entfernung vom Arbeitsplatz durchsetzen.

Das alles gilt schon von den gewöhnlichen Streikbrechern, aus Feigheit, aus Rot, aus Egoismus, aus Gleichgültigkeit. Nun gibt es aber seit einer Reihe von Jahren Streikbrecher aus Beruf, eine besondere Klasse von Leuten, die nichts als Streikbrecher sind, die für diesen Zweck eigens erzogen und geistig forumpiert worden sind. Es gibt Streikbrecheragenturen, die in dem Raabiter Prozeß durch die Gefändnisse, die der Herr Hingye einem Schriftsteller gemacht hat, zur Genüge charakterisiert worden sind. Hingye sagte damals von seinen Leuten: es reißt sie, daß sie unter den Augen der Polizei ungestraft loslaufen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie dies Gefindel sich betragen hat, dafür habe ich hier einen Beweis, einen

mit Sand gefüllten Gummischlauch,

der an beiden Enden ein schweres eisernes Gewicht hat. Mit diesem barbarischen Instrument hat dies Gad in Gegenwart der Polizisten auf arretrierte Streikende losbrechen dürfen. Die Polizisten haben dabei gestanden, und wenn einer seine schweren Bunden hatte, dann haben sie gesagt: „Nun ist es aber genug“. (Stürmisches Hört! hört! und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.) Ich brauche gewiß nicht gern starke Ausbrüche, aber hier würde ich meine Pflicht verlegen, wenn ich nicht sagen würde,

daß das Lumpengefindel ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und dies Lumpengefindel, das sind die nützlichen, den Staat wahrhaft fördernden Elemente des Grafen Kosadowsky (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die Schlinge des Grafen Westarp, des Hanjabundes und leider auch der Justiz.

Im vorigen Frühjahr hat in Solingen eine Ausperrung bei der Firma Rautebach stattgefunden. Die hatte sich auch solche Streikbrecher auf Profession kommen lassen. Ich habe hier ein Album und einige der von diesen Leuten benutzten Burfgeschosse. Diese Streikbrecher befanden sich abends in den Räumen des Fabrikherrn, denn kein ausländischer Gastwirt nahm sie auf, weil jeder wußte, was er von ihnen zu fürchten hatte. Da ergaben sie sich bei den Fabrikanten dem Seuff, wurden ärkerst laut, zogen auf die Straße und warfen vom Fenster oder vom Tore der Fabrik aus mit Eisenstücken und Stein in den mitten unter das ruhige Publikum, schossen, demolierten die gegenüberliegenden Häuser und Läden. Hier haben Sie die Photographien, wie es auf der Straße nach diesen Szenen, die die Leute ohne jede Reizung ausgeführt hatten, aussah. Die Behörden tragen eine starke Verantwortung, wenn sie immer wieder die

Ausrüstung der Streikbrecher mit Schußwaffen

genehmigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So kommt es, daß die Streikbrecher sich rühmen können: „Wir können einen totschlagen, es kommt nicht danach“. So kommt es zu solchen Szenen wie in Kärnberg zu der Ermordung des Fleischmann durch den Streikbrecher Ziel. Er schoß ihn, der ihm nicht das geringste getan hatte, aber den Hausen, aufgelegt durch den Fabrikanten Maurer, der ihm gesagt hatte: „Weiß doch hinaus und hau sie zusammen. Euch geschieht ja doch nichts!“ (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sechs Streikende waren da und 100 Streikbrecher in geschlossenem Zuge, die sich wahrhaftig vor einem Angriff nicht zu fürchten hatten. Aber als der Wörder von der Polizei festgenommen wurde, und am nächsten Tage sagte: „Ich bin in Rotwehr gewesen“, ließ man ihn auf der Stelle auf Grund dieser offenkundigen Lüge aus der Haft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und als man sich nach wenigen Zeugnisausagen überführt hatte, daß von Rotwehr keine Rede sein konnte, war er natürlich längst über die Grenze. Und was es im Falle Brandenburg bei Stettin anders? Man muß freilich das

Wohin eines freikonservativen Zeitungredakteurs

haben, um zu behaupten, daß dieser Fall, wo ein harmloser Mensch durch einen Streikbrecher, der sich vorher schon gerührt hatte, daß er diese Tat beabsichtige, ohne Grund über den Hausen gestochen worden ist, eine Folge der sozialdemokratischen Ausschreitungen sei.

Wirkliche Exzesse kommen allerdings vor bei Streiks, aber doch in verschwindender Zahl, und sie sind sehr häufig durch die Streikbrecher hervorgerufen. Wegen solcher Exzesse aber reichen die Strafgesetze vollkommen aus. Wegen bloßer wörtlicher Beleidigung wird Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verhängt, bei tätlicher Beleidigung bis zu zwei Jahren, bei einfacher Körperverletzung bis drei Jahre. Ist die Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs, als solches gilt schon ein Bierflüß, oder von mehreren gemeinsam begangen, so beträgt die Strafe zwei Monate bis fünf Jahre Gefängnis. Die Rüttigung, Bedrohung mit Verbrechen oder Vergehen, zu dem Zweck, jemand zu Verhandlungen zu zwingen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Schon 1899 hat Herr Wasser-mann hier gesagt, er finde diese Rechtsprechung sehr bedenklich, die einen Arbeiter, der zwecks Erlangung höherer Löhne mit Arbeitseinstellung droht oder sich weigert, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, wegen Erpressung bestraft. Daß diese Rechtsprechung bedenklich ist, hat inzwischen auch die Reichsregierung eingesehen, denn in der kleinen Strafgesetznovelle wird der Versuch gemacht, das Gesetz anders zu formulieren. Der Herrler liegt darin, daß der Versuch, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen, schon dann als vorliegend angesehen wird, wenn das Verlangen ein solches ist, auf das ein rechtlicher Anspruch nicht besteht. Es wollen z. B. Arbeiter nicht mit einem Nichtorganisierten zusammenarbeiten. Das Gericht beduziert dann, sie wollen ihn veranlassen, ihrer Organisation beizutreten, was meist gar nicht zutrifft, da sie mit ihm überhaupt nichts zu tun haben wollen; weiter heißt es dann, sie wollen also für die Organisation die Beiträge, also einen rechtswidrigen Vermögensvorsprung haben. So wurde ein Polier, der leblich des lieben Friedens willen einem Nichtorganisierten zuredete, doch in die Organisation einzutreten,

wegen versuchter Erpressung mit Gefängnis bestraft.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen haben wir in unserem Antrage verlangt, daß es sich bei der Erpressung um einen Vermögensvorsprung handeln muß, der dem Rechte zuwiderläuft. Unser Antrag will auch, daß die Ankündigung der Arbeitsniederlegung, also einer durchaus im Rahmen der Vertragsverhandlungen notwendigen Handlung oder Unterlassung, nicht als Drohung angesehen werden kann. Alle, die in das allgemeine Gesetz über die Notwendigkeit der Verschärfung der Strafgesetze gegen Streiks und Streikausperrungen einstimmen, sollten doch



lagen, was für Gesetzesbestimmungen sie denn vorschlägen. In Wahrheit gehen die Gerichte, die doch wirklich nicht lauft mit den Streikenden umbringen, noch nicht an die Hälfte der Höchststrafe heran. Die Höchststrafen sind ebenso wahrhaftig hoch, daß die wirklich erkannten Strafen sich im ersten Drittel bewegen. Wozu also da noch eine Verschärfung der Strafbestimmungen? Wollen die Herren überhaupt ein neues Strafgesetz, so müssen sie sagen: Körperverletzung, Verleumdung, Bedrohung, Erpressung, werden, wenn sie von streikenden Arbeitern und aus Anlaß von Lohnkämpfen auf Veranlassung der Koalitionen begangen werden, mindestens mit der Hälfte der Höchststrafe belegt, wenn sie von Arbeitgebern oder von Streikbrechern begangen werden, bleiben sie straffrei. Bringen Sie ein solches Gesetz ein, so ist das wenigstens ehrlich, und wir sind es zufrieden. So lange Sie aber nicht sagen, was für Bestimmungen Sie wollen, ist alles nur ein Gerede, um die Öffentlichkeit irre zu führen. Die Scharmacher wollen freilich nicht offen sagen, daß sie die Arbeiter hindern wollen, höhere Löhne zu verlangen. Deshalb reden sie vom Schutz der Arbeitswilligen. Das ist aber Schwanzel. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat wiederholt erklärt, sie wolle kein Ausnahmengesetz, sondern ein neues Recht in das allgemeine Strafgesetz hineinbringen. Nötigung soll künftig strafbar sein, wenn mit einem rechtswidrigen Verhalten gedroht wird oder wenn jemand genötigt werden soll zu einem Verhalten, zu dem er rechtlich nicht verpflichtet ist. Wenn der Arbeiter also unter der Androhung der ArbeitsEinstellung höheren Lohn fordert, so kann der Richter darin ein rechtswidriges Verhalten finden, und er wird es finden, wenn eine Arbeiterorganisation es getan hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also das, was jede Koalition tun muß, wenn sie nicht auf jede Tätigkeit verzichten will, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht. Ich will hier

#### die Öffentlichkeit warnen,

die bis weit in die Parteien der Linken hinein nicht genug auf dem Wachen ist. Das neue Strafgesetzbuch bildet eine Gefahr für die Rechte der Staatsbürger und das Koalitionsrecht. Und die Gefahr ist umso größer, als das neue Strafgesetzbuch in seinen allgemeinen Bestimmungen eine ganze Reihe von Fortschritten bringt. Man kann nicht früh genug Sturm blasen gegen solche gemeingefährlichen Bestimmungen. Ein Ausnahmengesetz bleibt ein Ausnahmengesetz, auch wenn es in ein sogenanntes Gesetz hineingearbeitet ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist nur noch gemeiner!)

Hinzu kommt, daß § 153 der Gewerbeordnung bereits ein Ausnahmengesetz ist. Formell richtet er sich auch gegen Arbeitgeber, angewendet wird er nur gegen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er zielt darauf ab, die Streikbrecher zu schämen und das Koalitionsrecht lahmzulegen. Was kann ein Koalitionsrecht leisten, wenn die Koalitionen nicht für ihre Sache und Ueberzeugung werben können, und wie kann man werben, ohne den Appell an das Gewissen und die Furcht, also ohne Drohung und ohne eventuelle Ehrverletzung — auch diesen Begriff haben unsere Juristen geschaffen. Wir verlangen deshalb

#### Aufhebung des § 153.

Nur zwei Fälle der Verurteilung auf Grund dieses Paragraphen will ich anführen. Ein Gewerkschaftsbeamter ging in die Wohnung eines Streikbrechers, um ihn vernünftig zu reden. Er traf nur die Frau des Arbeiters und diese redet recht provozierend: Ein Hund, wer meinen Mann einen Streikbrecher nennt. Der Gewerkschaftsbeamte ließ sich hinrichten zu sagen: Er ist doch einzeln und erbielt hierfür vier Monate Gefängnis. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In Magdeburg verhandelte ein Gewerkschaftsbeamter im Streikbureau mit einem Streikbrecher. Inzwischen sollen im Vorraum andere Streikende Schimpfwörter gebraucht haben, und nun denunzierte das Gericht, der Gewerkschaftsbeamte hätte die Worte gehört und mindestens eventuell in sein Bewußtsein aufgenommen, daß dem Streikbrecher Unrecht geschehen könne. Infolgedessen wurde er als Mittäter der Verleumdung zu Gefängnis verurteilt. Wollen Sie bei solcher Auslegung noch behaupten, daß neue Strafbestimmungen notwendig sind? Der Antrag Westarp wendet sich vor allem gegen die Streikposten. Alle gewerkschaftlichen Arbeiter aller Richtungen werden mir zustimmen, daß das

#### Streikpostenstehen für die Arbeiter unentbehrlich

ist. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen das Streikpostenstehen als ein Recht der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wer ihnen dieses Recht verweigert, ist ein Feind der Arbeiter. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Herr Köhling verlangte eine besondere Ausbildung der Polizeibeamten zur Beobachtung von Streikposten. Das ist ganz unnötig, den Polizeibeamten ist es niemals eingefallen, in Streikposten, die sich ruhig und bescheiden benehmen, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung zu erblicken, bis sie von ihren Vorgesetzten eigen instruiert wurden, sie hätten unter Verurteilung auf die Gefährdung des Straßenverkehrs gegen Streikposten vorzugehen. Das Kammergericht hat entschieden, daß es nicht darauf ankommt, ob die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung wirklich gefährdet worden sind, sondern ob der Schutzmann sie für gefährdet hielt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Kapitalisation der Rechtsprechung vor dem Schutzmann. Man will eben das Streikpostenstehen verhindern, einer der ehrgeizigsten Herren hat ja jüngst auch gesagt, man solle sich nicht mehr auf die Straßenpolizeiordnung berufen, sondern frisch, kräftig und frei das Streikpostenstehen verbieten. Man will damit auch das Streikpostenstehen verbieten, das notwendig ist zur Herstellung des Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Arbeitgeber kann durch tausend Kanäle Arbeiter heranziehen, er bedient sich dazu auch der

#### Menschenhändler,

dem nichts anderes sind die Streikbrecherbrennmitter. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter dagegen kann nur durch die Aussprache von Mund zu Mund auf die anderen Arbeiter einwirken. Diese Einwirkung ist erlaubt und muß erlaubt bleiben. Wer das Appellieren an das Gewissen verbietet, will, daß lieber offen und ehrlich sagen, wir verbieten das Streiken. Das Verbot des Streikpostenstehens ist eine einseitige, ungerechte Unterdrückung der Arbeiter gegenüber der Unternehmer, eine Vortnahme im Lohnkampf für das Kapital gegen die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Charakteristisch ist, daß die Scharmacher auch fordern, den § 82 des V. G. M. gegen Arbeiterkoalitionen anwendbar zu machen, die keine Rechtsfähigkeit haben. Wo sie einen Vorteil von der Rechtsfähigkeit haben könnten, bezweckt man sie ihnen, man will sie ihnen auflegen, wenn sie Schaden davon haben. Wenn das kein Ausnahmengesetz ist, schlimmer Art ist, gibt es überhaupt kein Ausnahmengesetz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings haben wir schon solche Vorgänge. Gewerkschaften sind im allgemeinen nicht drohbar. Wer sie bestiehlt und betrogen hat, kann sich keines Gewinnes erfreuen. Aber verklagt kann eine solche, nicht rechtsfähige Vereinigung werden. Wir haben also in dem unter Mitwirkung eines hoch sozialpolitischen Staatssekretärs zustande gekommenen Gesetzes bereits eine solche Ausnahmeregulierung. In Worten, die Gewerkschaften verhängen, werden gegen die Sitten verstoßende Handlungen gesehen, namentlich, wenn die Aufzählung sich an das allgemeine Publikum richtet. Ein Gericht hat erklärt: der Appell an das Solidaritätsgefühl der großen Menge ist eine ungesetzliche Handlung. (Lebhaftes Hört! Hört!) Der Arbeitgeber aber, der aus reiner Willkür das Koalitionsrecht vernichten will, handelt nicht ungesetzlich.

#### Das ist unverfälschte Klassenjustiz.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn in einem Streik- oder Erpressungsfall beleidigende Worte für den Arbeitgeber

gebraucht werden, wird das als ungesetzlich angesehen. Als katholische Zeitschrift eine liberale Zeitung mit verben Worten in Verurteilung erklärt, fand das Gericht keinen Verstoß gegen die guten Sitten darin, denn die Herren seien diese Androhungsworte gewohnt. (Hört! Hört!) Wir verlangen, daß auch die Sprechweise der Arbeiter respektiert wird. Arbeitgeber können sich Angriffe gegen die Arbeiter gestatten, ohne daß von Terrorismus die Rede ist. Dabei handelt es sich längst nicht mehr bloß um Arbeiter, sondern auch um höhere Angestellte. Ich erinnere an den Bund der technisch-industriellen Beamten, an den Bankbeamtenverein usw. Die Unternehmer zwingen die Angestellten auch, in die gelben Gewerkschaften einzutreten, ja, sie ziehen die Beiträge dafür vom Lohn ab. Das ist in mehrfacher Hinsicht strafbar, aber kein Hund und kein Hahn laßt danach. Unsere Presse hat erst jüngst Stürmergeschreie von Arbeitern veröffentlicht, die hierunter leiden. Die Staatsanwaltschaft hat keine Veranlassung genommen, gegen die Arbeitgeber einzuschreiten. Dabei erfolgt Strafverfolgung wegen Erpressung auch ohne Antrag. Das geschieht aber bei uns nur gegen Arbeiter. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Internermentum bedient sich ganz ungeniert der Verurteilung. Unser Kollege König wurde in Remscheid auf die schwarze Liste gesetzt und mußte landflüchtig werden. Dabur ist er in die sozialdemokratische Agitation hineingekommen und auf diesen Ehrenplatz, den das Volk zu vergeben hat. Jetzt rechnen Sie sich aus, was Sie auf diesem Wege erreichen. Eine Arbeiterklasse, die unter dem Gefühls der allgemeinen Entrechtung leidet, der man das Recht vorenthält, das jedem anderen Staatsbürger gewährt wird, kann nicht anders als

#### erbittert und voll Haß

sein. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und diesen Haß läßt alle, die das Koalitionsrecht angreifen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer diesen Haß läßt, wird Sturm ernten. (Eruciter lebhafter Beifall.) Die Fabrikanten benutzen die schwarzen Listen sogar gegen die Streikbrecher, um die in ihren eigenen Betrieb zu stellen. Das ist geradezu diabolisch, das ist ein unerhörtes Mißbrauch. (Lebhaftes Zustimmung.) Da kann von einer Abwehr keine Rede mehr sein, da handelt es sich um eine bewußte Tendenz zur Verhöhnung der Arbeiter. (Sehr richtig!) Wenn Arbeiter unter der Drohung mit der Hungerpeitsche sich verpflichten, einer Organisation nicht anzugehören, so hat das juristisch gar keinen Wert. Und doch hat ein Richter in öffentlicher Gerichtsitzung einen Arbeiter, der trotz eines solchen erzwungenen Reverses der Organisation beigetreten war, als ehrlos bezeichnet. (Lebhaftes Hui!) Aber gegen den Arbeitgeber, der ihm den Revers abgepreßt hatte, erhob er nicht den leisesten Vorwurf. Das fand er ganz in der Ordnung, obwohl er wissen mußte, daß dieser Revers null und nichtig ist. (Lebhaftes Hui!) Diese in der Schein der Gesetzlichkeit sich verheißende Gewalt, eitelhafter wird sie noch, wenn sie mit der Religion verbunden wird. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) So verlangte eine Firma, daß ihre Arbeiter aus dem christlichen Metallarbeiterverbande austreten sollten, weil das dem Willen des Heiligen Vaters, wie er in der Enzyklika Singularum quadam zum Ausdruck gekommen sei, widerspreche, und auch die Hauptstelle Deutscher Arbeiterverbände äußerte sich in diesem Sinne. Wenn es gilt, den Arbeitern den Hals umzudrehen, da werden diese Herren mit einem Male fromm und besot, diese Heuchler. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Terrorismus der Arbeitgeber richtet sich nicht nur gegen ihre Arbeiter, sondern auch gegen andere Arbeitgeber. Aber nur formell richtet sich der § 153 der Gewerbeordnung auch gegen Arbeitgeber, denn bei ihnen kommt persönliche Einwirkung auf Außenstehende nicht in Betracht, sie können einem Arbeitgeber, der sich ihnen nicht anschließt, die Kundenschaft durch indirekte Einwirkung abhandeln. Freilich fallen auch die Vereinbarungen und Einforderungen von Konventionalstrafen unter § 153. Während aber bei Arbeitern die Einziehung von Gewerkschaftsbeiträgen noch als Erpressung angesehen wird, hat man noch nie etwas davon gehört, daß Arbeitgeber wegen ihres Vorgehens gegen andere Arbeitgeber bestraft worden wären. Hier fehlt den Herren nämlich immer

#### das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit.

Ein Arbeiter ist immer so gebildet, daß er dieses Bewußtsein hat, ein Arbeitgeber aber und, wie wir inzwischen auch erlebt haben, ein Oberst, hat nie das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In den 23 bis 4 Fälle bekannt geworden, wo Arbeitgeber sich in den Pflichten des § 153 versagen haben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da wundert man sich, wenn wir bittere Worte über Klassenjustiz brauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt hat sehr viel Verständnis für Solidaritätsgefühl bei den Arbeitgebern, wenn Arbeiter ebenso handeln, werden sie dagegen mit Gefängnis bestraft.

Sogar die Gesetze selbst werden zum Terrorismus mißbraucht. J. V. die Zwangsbeschlagnahme der Innungen. 10 Jahre hat es gedauert, bis der preussische Handelsminister sich dazu aufgerafft hat, diesen Mißbrauch zu verbieten. Aber die Innungsmeister kümmern sich auch jetzt noch den Teufel um das Verbot.

#### Das sind nur

#### einige Stichproben für den heutigen Zustand.

Die Gesetze sind derartig scharf, die Strafen so unbillig hoch, daß jede Verschärfung sinnlos wäre. Britan hatte vollständig recht mit den Worten: die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie es anwenden, werden sie bestraft. Ebenso recht hatte jener Gewerkschaftsführer, der mir einmal sagte: wir stehen immer mit einem Fuße im Gefängnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Abg. Wassermann hat schon 1899 im Reichstag gesagt: „Gegenüber einer derartigen ergründeten Rechtsprechung ist allerdings die Frage erlaubt, ob es notwendig ist, noch weitere Strafmittel zu gewähren. Wenn die Rechtsprechung mit der Erpressung sich so weiter entwickelt, ist es klar, daß ein großer Teil des Koalitionsrechts in Frage gestellt ist. Sehr oft wird beim Strafmah das richtige Maß nicht eingehalten.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Was Herr Wassermann vorausgesagt hat, ist eingetreten. Die Art der Rechtsprechung hat sich inzwischen in damals nicht gedanktem Maße weiter befestigt, und ist immer einseitiger gegen die Arbeiter geworden.

Der jetzige Zustand bedeutet bereits eine Entrechtung der Arbeiterkoalitionen an allen Ecken und Enden und eine

#### Förderung des Terrorismus der Arbeitgeberorganisationen

gegen die Arbeiter und Arbeitgeber. Nicht eine weitere Einschränkung, sondern eine weitere Sicherung des Koalitionsrechts durch neue Gesetze ist notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gilt, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu stabilisieren wie einen rocher de bronco als Grundlage des Rechts und der Existenz der Arbeiter. Am 10. Dezember 1912 hat nun der Staatssekretär des Innern dem stammenden Reichstag bewiesen, daß es im Grunde gar kein Koalitionsrecht gäbe. Das ist die Art der Verwaltungsjuristen: wovon ein Geiz nicht ausdrücklich steht, daß es erlaubt sei, existiert für sie nicht. Nun ist gewiß in keinem Gesetz mit ausdrücklichen Worten gesagt: der deutsche Arbeiter hat das Koalitionsrecht. Aber das braucht auch gar nicht gesagt zu werden. Denn das Moralische verpflichtet sich immer von selbst. Daß die Staatsbürger sich zur Erlämpfung gemeinsamer sittlicher nicht verwertlicher Ziele zusammenschließen, ist nicht ihr Recht allein, sondern ihre Pflicht. Der einzelne ist der Uebermacht des Kapitals gegenüber nicht. Er hat nicht das Recht, seinen persönlichen Vorteil höher zu stellen als das Interesse der Gesamtheit. Es liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft, daß das Eigeninteresse des Allgemeinwohl untergeordnet ist, daß ein solcher Gemeinwohl

aus dem Volke heraus sich erzeugt und nicht erst von oben vorgeschrieben zu werden braucht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

#### Auch der Kampf der Arbeiter um mehr Brot ist

#### ein sittlicher Kampf,

er bedeutet mehr körperliche und moralische Gesundheit, höheres Menschentum. Ist so das Koalitionsrecht eine soziale Notwendigkeit, dann ist es ein selbstverständliches Naturrecht jedes Staatsbürgers. Es folgt daraus, daß es zwar in seiner Ausübung durch Gesetze an bestimmte Grenzen gebunden werden kann, aber es folgt daraus auch, daß es nicht ein Gegenstand der Willkür sein kann, weder der Behörden noch der einzelnen, und daß es nicht durch disziplinarische Verbote und Privatrecht aus der Welt geschafft werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So gut wie eine Verpflichtung zur Ehelosigkeit nichtig ist, wie ein Vertrag, durch den ein Mädchen seine Ehe verkauft, nichtig und unsittlich ist, wie ein Verzicht auf das Wahlrecht zu öffentlichen Körperschaften nicht als verbindlich anerkannt werden kann, ebenso ist ein Vertrag, durch den jemand auf die Ausübung seines Koalitionsrechtes verzichtet, unwirksam, gegen die guten Sitten; eine Handlung, die darauf abzielt, das Koalitionsrecht durch Vertrag und Zwang, und wenn es auch ein Vertrag mit dem Staate wäre, auszuhebeln, ist ungesetzlich und unsittlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb verlangen wir in unserer Anfrage, dies ausdrücklich im Gesetz auszusprechen. Wir verlangen aber weiter, daß das

#### Koalitionsrecht ausgebeutet wird

auf die Kategorien von Angestellten, denen es bisher bestritten wird, vor allem auf die Landarbeiter, die Diensthofen, Schiffsleute, Staatsarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Beamte. Stören sie sich nicht an den Gedanken, daß solche Arbeiter eines Tages mit Hilfe des Koalitionsrechtes in den Streik treten könnten, der für den Staat bedenkliche Folgen haben könnte. Mag der Staat sich mit seinen Angestellten so stellen, daß eine derartige Entwicklung nicht eintritt. Die Beamten und Staatsarbeiter werden ja nur im äußersten Notfall zu dem Mittel des Streiks, also zum Austritt aus ihrem Dienst greifen. Die Angst vor dem Staatsarbeitertreue ist daher die reine Chimäre. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Ein Märchen ist es, wenn man behauptet, die Koalitionen kreierten um des Streiks willen. Ich leugne weiter aber nicht, daß es einen Zwang von Arbeitern gegen ihre Berufsgenossen gibt, sich der Koalition anzuschließen. Aber ich frage die Herren, die für den ständischen Staat schwärmen: Wollen Sie auch nicht Zwangsorganisationen? Wollen Sie nicht das ganze staatliche Leben in solche Zwangsorganisationen einrichten? Was sind denn die Zwangsinstitutionen anders als Zwangsorganisationen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Organisationen haben ja auch nur einen Wert, wenn alle Beteiligten sich ihnen anschließen. Es ist nicht zu umgehen, daß eine Organisation, die kräftig sein will, darauf hält, möglichst alle Arbeitsplätze in einem Betriebe, wo sie herrscht, zu belegen. Nur so kann sie Einfluß ausüben, und das ist doch ihr Zweck. Ich befrage es auf das tiefste, wenn die Konkurrenz verschiedener Organisationsformen zur Reibung führt, ist sehr darin einen nutzlosen Kräfteverbrauch und hoffe, daß die

#### Seit einmütigen Zusammenarbeiten aller Arbeiter

kommen wird. Der Kampf gegen die Zulassung der Richtorganisationen und der Gelben zu den Arbeitsplätzen ist aber eine Lebensfrage für jede Organisation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf beruht auch die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker. Wenn es vorgekommen ist, daß Arbeiter sich gewaltsam der unerwünschten Elemente aus den Gelben und Unorganisierten entledigt haben, so war der Hauptgrund immer die Furcht vor den Wissenschaftlergeheimnissen und Denunziationen dieser Elemente. Ihre Bekämpfung ist für die Arbeiter ein Gebot der Sicherheit und der Reinlichkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sagt man, die individuelle Freiheit könnte zu kurz kommen durch die Erhaltung der Macht der wirtschaftlichen Organisationen. Aber was ist das für eine Freiheit, sich vom Arbeitgeber zwingen zu lassen, dem gelben Verband beizutreten oder sich in die persönlichsten Dinge hineinzubringen zu lassen. Kein heuchlerisches Lied, als wenn die Anhänger des kapitalistischen Staates von der individuellen Freiheit singen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was wird denn in dieser Gesellschaft aus dem Arbeiter, dem nicht eine Organisation zur Seite steht? Er ist der Kuli, der Sklave seines Arbeitgebers. Geht, wer sich der Organisation anschließt, gibt etwas von individueller Freiheit auf, das Recht, zu Hungerlöhnen zu arbeiten. Aber was die Organisation ihm nimmt, gibt sie ihm hundertfach wieder. Der Reichskanzler hat neulich Kassandrationen hören lassen darüber, wie in Zukunft große Koalitionen den Staat erschüttern können. Moge er sich lieber mit der Gegenwart beschäftigen und dafür sorgen, daß erst das Koalitionsrecht der Arbeiter verwirklicht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen wird eine wirklich demokratische Staatsverfassung auch immer die Möglichkeit bieten, mit Weibungen fertig zu werden, die daraus entstehen könnten, daß Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen gleich stark werden. Ich appelliere an die Wissenschaftlichkeit, an das Staatsgefühl der Verbündeten Regierungen, daß sie zunächst einmal

#### gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber

in der Ausübung des Koalitionsrechtes schaffen. Es ist die Aufgabe derer, denen die Existenz des Reiches, das Wohlbefinden der Nation, die Stellung der Nation im wirtschaftlichen und politischen Kampf der Völker anvertraut ist, dafür zu sorgen, daß nicht parteiisch zugunsten eines übermächtigen Internermentums den Forderungen der Arbeiterklasse entgegengetreten wird. Damit fördert man nicht die Kraft unseres Volkes, sondern richtet sie zugrunde. Ich glaube nicht daran, daß der jetzige Reichskanzler oder der Staatssekretär der Innungen dazu wäre, eine Regeneration der Gesundheit unseres Volkes herbeizuführen. Aber dies Programm soll in dieser Stunde aufgestellt werden: Wer es gut meint mit dem deutschen Volke, seiner Macht, seinem Ruhm, seiner Ehre und seiner Kultur, der Sorge für ein freies Koalitionsrecht! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Das Haus verlegt sich

#### Präsident Raempff

schlägt vor, die nächste Sitzung abzuschieben Freitag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei über Pabern, und im Anschluß daran Anträge der Freisinnigen und Elsäßer betr. das Eingreifen der bewaffneten Macht.

#### Abg. Graf Westarp (Kons.)

erhebt Widerspruch gegen die Beratung der Anträge im Anschluß an die Interpellation. Formell sei das zwar nach der Geschäftsordnung zulässig, materiell aber eine Erweiterung des Interpellationsrechtes.

#### Abg. Haase (Soz.)

Die Ansicht des Vordröckers ist irrig. Der Herr Präsident hat nicht vorgeschlagen, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Interpellation die Anträge zu erörtern, sondern erst, wenn die Interpellation abgeschlossen ist, soll man zu dem neuen Punkt der Tagesordnung übergehen.

Die Abg. Gräber (Z.), Wassermann (natl.), Dose (Sp.) stimmen der Auffassung des Abg. Haase zu.

Das Haus beschließt gemäß dem Vorschlag des Präsidenten.